

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 19. März 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3.00 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummern 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustration 10 Pf. Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Vollabonnement: 1.10 Mk. pro Monat. Eingetragene in die Post-Regulierungs-Vereinbarung. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne oder deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (seitgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengeluche und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 16 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Im Zeichen des Wahlrechts-Kampfes.

Manchem der allzu Zaghaften in den eigenen Reihen, manchem der allzu Hochmütigen unter den Gegnern war der gestrige Tag eine Ueberraschung. Der 18. März gehörte von jeher dem Gedächtnis jener kurzen Epoche, in der das deutsche Volk frei und selbstherrlich sein Geschick in die eigene Hand genommen hatte. Dieser Tag des Gedenkens war für das Proletariat ein Tag wie jeder andere, ein Tag der harten Arbeit, im Dienste der anderen, in der Ironie des Kapitals. Anders diesmal bei der sechzigjährigen Wiederkehr des Tages, an dem das Blut des Volkes für die Freiheit geflossen ist. Viele Tausende hat es nicht in den Fabriken und Werkstätten geduldet; sie feierten, wenn auch nur einen halben Tag! Die fünfzigwanzig Versammlungen in Berlin und Umgegend waren überfüllt und mußten lange vorher abgeperrt werden. Und auf den Straßen entfaltete sich ein betvegtes Bild.

Der gestrige Tag war keine Nachtprobe des Proletariats. Keine Entscheidung sollte gestern fallen. Die Arbeitsruhe war nicht zum Kampfsujet gewählt worden. Nicht zwischen Unternehmertum und Arbeiterklasse sollte gestritten werden; die Arbeiter hatten sich vorher an die Unternehmer gewandt und die Freigabe des Tages gefordert. Es ist kennzeichnend für die politische Vorniertheit des preussischen Unternehmertums, daß ein so großer Teil diese Forderung in schärfster Weise zurückgewiesen hat. Aber diese Zurückweisung wird ihre Früchte tragen. Die in der Fabrik Zurückgebliebenen haben um so erbitterter den Druck des Jochs gefühlt, sie sind um so fester in dem Entschluß geworden, wenn die Stunde es fordern wird, den politischen Kampf zu führen, ohne auf die Einrede der feindlichen Klasse zu hören. Das preussische Unternehmertum hat in scharfem Gegensatz zu der Haltung, die seine Klassengenossen in ähnlicher Situation in Oesterreich und gerade jetzt wieder in Ungarn einnehmen, in dem Wahlrechtskampf der Arbeiter nicht einmal Neutralität eingehalten. Im Kampfe gegen die Dreiklassenwahlrecht haben sie sich auf die Seite der Unterdrückten des Rechts gestellt. Die Scharfmacher der Industrie haben wieder einmal gemeinsame Sache mit den preussischen Junkern gemacht.

Wir haben es nicht anders erwartet. Wir wissen, wir stehen erst im Anfang des Kampfes und wir sind noch nicht soweit, daß die Aktion der Arbeiterklasse den Herrschenden die Bewilligung von Zugeständnissen als das kleinere Uebel erscheinen läßt gegenüber der Fortdauer des Kampfes. Aber gerade der gestrige Tag hat wieder gezeigt, wie mächtig der Gedanke des gleichen politischen Rechtes die Massen erfaßt hat. Es ist jene politische Leidenschaft wieder lebendig geworden, die seit den Märztagen des Jahres 1848 zu schlummern schien. Die Masse hat begriffen, daß ihr Lebensinteresse sie in den Kampf um die Demokratie hineinzwingt. Jetzt steht die Sozialdemokratie in diesem Kampfe fast noch allein. Aber wir wissen, daß dem Kampfe um das gleiche Recht eine gewaltige Werbekraft innewohnt. Die bürgerlichen Parteien würden nicht mit solcher Einmütigkeit die Aktion des Proletariats im Wahlrechtskampfe herabzusetzen und zu verkleinern suchen, fühlten sie nicht selbst das unaufhaltbare Vordringen der Forderung des gleichen Rechtes. Wären sie sich noch so sehr wehren, die Tatsache, daß 85 Prozent des preussischen Volkes des wichtigsten politischen Rechtes beraubt sind, spricht eine Sprache der Aufregung, wie sie keinem unserer Agitatoren gegeben ist. Und neben dieser Tatsache der Aufregung steht ein jeder, daß die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, welche die Entrechtung des Volkes zu bekämpfen entschlossen ist. Auch das ist die Bedeutung des heutigen Tages, daß er gezeigt hat, daß der Kampf ums Wahlrecht weitergeht, daß die Kampfmittel, die angewandt worden sind, gut und brauchbar sind.

Die Frage des gleichen Wahlrechts in Preußen steht auf der Tagesordnung, seitdem die Sozialdemokratie die Frage gestellt hat. Sie hat sie in den Mittelpunkt der Politik gerückt, und wird sie nicht mehr verschwinden lassen. Schon heute klingt uns das Wülow-Wort „Niemals“ als lächerliche Ueberhebung. Wir sind trotz allem ein Stück vorwärts gekommen.

Aber dem gestrigen Tage gibt noch ein anderer Umstand seine Bedeutung. Niemand hat im voraus so über ihn gehöhnt, wie die Presse des Freisinn; und es ist ein merkwürdiges Zusammentreffen, daß man gerade von diesem Tage auch das Ende des deutschen Freisinn datieren kann. Sein Verrat der Vereinsfreiheit läßt auch dem Vertrauensseligsten die letzten Zweifel. Und so ist von gestern an in Deutschland die Sozialdemokratie die einzige Partei des demokratischen Fortschritts. Mit diesem Bewußtsein die Massen zu erfüllen, wird die vornehmste politische Aufgabe der nächsten Zeit sein. Der wirksamste Anschauungsunterricht wird unser Wahlrechtskampf sein. Wer entrechtet ist, gehört zur Sozialdemokratie, und nur wer sich

ihren Kämpferreihen anschließt, kann hoffen, der politischen Schmach ledig zu werden. Wie an dem gestrigen Tage, so wird noch oft der Ruf an die Rechtlosen ergehen, immer lauter und eindringlicher, und immer vollzähliger werden die Entrechteten dem Rufe folgen.

Ueberall in den gestern in Preußen abgehaltenen Versammlungen wurde folgende

März-Resolution

angenommen:

Die Versammlung gedenkt in Ehren der Helden, die vor sechzig Jahren den Kampf gegen die verrotteten Zustände des preussischen Junkerstaates aufnahmen und ihr Leben auf dem Altar der Freiheit opferten.

Voll Empörung erinnern sich dagegen die Versammelten der feigen Haltung des größten Teiles des preussischen Bürgertums, die es der Reaktion ermöglichte, an die Stelle des in den Märztagen geborenen demokratischen Wahlrechtes das heute noch bestehende Dreiklassenwahlrecht zu oktroyieren. Ein Wahlsystem, das der blutigste Hohn auf staatsbürgerliche Gleichheit ist, das den Vertretern des großen Grundbesitzes und des Großkapitals die Gesetzgebung des Staates in die Hände spielt und sechs Siebentel aller Wähler zu einem einflusslosen Anhängsel der Wähler der ersten und zweiten Klasse herabwürdigt.

Die Versammelten erheben flammenden Protest gegen die politische Entrechtung, die sie angesichts der Rechte der Staatsbürger der süddeutschen Staaten als brennende Schmach empfinden müssen. Dieser Zustand kennzeichnet Preußen als einen der rückständigsten Staaten und stempelt die Behauptung des jetzigen preussischen Ministerpräsidenten: „Preußen in Deutschland voran!“ zu einer verlogenen Phrase.

Wenn selbst nach Willows berühmtem Silberbrief der deutsche Arbeiter der gebildetste der Welt ist, dann kann ehelicherweise dem preussischen Arbeiter ein Recht nicht verweigert werden, das die Arbeiter vieler Staaten längst besitzen.

Die Versammelten verlangen Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes für alle über 20 Jahre alten Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts und Verteilung der Vertreter nach Maßgabe der Verhältniswahl und sie geloben feierlich, nicht eher zu ruhen, bis dieses Wahlverfahren für die Wahlen zur preussischen Volksvertretung errungen ist.

An den Gräbern der Märzkämpfer.

Im grauen Dämmerlicht des anbrechenden Morgens liegt der Friedhofsbain. Noch ist es still und einsam in jenem Winkel, wo die gefallenen Freiheitskämpfer ruhen. Die Pforte des kleinen Friedhofes ist geschlossen. Schutzleute halten am Zugangswege Wacht. Heut darf man nicht anders als unter den Augen der Polizei den Begräbnisplatz betreten. Die Polizei ist aber noch nicht so zahlreich zur Stelle, wie sie es für nötig hält, um hier „den Verkehr zu regeln“. Deshalb ist der Zugang zum Friedhofe einseitig gesperrt. — Eine Anzahl von Kranzträgern sind bereits erschienen. Auch andere Personen, die noch vor Beginn ihres Tageswerkes der Grabstätte der Freiheitshelden einen Besuch abstatten möchten, harren der Öffnung des Einganges. — Ein Rollwagen kommt langsam die Landsberger Allee heraufgefahren. Die beiden Pferde sind mit roten Bändern geschmückt. Auf dem Wagen hängt an einem Gestell ein riesiger Kranz mit langen roten Schleifen. So bringt eine Deputation der Rollkutscher und Expeditionsarbeiter vom Transportarbeiterverband den Märzkämpfern ein Ehrungszeichen.

Gegen 7 Uhr rücken größere Trupps von Schutzleuten an. Ein Polizeioffizier, der schon seit Jahren an dieser Stelle nach Grundfragen, die nur ihm bekannt sind, Jenur über die Inschriften der Kranzschleifen ausübt, stellt sich in der Nähe des Einganges auf. Mit strengem Blick mustert er jede Kranzwidmung. Erscheint ihm eine Inschrift aus wer weiß welchen Gründen gefährlich, dann trennt er mit energischem Miß das Stück der Schleife, welches die Grundvesten des Staates erschüttern könnte, ab. Man bewundert die Geschicklichkeit, welche durch jahrelange Übung in der Technik des Zerreißens roter Bänder erlangt werden kann.

In ununterbrochener Reihe kommen die meist aus wenigen Personen bestehenden Deputationen mit Kranzen. Auch der Zustrom der Besucher wird immer stärker und staut sich schließlich vor der Eingangspforte. Eine lange Reihe von Männern und Frauen steht längs des Weges, zeitweise bis zur Landsberger Allee hinunter. Langsam schieben sich die Massen weiter. Truppweise betreten sie den Friedhof, machen einen Rundgang um die Grabstätten und entfernen sich. Immer neue Scharen füllen die Plätze der Abgehenden.

So vergehen Stunden. Kranz an Kranz reißt sich über den Gräbern der Freiheitskämpfer. Stränder und Baumäste, soweit sie von Menschenhänden erreicht werden können, sind mit Kranzen bedeckt. Durch lahle Zweige leuchtet das feurige Rot breiter Bänder. Darauf prangen in goldenen Lettern Widmungen, die an den Freiheitskampf von 1848 und an den Wahlrechtskampf von heute erinnern.

Der Kranz des Parteivorstandes trägt die Widmung:

Es sollen eure Zeichen nicht den Strom der Freiheit rau'n,
Den Strom, der seine Fesseln bricht im Märzestau.

Der Verband sozialdemokratischer Wahlvereine von Berlin und Umgegend hat auf die Schleife seines Kranzes die Worte gesetzt:

Wir danken den teuren Mutzeugen, den glorreichen Opfern des Heldenkampfes. Auch für uns strömte ihr Blut und in unserer Brust erwacht der Schwur, ihres Todes würdig zu leben.

Ein von den Sozialdemokratinnen Groß-Berlins niedergelegter Kranz trägt die Inschrift:

Man hat mit höhnerndem Gewalt Ein „Niemals!“ schmetternd ausgerufen Und glaubt, der Volksgestir mache Galt Vor Kanzler oder Königsstufen. Doch keinem ist es noch geküßt, Den Sonnenaufgang zu verhängen. Die alten Mauern sind zerstückt. Wir sind die junge Kraft. Wir drängen.

Für die Gewerkschaften Berlins hat die Gewerkschaftskommission einen Kranz gewidmet mit den Versen:

Der Freiheit droht mit Blut und Eisen Der stolzen Unterdrücker Mut. Wir aber woll'n sie dennoch preisen Und das mit unerschrockenem Mut, Denn seit der Schöpfung allen Weisen Galt Freiheit als ein edles Gut.

Die Parteischule setzte auf ihren Kranz die Worte:

„Auf guten Boden fiel die Saat.“

Auch die Teilnehmer am gewerkschaftlichen Unterrichts-kursus haben einen Kranz niedergelegt.

Die Redaktion des „Vorwärts“ widmet ihren Kranz:

„Den ersten Wahlrechtskämpfern.“

Nach Hunderten zählen die Kranze, welche Arbeiter aus einzelnen Fabriken gefandt haben. Da liest man die Namen vieler bekannter Firmen namentlich der Metallindustrie, deren Arbeiter es sich nicht nehmen ließen, durch eine Kranzspende am Grabe der Freiheitskämpfer ihrer Besinnung Ausdruck zu geben. Auch das Personal aus einigen großen Druckereien hat Kranze gefandt. So sind, um nur ein Beispiel zu nennen, vom „Totalanzeiger“ fünf große Kranze aus fünf Abteilungen des Betriebes da. Diese erreichten ihren Bestimmungsort nicht ohne Zwischenfall. Als die Kranzträger, von anderen Personen begleitet, die Landsbergerstraße heraufkamen, hielt die Polizei diese Deputation für einen Demonstrationszug und sprenkte ihn auseinander. Einige dieser Kranze wurden dann auch vom polizeilichen Zensor ihrer Inschrift beraubt. — Anarchistische Vereinigungen und Redaktionen haben wie gewöhnlich Kranze mit schwarzen Schleifen niedergelegt, deren Inschriften aber zum größten Teil der Zensur zum Opfer gefallen sind.

Zahlreicher als sonst sind die Kranze mit dreifarbigem Schleifen: schwarz-rot-gold. Sie stammen aus den Kreisen der Hirsch-Dunderschen Arbeiter und sind weniger von Gewerkschaften dieser Richtung als vielmehr von Hirsch-Dunderschen organisierten Arbeitern einzelner Betriebe gestiftet. — In früheren Jahren pflegten auch die größeren politischen Vereine des Freisinn durch Kranzspenden der Märzkämpfer zu gedenken. Jetzt, im Zeichen der Wochpolitik, hat man mit diesem Brauch gebrochen. Bis Mittag waren Kranze von nur zwei Vereinen freisinniger Richtung zu sehen: Der freisinnige Bezirksverein Wedding und der Fortschrittliche Jugendverein Eugen Richter. — Eine Schleife in den Reichsfarben schwarz-weiß-rot zeigt ein Kranz, gestiftet von „deutschen Studenten und Ingenieuren“. — Auch einige freie Turnervereinigungen, sowie die Patienten der Heilstätten Gütergoh und Veeltig sind durch Kranzspenden vertreten.

An auffälliger Stelle hängt ein Kranz des Rauchklubs „Ohne Zwang“. Jeder, der vorübergeht, liest mit verständnisvollem Nacheln die Worte: „Trotz alledem und alledem kämpfen wir unverdrossen, trotz Wülow und Genossen für das gleiche und geheime Wahlrecht.“ — Einen Hinweis auf den Wahlrechtskampf geben auch die Arbeiter und Handwerker der städtischen Gasanstalt in Tegel mit den Worten, die sie auf ihren Kranz setzten:

„Mit rauher Faust hat man geraubt das Wahlrecht, das Ihr errungen. Wir werden ruhen und rasten nicht, bis wir es wieder erzwingen.“

Eine große Anzahl von Kranzinschriften — nach oberflächlicher Zählung mindestens 60 — sind durch den polizeilichen Zensor ganz oder teilweise abgetrennt worden. Vergebens fragt man sich, von welchen Gesichtspunkten sich die Zensur leiten läßt. Ist es dem Verstande eines nicht-mit Amt und Würden beleideten Staatsbürgers schon unsahbar, daß die Sicherheit, Ruhe und Ordnung des Staates gefährdet werden kann durch Worte, die auf eine Kranzschleife gedruckt sind, so scheint es noch verwunderlicher, wenn man sieht, was für Worte es sind, die solche gefährliche Wirkung ausüben sollen. Ja, wenn es noch Aufforderungen zu blutigem Kampf, zum gewaltsamen Umsturz wären. Aber allgemein bekannte Dichtertexte und Sentenzen sind es meist, die das Mißfallen

des Zensors erregen, sofern darin Ausdrücke wie Kampf, Tod, Freiheit, Schwert oder ähnliches vorkommen. Hier nur wenige Beispiele aus dem reichen Arbeitsfelde des Zensors:

Schillers Verse aus „Tell“: „Eine Grenze hat Tyrannmacht“ wurden, wie schon in früheren Jahren, auch diesmal konfisziert. Jedenfalls erscheint es der Polizei nicht zweckmäßig, daß das Volk daran erinnert wird, daß auch Tyrannmacht ihre Grenze hat. — Von einem Kranz der Maschinenisten und Heizer wurden die Verse entfernt:

Sie ist nicht tot, Ihr habt sie nicht erschlagen,
Sie laßt ob Eurem Wüten, Eurem Droh'n,
Ob Ihr sie hundertmal zu Grab' getragen,
Unsterblich lebt die Revolution.

Die Revolution, die der Dichter meint, wird natürlich auch ohne polizeiliche Erlaubnis weiter leben. — Begreiflicher erscheint es schon, wenn die Polizei keinen Gefallen findet an Freiligraths Versen:

„So wars. Die Angel in der Brust,
Die Stirne breit gespalten,
So habt Ihr uns auf schwankem Brett
Hoch zum Altan gehalten.
Herunter! Und er kam gewankt.
Dut ab! Er neigte sich.
So sank zur Marionette, der einst ein Komödiant war.
Wleich stand er und bestommen.“

Diese Verse hatten Arbeiter der Maschinenfabrik von Kärger und der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter auf ihre Kränze gesetzt, die nun ohne Widmung die Grabstätte schmückten.

Die freiorganisierten Metallarbeiter der mechanischen Werkstätte des Rabelwerks Oberspree mußten der Zensur diese Verse opfern:

„Und einen Kampf, der so begonnen,
Kann kein Ermatten schänden,
Ihr schrittet vor, Ihr singet an,
So laßt es uns denn vollenden!“

Auf einer Kranzschleife der organisierten Arbeiter der Gasanstalt in der Danzigerstraße sind die Worte zu lesen: „Empor zum Licht. In seinem Strahlenglanze durchleuchtet's tief die ärgste Finsternis.“

Die folgenden Worte:

„Fürs freie Wahlrecht steht Ihr Euer Leben auf der Schanze,
Für dieses Erbtill schreckt uns kein Hindernis.“
hat die Polizei entfernt.

Den Arbeitern der Schraubenfabrik von Angermann u. Schulz wurden folgende Worte konfisziert:

„Zu lange trug es mit Geduld
Der Wacht'gen Uebermut und Schuld
In hartem Sklavenjoch.
Jetzt aber mach's den Starcken stark,
Den Junkern geh's durch Wein und Mark.
Das Wahlrecht hoch!“

Was den Junkern durch Mark und Wein geht, kann die Polizei im Junkerstaat natürlich nicht dulden.

Von einem Kranz, den Mitglieder des Zentralverbandes der Fleischer niederlegten, wurde die ganze Inschrift entfernt. Sie lautete:

Jenes Tages bleiche Toten
Rufen drohend Euch zu Gericht.
Auch die Götter sind Despoten.
Kämpfe Voll und blets nicht.“

Rätselhaft ist es, warum die Polizei von einem Kranz von Arbeitern der Schwärzkopffischen Fabrik in der Scheringstraße die Heineschen Worte entfernte:

„Ein Fluch dem falschen
Vaterlande, wo nur geduldet
Schmach und Schande.
Wo jede Blume früh geknickt,
Wo Häuflin und Moder den
Wurm erquidt.“

Selbst die Worte eines Kranzes von Arbeitern der Maschinenfabrik Kaufmann:

„Im Kampfe für des Volkes Freiheit sterben,
So heißt das Testament, nach dem wir erben.“

hieft die Polizei für staatsgefährlich und konfiszierte sie.

Mag es für diesmal genug sein an diesen wenigen Proben polizeilicher Zensortätigkeit. Wie wahllos die Zensur ihres Amtes waltete, erhellt daraus, daß dieselben Verse, mit denen der Kranz der Parteigenossinnen Groß-Berlins passieren konnte, von einem Kranz der Arbeiter der Firma Frister u. Kogmann eisenfernt wurden. — Wir können die Blütenlese aus dem Reichde der blind waltenden Zensur nicht besser schließen als mit den Versen, die sie den Klassenbewußten Arbeitern der Siemenswerke konfiszierte:

„Vorwärts gleich' wir Proletarier
Wißt, was mächtig näher liegt
Ist des Freiheitskampfes Schlagtrauf,
Der die ganze Welt durchdringt.
Vorwärts! Für der Menschheit Hoffen
Hoch im Sturm das Banner schwingt.“

Am Vorabend des 18. März waren bereits eine Anzahl Kränze auf den Gräbern im Friedrichshain niedergelegt worden. Die Träger eines Kranzes von der Schraubenfabrik von Buhle wurden der Inschrift der Schleife wegen zur Feststellung ihrer Personalien nach der Wache sistiert. Später ersahen auf dem Friedhof ein Polizeileutnant, trat über die kleine Umfriedigung und rief das Korpusdelikt, die vermalebete Schleife von dem bereits platzierten Kranz ab. Derselbe Beamte richtete gegen 6 Uhr an den diensttuenden Partwächter die unter Hinweis auf den Friedhof recht geschmackvolle Frage: „Haben Sie schon „die Uude“ zugemacht?“

Das Straßenbild.

Die gestrigen Wahlrechtsdemonstrationen begannen unter den Bänden und in der Gegend beim Schloß schon lange vor Mittag mit einem gewaltigen Aufgebot von Polizeimannschaften. Ueberall standen sie herum oder wandelten hin und her. An den großen Straßenzügen, und vor allem auf den Brücken beim Schloß, hielten sie scharfe Ausschau. Angenehm war es ihnen gewiß nicht, so dazustehen im Regen, unvörderlich bewaffnet, um das — Wahlrecht zu schützen. „Ist noch Stoff da?“ rief ein Leutnant einem Trupp Schulzeuten ganz lauternd nach. „Alleer Rangunterchied seien vergessen. Da leuchtet natürlich die Augen der Wahlrechtskämpfer.“

Öffentliche und private Gebäude waren voll von Bewaffneten. Der Schloßhof, der Marstall, das im Abbruch begriffene Akademieggebäude beherbergten viele Hunderte, und in der „Hofenbläse“ sowie im „König von Portugal“ — dem alten Hotel in der

Burgstraße — und in vielen anderen Häusern hatte man fliegende Wachen eingerichtet. Das Brandenburger Tor war auch schon vom Vormittag an scharf bewacht; gerade als ob ein gefährlicher Feind im Anmarsch begriffen wäre.

Als das kriegerische Aufgebot, die Einquartierung, die langen Jüge und vielen Trupps von Schulzeuten zu Pferde und zu Fuß erregten natürlich viel Aufsehen, Erstaunen bei Fremden, bei Einheimischen das Gefühl des Mächtigens, das in manch derben Worten Ausdruck fand.

Zu tun fanden die vielen Bewaffneten hier nichts. Sie mußten sich damit begnügen, zu stehen, zu gehen und Umschau zu halten. Der Feind der Dreifaltigkeit schickte sich nicht zu verkaufen. Als der Abend hereinbrach, hatten wohl die meisten Hüter ihre Arbeit beendet. Trupps von Schulzeuten, die von ihren Posten kamen, riefen in aufgeregter Stimmung einander zu: „Habt Ihr welche gesehen?“ „Nein, nein.“ war die Antwort. Menschen genug hatten sie natürlich gesehen, aber nicht das, was nun einmal als polizeilich gelten soll.

Natürlich war die Neue Friedrichstraße in der Gegend der Markthalle auch stark bewacht. Wohl ein Dutzend Schulzeute und Leutnants standen da herum. Gleichwohl wurde es ganz in der Nähe einem Gastwirt schwer, einen Schulzmann heranzuholen. Ein baumlanger Mann mit orientalischer Kopfbedeckung — ein Serbe, wie man sagte — hatte Krach gemacht und drohte, jeden, der ihn hinauswerfen wollte, die Kehle abzuschneiden.

Ab und zu kamen Trupps von Arbeitern von den überfüllten Lokalen aus anderen Stadtteilen, fanden aber auch hier keinen Einlaß mehr. Als die Versammlung bei Dräsel beendet war, leerte sich das Lokal in aller Ruhe und es bedurfte keines Polizeiaufgebots, um irgendwie die „Ordnung aufrecht zu erhalten“ oder die Ordnung eines Zuges zu zerstören.

In der Westendstraße und am Tempelhofer Berg erregte die Polizei kein besonderes Aufsehen. Die Märzdemonstranten wanderten teils in losen Gruppen und kleinen Jügen die Straße hinauf, eine gewaltige Menge von Menschen, die der Saal gewiß nicht alle fassen konnte.

In nächster Nähe des Friedhofs der März-

gefallenen fanden drei Versammlungen statt. Eine in der Brauerei Friedrichshain, die andere bei Voeler in der Weberstraße, die dritte im „Elysiun“ in der Landsberger Allee. — Schon lange vor dem Beginn der Versammlungen waren die Säle überfüllt.

Die Polizei war an allen drei Stellen zahlreich vertreten, jedoch auf der Straße nur wenig sichtbar. Jedenfalls war das Polizeiaufgebot auf der Straße ein weit geringeres als bei den Wahlrechts- und den Arbeitslosenversammlungen im Januar. Das war das Beste was die Polizei tun konnte, daß sie sich wenig bemerkbar machte.

So wurde kein Aufsehen erregt und es gab für das Publikum keinen Anlaß, stehen zu bleiben um zu ergründen, weshalb eine so große Polizeimacht aufgeboten sei. Nur wenige Schulzeute führten die Absperrung der Versammlungslökalen durch und patrouillierten vor denselben, um Ansammlungen zu verhindern, die übrigens so wie so nicht stattfanden. Natürlich kamen nach Absperrung der Versammlungen nach und nach laufende, die denselben beimohnen wollten. Einzeln und in größeren Trupps kamen sie, die anscheinend eben die Werkstätte verlassen, einige Stunden Arbeitsverdienst geopfert hatten, um an der Wahlrechtskundgebung teilnehmen. Die Arbeiter kamen, sahen, daß sie keinen Einlaß mehr fanden und entfernten sich ruhig, wie sie gekommen waren. Nach einem anderen Versammlungslokal ging es. Auch hier hielt man sich nicht auf. So stutete die Menge eine Zeitlang zwischen den Versammlungslökalen hin und her und verließ sich schließlich. Viele von ihnen statteten den Gräbern im Friedrichshain einen Besuch ab. — Gegen fünf Uhr, fast gleichzeitig, waren die drei Versammlungen zu Ende. Die Polizei erschien nach Schluß der Versammlungen etwas zahlreicher auf dem Plan. Aus improvisierten Polizeiwachen kamen die Schulzeute hervor. Zu einem „Einschreiten“ der Polizei bot sich nirgends Anlaß. In vollkommener Ordnung, als ob gar keine Polizei da wäre, leerteten sich die Säle und verließen sich die Massen, von denen ein Teil dem Märzfriedhof zustrebte, während sich die übrigen nach anderen Richtungen zerstreuten. Da die Polizei nicht nervös wurde, blieb auch die Menge ruhig und die imposanten Kundgebungen fanden einen würdigen Abschluß.

In der Kottbuserstraße, wo das große Lokal „Sandsouci“ liegt, herrschte schon um 2 Uhr ein sehr reges Leben. Ein ununterbrochener Strom von Demonstranten und Demonstrantinnen ergoß sich in den Saal. Gleich nach 1/3 Uhr erklärte die Polizei ihn für überfüllt und ließ die borbereitete Gittertür schließen. Noch eintreffende Personen wurden fortgetrieben.

Auch in Rixdorf gestaltete sich die Feier des Freiheitsmärzens und die Demonstration zur Erlangung eines demokratischen Wahlrechtes zu einer imposanten Heerschau. Von zwei Uhr ab wimmelte es von Menschen, namentlich in den Hauptstraßen, wo die großen Versammlungslökalen liegen. Einzeln und in kleinen Gruppen, und wo man direkt aus dem Betriebe kam, auch in größerer Anzahl, eilt man den Stätten zu, in denen der Kampf von 1848 gedacht und dem Volkswillen Ausdruck gegeben werden soll. Bei Hoppe in der Hermannstraße ist bald der Riesenaal mit seinen Nebenzäumen überfüllt, obwohl Tische und Stühle hinausgeschafft sind. Die Polizei sperrt ab. Mehrere Tausend sind im Lokal. Sicher an Tausend, die noch herankommen, finden keinen Einlaß. „Weitergehen, weitergehen.“ mahnen die Schulzeute, denen die Revolvertasche ein kriegerisches Aufsehen gibt. Die Zuspätkommenen zerstreuen sich ruhig, spazieren die Straße hinunter oder versuchen ihr Heil bei Thiel in der Vergstraße, wo die zweite Versammlung ist. Doch auch hier ist abgesperrt, nachdem hineingelangt ist, was Saal und Nebenzäume nur irgend fassen konnten. Zu besonderen Ansammlungen kam es nicht. Die Ueberzähligen begnügten sich damit, gezeigt zu haben, daß die Rixdorfer Arbeiterschaft durchdrungen sei von der Bedeutung des Tages. — Und die Polizei? Revolverbeschwerte Doppelposten an vielen Straßenkreuzungen. Einzige schienen auch das Rathaus bewachen zu sollen. Aber es waren ihrer noch mehr da. Sie sorgte sogar für Humor. Die Versammlung bei Thiel in der Vergstraße ist zu Ende. Mit Windeseile und behende, als hätte er Flügel, gleitet ein Schulzmann über das Pflaster nach den 50 Schritt entfernten Bürgerhäusern. Es erregt große Heiterkeit bei den Passanten, die sich noch steigert, als das Lokal schleunigt 30 bis 40 Schulzeute verlassen, um den „Feind“ zu empfangen, und als aus dem Hause „Eisen Schmidts“ auch die „Kavallerie“ heraustritt. „Rein, foveil Schulzeute, die machens erst“, hört man Frauen diskutieren. „Die reine Schulzmannsdemonstration!“ schallt es von anderer Seite. Die Kampfesfreude der Beamten schwand aber bald, als sie inne wurden, daß „alles ruhig“ war, und daß die vielen, vielen Versammlungsteilnehmer, die langsam dem Tor entströmten, keine Absicht zur Rebellion zeigten. Bald konnten die Hüter der öffentlichen Ordnung, die in so anerkannter Weise in das Straßenbild Leben und Bewegung brachten, von ihren

Vorgesehen abgewinkt werden. Ähnlich war es nach Schluß der Versammlung bei Hoppe. Hier hatte die gegenüberliegende Brauerei das Kriegslager gebildet. Zuguterrecht darf nicht ver-gessen werden, daß die „Kriminal“ ganz besonders zahlreich diesmal vertreten waren.

Das Gewerkschaftshaus wurde um 3 Uhr abge-sperrt. Trupweise kamen die Arbeiter und Arbeiterinnen von 2 Uhr an herbei. Der erste größere Trupp von etwa 80 Personen bestand fast nur aus Frauen. „Ein guter Anfang!“ so hieß es. „Unsere Frauen wollen sich nicht damit begnügen, daß sie nicht zurückbleiben, sie marschieren sogar an der Spitze!“ Und freundliche Wäde grüßten die eingehenden Frauen und Mädchen. Als abgesperrt wurde, bildeten sich viele Gruppen auf der Straße, die schnell beratschlagten, wohin zu gehen. Nicht nur die Schulzeute, sondern erst recht das nächste Wetter, das jeden frösteln machte der stehen blieb, drängten zum Weitergehen. Die Polizei war in der Umgegend des Gewerkschaftshauses stark vertreten. Alle Brücken am Elisabeth-, Engel- und Bethanienufer hatten doppelte Posten von Schulzeuten, und als die Versammlung längst geschlossen und die Menge sich vollständig verlaufen hatte, da bewachten sie immer noch getreulich die Brücken. Verwundert bläue mancher Straßenpassant auf die überall postierten Schulzeute, für deren Anwesenheit jeder ersichtliche Grund fehlte, nachdem selbst vor dem Gewerkschaftshause keine Polizei mehr zu sehen war.

In den Urania-Festsälen in der Brangelstraße war der Jubel zwischen 2 und 3 Uhr sehr stark. Sogar die zweite Gallerie mußte freigegeben werden. Und dennoch kamen Männer und Frauen immer in neuen Trupps herbei, die keinen Einlaß mehr fanden. Das Lokal wurde abgesperrt. „Weitergehen!“ hieß es für alle, die später kamen. Neugierig blickten die Leute aus Fenster und Türen; Fragen wurden laut, was denn „Ios sei“ in der Brangelstraße, warum eine solche Versammlung am frühen Nachmittag schon? „Wahlrechtsdemonstration!“ war die Antwort. „Der 18. März wird gefeiert!“

Nach Freherd Festsälen in der Kottbuserstraße zogen

schon von 1 Uhr an zahlreiche Arbeiter und Arbeiterinnen, die es sich zur Ehre anrechneten, am Abendtage der deutschen Revolution zu feiern und Protest gegen das bestehende Wahlrecht zu er-heben. Bald nach 2 Uhr begegneten die zumströmenden Massen schon manchem, der wieder umkehrte, weil die Halle bereits überfüllt war. Es dauerte auch nicht mehr lange, so wurde abge-sperrt und auf der Straße sammelten sich dichte Mengen an, gegen welche die Polizei in Reihen nach beiden Seiten vorging und sie in die nächsten Straßen abzuschleiben suchte. Als die Versammlung um halb fünf Uhr ihr Ende erreicht hatte, tauchten blinkende Helme in Massen auf. Es galt die Demonstranten schnell vordrängeln und auseinander zu treiben. Da die Schulzeute nicht allzusehr drängten, ging die Auflösung der Massen in Ruhe und Ordnung vor sich. Die langen, losen Jüge der Versammlungsbesucher sah man in den angrenzenden Straßen, hauptsächlich in der Frankfurter Straße später noch vielfach. Es waren unzweifelhaft feiernde Arbeiter, nicht nur Arbeitslose, die in großer Anzahl dem Rufe der Partei gefolgt waren, um den 18. März diesmal besonders zu feiern.

Der offizielle Bericht

lautet äußerst friedlich:

Berlin, 18. März. An der Wanderung nach dem Friedhofe der Märzgefallenen, die bis gegen 6 Uhr anhält, um welche Zeit die Begräbnisstätte geschlossen wurde, haben sich nach ungefähre Schätzung insgesamt etwa 12 000 Personen beteiligt, die 231 Kränze niederlegten, von denen bei 60 die Schleifen wegen aufreizender Inschriften entfernt wurden. Auch am Nachmittag haben die Massen der Besucher in ruhiger Ordnung den Friedhof passiert, so daß die Polizei nicht einschreiten brauchte. Nach drei Uhr sind nur noch vereinzelte Besucher an den Gräbern erschienen, da um diese Zeit nach 14 Lokalen Berlins Versammlungen eintreten worden waren, in denen bekannte sozialdemokratische Redner zur Erinnerung an die sechzigste Wiederkehr des 18. März das einheitsliche Thema „Freiheit“ behandelten, das in der Forderung eines allgemeinen, geheimen und gleichen Wahlrechtes gipfelte. Die Versammlungen waren gut besucht, so daß schon vor drei Uhr die meisten Lokale — 12 — wegen Ueberfüllung gesperrt werden mußten.

Die beiden größten Versammlungsorte, die Säle der Brauerei und Kronenbrauerei, boten jedoch noch manchen Platz.

Auf der Straße vor den Versammlungsorten war sehr wenig Publikum zu bemerken. Nur am Pratertheater hatte sich eine größere Masse von den unteren Ständen angehörigen Personen versammelt, die das Arbeiterlied sangen und Hoch und Hurra das allgemeine, geheime, gleiche Wahlrecht! schrien.

Als die Schulmannschaft gegen die Demonstranten vorging, war auch hier die Ruhe bald wieder hergestellt. Die Versamm-lungen, die von etwa 20 000 Personen besucht waren, wurden um 5 Uhr geschlossen. Wo sich kleinere Trupps in Bewegung setzten wurden sie bald zerstreut.

Polizeitaten.

Obwohl der Zustrom nach den Gräbern der Märzkämpfer während des ganzen Tages ungewöhnlich stark war, kamen Zwischenfälle außergewöhnlicher Art nicht vor. Polizei war zahlreich zur Stelle, sie verhielt sich aber reserviert und so blieb auch die Ordnung ungestört. Wegen Abend aber änderte sich das Bild. Zwischen 5 und 5 1/2 Uhr fanden sich größere Menschenmengen in der Landsberger Allee ein, die sich jedoch ruhig fortbewegten, teils nach dem Friedhof, teils in die Richtung nach der Elbinger Straße. Nirgends trat eine Störung des Verkehrs ein. Da kam gegen 5 1/2 Uhr eine größere Menschenmenge die Landsberger Allee herunter, in der Richtung nach dem Tore. Anscheinend hat die Polizei diese Leute, die möglicherweise aus der Versammlung im „Elysiun“ kamen, verhindern wollen, den Platz am Landsberger Tor zu überschreiten. Die Polizei, die am Landsberger Tor um diese Zeit in sehr großer Zahl aufgestellt war, mag geglaubt haben, sie müsse unter allen Umständen verhindern, daß eine größere Zahl von Passanten durch die Landsberger Straße nach dem Alexanderplatz gelange. Gemüht die Menschen, welche die Landsberger Allee hinunter gingen, wurden, noch ehe sie den Landsberger Platz erreichten, durch die Polizei zurückgedrängt. Aus dem Wölmischen Frauenhause, wo eine starke Polizeiwache aufgeschlagen war, stürmte ein Trupp von Schulzeuten hervor, die Straßenpassanten vor sich hertreibend. In wilder Hast wichen die Menschen vor dem Ansturm der Schulzeute zurück. Männer, über und über mit Strahlenkranz bedeckt, befanden sich unter den Zurückweichenden. Sie erzählten, die Schulzeute hätten rücksichtslos Stöße und Pässe ausgeteilt, und dabei seien mehrere Personen zu Boden geschlagen worden.

Die Menschenmenge zog sich in die Landsberger Allee nach außen zurück. Eine irgendwie erhebliche Störung durch die Straßenpassanten lag nicht vor. Da kamen vom Landsberger Tor einige Trupps reitender Schulzeute in scharfem Trab daher geiprengt. Natürlich erregte das Aufsehen, Leute, die sonst ihres Weges gegangen wären, blieben stehen, um zu sehen, was es gäbe. Polizei-offiziere rannten hin und her und erteilten Befehle. Infolge dessen hatte sich die fast schon geleerte Landsberger Allee

wieder mit Menschen gefüllt. In der Nähe der Brauerei Pagenhofer stautete sich die Menge. Hochrufe auf das freie Wahlrecht wurden ausgebracht. Das machte die Schutzleute vollends nervös. Mit blankem Säbel trieben sie die Menge zum Weitergehen an. Da kam ein Mann in Zivil auf einem Zweirade die Landberger Allee hinaufgefahren. Ohne jede Veranlassung gab der Mensch einen Revolverknall auf die Menge ab. Das erregte natürlich die Entrüstung der Umstehenden. Man drängte sich an den radfahrenden Schützen, der fiel vom Rade, wobei er sich eine Verletzung zuzog und suchte dann für seine Person den Schutz der Polizei nach. Samt seinem Rade wurde der Unbekannte auf einen Straßensahwagen gebracht und fuhr davon!!! Später ritten an dieser Stelle Schutzleute in die Menge hinein, die derart eingeteilt war, daß sie beim besten Willen dem Verlangen, auseinander zu gehen, nicht nachkommen konnte.

Nach 6 Uhr rückte der größte Teil der Schutzleute aus dem oberen Teil der Landberger Allee ab. Hätten sich sämtliche Schutzleute aus der Gegend entfernt, so würde diese, nachdem der Friedhof bei eintretender Dunkelheit geschlossen wurde, bald wieder in friedlicher Abendruhe dagelegen haben. Aber am Landberger Tor blieben Schützmannsposten in großer Zahl zurück und starke Trupps standen in der Nähe in Reserve. Das gab Grund zu immer erneuten Ansammlungen von Menschen und die nur durch die Anwesenheit der Polizei verursachten Ansammlungen gaben der Polizei wieder Veranlassung, gegen die Menge vorzugehen. Bald erfolgte nach dieser, bald nach jener Richtung ein Vorstoß. Und von jedem Vorstoß kehrten die Schutzleute „hegreich“ mit einigen Kerentanten zurück, die nach der Wache geführt wurden. Auf den Gedanken, sich selbst zurückzuziehen und dadurch die Ansammlungen zu zerstreuen, kam die Polizei nicht.

Als Kuriosum mag noch erwähnt sein, daß auch die Feuerwehre gegen eine Demonstration zu Hilfe gerufen wurde. Doch hatte sie nicht nötig, aus Spritzenschläuchen kalte Wasserstrahlen gegen Demonstranten zu senden. Die Tätigkeit der Feuerwehre richtete sich gegen eine rote Fahne, die lustig am Telephontrakt in der Gartenstraße flatterte. Dies Zeichen revolutionärer Bestimmung wurde denn auch durch die Feuerwehre aus schwindelnder Höhe herabgeholt.

Auch eine Märzdemstration.

Zum Andenken der in den Straßenkämpfen am 18. März 1848 gefallenen preussischen Offiziere und Soldaten wurde am gestrigen Vormittag an dem gemeinsamen Grabe derselben auf dem Militär-Friedhof in der Schornhorststraße seitens der Teilnehmer des Rednerkursus des konservativen Vereins für die Provinz Brandenburg ein Vorbeerkranz niedergelegt. Auf schwarz-weißer Schleife war folgende Inschrift zu lesen: „Den in treuer Pflichterfüllung im Dienste von König und Vaterland gefallenen Opfern der Demokratie. Der Rednerkursus des konservativen Vereins für die Provinz Brandenburg.“ Von anderen reichstreuem Vereinen und Korporationen wurden gleichfalls Kränze gestiftet.

Im Gegensatz zu dem Polizeiaufgebot in der Gegend des Friedhofes der Märzgefallenen am Friedrichshain war hier keine Polizei zu sehen. Wenn zwei daselbst tun, ist es eben nicht daselbst.

Eine wilde Polizeiatade an der Kolkebrücke gefährdete kurz nach 6 Uhr hunderte Menschenleben. Wir haben am 12. Januar an derselben Stelle die Laten der Schutzmannschaften beobachtet. Das Verhalten von damals verdient aber wahrlich noch „mahol“ bezeichnet zu werden, gegen das, was sich gestern dort abspielte.

Von der Versammlung in der „Kronenbrauerei“ kommend, bewegte sich ein etwa 600 Personen umfassender Zug in der Richtung nach der Stadt zu. Meist sonntäglich gekleidet, zogen die Teilnehmer ruhig ihres Weges. An der Ottostraße wurde der Zug durch einen Polizeihauptmann, der mit einem kleinen Kommando dort Aufstellung genommen hatte, aufgehalten, aber dann in kleinen Abteilungen durchgelassen. So gelangte die friedliche Menge, die zwar Aufsehen erregte, sonst aber weder den Verkehr hemmte, noch sonst irgend jemand belästigte, ungehindert bis vielleicht hundert Schritte vor die Volktebrücke. Dort sperrten 40 bis 50 Schutzleute, hinter denen 10 Berittene stramm im Sattel saßen, den Uebergang.

Schon als der Zug sichtbar wurde, wurden die Schuppenfellen heruntergerissen, die Berittenen knüpften die Mäntel fester zu und unter den Fußmannschaften sahen wir manden, der den Säbel losierte.

Was geht da vor? Befürchtet man einen gewaltsamen Angriff gegen die bewaffnete Macht? Schneller als wir dachten, ward und die Antwort. Derselbe Hauptmann, der vorher wiederholt eine kurze Strecke die Straße Alt-Roabit hinaufging, kehrte beim Nähen des Zuges zu seinen Mannschaften zurück, und erteilte, den Säbel schwingend, das laute Kommando: „Pferde vor!“ Augenblicklich sprengten die zehn Berittenen, angeführt von dem Hauptmann und gefolgt von dem größten Teil der Fußmannschaften, in die ahnungslose Menge. Die festig gesporneten Pferde bäumten sich, Säbelhiebe schwirrten nieder. In dichten Haufen lagen Frauen, Männer und nicht wenige Kinder im Schmutz der Straße. Wir sahen einen Berittenen stürzen, und ungewohnt mit der leeren Säbelscheide zu laufen, purzelte auch ein Schuhmann. „Jurück!“ Wer dieser Aufforderung nicht schnell genug nachkommen konnte, bekam ohne Gnade unausgesetzt Hiebe mit dem Polizeisäbel über Kopf und Rücken.

Zu dritt rannten die Schutzleute hinter einzelnen Arbeitern her. Die meisten Zugteilnehmer flohen die Straße Alt-Roabit hinauf, verfolgt von den Berittenen. Andere flüchteten in und hinter den Leichter Bahnhof. Die Verfolgung erstreckte sich bis an das Bahnhofsvorportal.

Beim Marine-Variété hatte sich eine Frau mit drei kleinen Kindern in den dortigen Restaurationspavillon geflüchtet. Zwei Kinder waren so nahe an das Geländer gekommen, daß sie in Gefahr kamen, von den nachdrängenden Flüchtlingen erdrückt zu werden. Ein Arbeiter stemmt sich gegen die Andrängenden, um so die Kleinen zu schützen. Der Polizeihauptmann schlug mit dem Säbel auf den Rücken des Lebendretters heftig ein. Erst als es dem so Traktierten gelang, dem Hauptmann zu sagen, daß er zum Schutze der Kinder dastehe, ließ dieser den Säbel sinken und gab dem Ranne Gelegenheit, sich zu entfernen. Zwei dabei stehende Schutzleute verzeihen dem nun Davoneilenden auch noch einige Hiebe.

Am Kolonialmuseum wurden die Gasse und Flüchtlinge herausgeholt. Ein Lokomotivführer, der zum Dienst ging, erlitt nur knapp den Säbelhieben. Dem Besitzer einer Siedstierhalle am Kolonialmuseum, der seine vor dem Lokal spielenden Kinder schnell in Sicherheit bringen konnte, gelang es kaum, noch unverletzt in die Gasse zurückzukommen.

Güte, Frühstückstaschen und Kindermilch bedeckten den Schuttsplatz dieser Nummern. Von einem Metzlarbeiter, der einen Säbelhieb über den Kopf davontrug, wird uns berichtet, daß er trotz seiner sichtbaren Verwundung noch von einem Geheimschuttmann mit dem Stöcke bedroht wurde.

Das alles war das Werk weniger Minuten.
Preußens Ruhm ist gesichert!

Das Wolffsche Telegraphen-Bureau meldet bei Redaktionschluss von einem weiteren Zusammenstoß in der Chorinerstraße (Ecke der Schwedterstraße). Nach der Darstellung dieses Bureaus ist es weder an der Kolkebrücke, noch bei Hartung, noch in der Chorinerstraße zu Verletzungen gekommen.

Die Versammlungen.

Erster Wahlkreis.

In Dräfels Festalen hatten sich bis um 1/3 Uhr schon 500 Männer und Frauen eingefunden. Der wachhabende Hauptmann weigerte sich, die vollständig leerstehenden Tribünen füllen zu lassen. So wurde der Saal schon um 1/3 Uhr gesperrt. Hunderte mußten wieder umkehren.

Das Referat hielt Ed. Bernstein. Er gab ein interessantes fesselndes Bild der Kämpfe im Jahre 1848 und schilderte das damalige Proletariat, seine wirtschaftliche Bedeutung und seine politische Reife. Indem er die Rolle des Bürgertums in dieser Zeit gezeichnet, ging er zur Wahlrechtsfrage über. Mit lebhaftem Interesse folgte die Versammlung seinen gehaltvollen Ausführungen. Nach einer kernigen Rede des Genossen Wolderski erfolgte mit begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratische Schluß der Versammlung.

Die Versammlung in der „Lebensquelle“, Kommandantenstraße 20, war von weit über 600 Personen, darunter sehr viele Frauen, besucht. Eine halbe Stunde vor Eröffnung wurde das Lokal polizeilich abgesperrt, nachdem auch noch die Nebenträume dicht besetzt worden waren. Der Genosse Eugen Brückner ließ die Geschichte Preußens vom Jahre 1806 an Revue passieren, hob besonders die Vorurteile im Jahre 1848 hervor und unterzog das gegenwärtige Wahlrecht einer scharfen Kritik. Er schloß mit der Aufforderung an die Versammelten, in dem bevorstehenden Wahlkampf ihre Pflicht zu tun. Nach Annahme der Resolution registrierte Genosse Brückner noch ein stimmungsvolles Gedicht Freiheitstroph.

Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit dem Appell an die Anwesenden, sich der Partei und den gewerkschaftlichen Organisationen anzuschließen, sowie sich zu allen Agitationsarbeiten zur Verfügung zu stellen.

Zweiter Wahlkreis.

Das polizeilich gesperrte Lokal, Bodbrauerei, war von 4000 Frauen und Männern schon längst vor Beginn der Versammlung gefüllt. Tausende Demonstranten standen noch draußen. Die Versammlung ehrte das Andenken der Märzgefallenen durch Erheben von den Sigen. Reichstagsabgeordneter Stücken schilderte, wie die Reaktion es verstanden hat, noch bis heute das Feld zu behaupten; aber sie werde schließlich doch der Macht des Proletariats weichen müssen. Nach der Aufforderung, den „Vorwärts“ und die „Gleichheit“ zu abonnieren und in den Wahlverein einzutreten, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht geschlossen.

Dritter Wahlkreis.

Die Versammlung im Gewerkschaftshaus war schon lange vor Eröffnung derselben polizeilich abgesperrt. Mindestens 1500 Personen waren anwesend. Das große Interesse der Frauen an der Eroberung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts zeigte die große Zahl der erschienenen Genossinnen. Genosse Emmel erläuterte die Gründe, die zu der Volkserhebung im Jahre 1848 geführt haben, wobei er von den Ereignissen in den Jahren 1806 und 1807 bis 1848 ein fesselndes Bild entwarf. Was damals durch die heldenmütige Volkserhebung errungen wurde, ist von der Bourgeoisie später schmählich wieder geopfert.

Auch heute im Kampfe um die Erringung des Wahlrechts ist es die Arbeiterklasse, die den Kampf allein zu führen hat. Auf eine ernste Unterstüzung seitens der bürgerlichen Parteien ist nicht zu rechnen. Für die Arbeiterklasse gibt es auf dem einmal beschrittenen Wege kein zurück. (Stürmischer Beifall.)

Genosse Pohl forderte die Anwesenden noch auf, alles zu tun, um den Kampf erfolgreich zu gestalten. Anschluß an die politische und gewerkschaftlichen Organisationen sei erforderlich. Mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen. Unter den Klängen der Marschlied leerte sich der Saal.

Vierter Wahlkreis.

Die imposante Versammlung bei Keller, Koppenstr. 20, wurde um 3 Uhr von dem Genossen Gries eröffnet. Vor Eintritt in die Tagesordnung warnte er vor Polizeispiegeln und forderte die überzählig anwesenden Polizeibeamten auf, den Versammlungsraum zu verlassen. Reichstagsabgeordneter Genosse Kofke referierte. Er schilderte die bürgerlichen Verrätereien von 1848-1808 und fand mit seiner Kritik stürmischen Beifall. Nach einem kurzen Schlußwort des Vorsitzenden, worin er die Anwesenden aufforderte, sich eifrig an den Wahlarbeiten für das Abgeordnetenhaus zu beteiligen, fand die Versammlung mit einem Hoch auf die preussische Sozialdemokratie ihren Abschluß. Ueber 2000 Personen waren anwesend; da bereits um 1/3 Uhr polizeiliche Absperrung erfolgte, konnten viele Zustromende keinen Platz mehr bekommen.

Das Lokal Elshum war schon kurz nach 3 Uhr trotz Ausräumung der Tische überfüllt. Um 2 1/2 Uhr erfolgte polizeilich Absperrung. Es waren 1700 Personen anwesend.

Der Referent, Genosse Sassenbach, schilderte in 1 1/2 stündigem Vortrage die Revolution von 1848 als eine Etappe in dem Drängen des Volkes nach einer Verfassung. Aber gar zu bald hat das Bürgertum damals aus Furcht vor dem Proletariat seinen eben erst errungenen Sieg wieder preisgegeben. Das Bürgertum verleugnet seine Märzkämpfer. Die Arbeiterklasse hat die Erbschaft der Märzgefallenen angetreten. Das durch die Konterrevolution ostrotrierte preussische Dreiklassenwahlrecht mit allen seinen Schrecken sei bis auf den heutigen Tag erhalten, zu dem Zweck, um für die Regierung und die herrschende Klasse günstiger Wahlen sicher zu sein, die Arbeiterklasse in Unterdrückung und Rechtslosigkeit zu erhalten. Die Arbeiterklasse werde sich aber das freie Wahlrecht auch in Preußen erkämpfen. Zu diesem Zweck muß sich die gesamte Arbeiterklasse zusammenschließen und in dem Kampfe alle Mittel benutzen, die ihr zu Gebote stehen.

Mit einem brausenden Hoch auf das freie Wahlrecht wurde die imposante Versammlung geschlossen.

Bei Boeler in der Weberstraße waren 1500 Männer und Frauen versammelt. Um 2 1/2 Uhr wurde der Saal polizeilich abgesperrt. Auf der Straße wogten große Menschenmassen auf und ab. Genosse David John referierte. In das Hoch auf das allgemeine Wahlrecht und auf die Sozialdemokratie, das Genosse Daber ausbrachte, stimmte die Versammlung unter stürmischer Begeisterung ein, und aus tausend Rehlen erscholl die Wahlrechtsstrophe der Audorschen Arbeitermarxistalike.

Die fliegenden Polizeiwachen in der Nachbarschaft bekamen nichts zu tun. Auch nicht die Polizeihäufen, die auf dem benachbarten Alexanderplatz den „Feind“ mit Schusswut und — Revolvern erwarteten.

Schon lange vor Eröffnung der Versammlung wurde der Saal in „Sandsouci“ polizeilich abgesperrt. Hunderte Demonstranten fanden keinen Einlaß. Die trefflichen Ausführungen des Referenten, Genossen Glocke, wurden mit großem Beifall aufgenommen. Nach einer kernigen Ansprache des Vorsitzenden, Genossen Görke, wurde die Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf die Partei und das allgemeine Wahlrecht geschlossen.

Auch die „Urania“, Brangellstr. 11, war abgesperrt. Beide Galerien waren freigegeben, was sonst nicht der Fall war. Die Frauen waren stark vertreten, indessen füllten circa 2000 Personen das Lokal. Genosse Casner referierte. Von der französischen Revolution ausgehend, die Freiheitskriege streifend, kam er zu den Vorgängen des Jahres 1848 und kennzeichnete scharf die traurige Haltung des Bürgertums unter der Führung der Freisinnigen.

Nachdem noch Genossin Särdeber mahnende Worte an die Versammlung gerichtet hatte, schloß der Vorsitzende Genosse Klamm mit dem üblichen Hoch die Versammlung.

Fünfter Wahlkreis.

In Riesenaal der Brauerei Friedrichshain fand die Versammlung des fünften Wahlkreises statt. Lange vor 3 Uhr sperrte die Polizei den überfüllten Raum und viele Hunderte Einlaß Begehrenden wogten im gegenüberliegenden Friedrichshain auf und ab. Genosse Paul Singer, von den Tausenden jubelnd begrüßt, zeichnete in wuchtigen Worten die Gewaltthaten unseres Junkertums, die aufrecht zu erhalten auch am heutigen Tage alle Machtmittel des Polizeistaates aufzubieten seien. Der Schilderung der durch die Junker verschuldeten tiefsten Erniedrigung Preußens schloß sich die packende Darstellung der Kämpfe des Revolutionsjahres und ein stürmender Ruf zur Arbeit bei den bevorstehenden Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus an. Osmalige, tosende Beifallsstürme unterbrachen den Redner. Auch die packende Schlußrede des Vorsitzenden, Genossen Friedländer, gewidmet der Erringung unserer Polizei und der Disziplinierung der Waffen, welche sich vor allem darin zeigen sollte, daß man den Gewaltthaten heute eine sehnlichst erwartete Gelegenheit zu blutigem Aderlaß nehmen soll, fand brausende Zustimmung. Donnernd erlang das Hoch auf den Wahlrechtskampf und die Sozialdemokratie und langsam leerte sich der Saal, nachdem die Klänge der Arbeitermarxistalike verklungen waren.

Die Waffen bewegten sich durch den Friedrichshain und die Neue Königstraße, in welcher Schutzmannschaften in „frühzeitigem Latendrange“ den Anmarsch der „Revolutionstruppen“ erwarteten, ohne aber hier irgend welche Verwendung für Säbel und Revolverpistolen zu finden.

Sechster Wahlkreis.

Schon vor 2 Uhr strömten große Menschenmassen der Kronenbrauerei zu. Der große Saal konnte all die Einlaß begehrenden Demonstranten nicht fassen. Neben den über 2000 im Lokal Anwesenden demonstrierten noch viele Hunderte, die draußen bleiben mußten. Genosse Eichhorn schilderte, oft von Beifall unterbrochen, die Bedeutung der Märzfeier.

Nach einem packenden Schlußwort des Vorsitzenden fand die Demonstration ihren Abschluß unter Abklingung des Arbeiterkampfliedes.

In den Pharus-Sälen waren circa 2000 Personen anwesend. Vorzeitig hatte die Polizei das Lokal abgesperrt. Hunderte fanden keinen Einlaß. Hier referierte Genosse Robert Schmidt. Er gab zunächst eine geschichtliche Darstellung von Jena bis 1848, nachweisend, daß 1848 das Bürgertum sich das erringen mußte, was dem Volke schon 1818 versprochen worden war. Übermalis nach 60 Jahren steht das preussische Volk im Kampfe gegen die Regierung, um das zu fordern, was 1848 das Volk bereits bezog: das direkte, gleiche, allgemeine und geheime Wahlrecht.

Auf der Straße machte sich ein starkes Polizeiaufgebot bemerkbar.

Das Lokal von Ballfämieder war schon um 1/3 Uhr abgesperrt. Obwohl die Tische und Stühle herausgeschafft wurden, fanden hunderte Demonstranten keinen Eingang. — Die Versammelten folgten aufmerksam den kernigen, markigen Worten des Genossen Adolf Hoffmann. In der benachbarten Markthalle war eine fliegende Wache eingerichtet. Trotzdem kam es zu keiner Schlächt.

Der Berliner Brater war lange vor Beginn der Versammlung abgesperrt. Anwesend über 1200 Personen. Eine Anzahl hätte noch Einlaß finden können, aber die Polizei ließ trotz mehrmaligen Erlausens niemand mehr hinein. Der Vorsitzende gedachte der vor 60 Jahren gefallenen Märzkämpfer. Die Versammelten erhoben sich zu Ehren der Märzgefallenen von den Klagen. Rummel schilderte Genosse Dr. Weyl die Revolutionszeit von 1848, die heutige Volkspolitik und die Wahlrechtsfrage.

Eine Wahlrechtskundgebung.

An die Adresse der in Kellers Festalen Versammelten richteten Insaßen der Heilstätte in Veitzy folgendes Telegramm:

Wir erheben hiermit energischen Protest gegen die Verunglimpfung der Menschenrechte durch das Junkerparlament und wünschen den Kämpfern am heutigen revolutionären Tage vollen Erfolg.

Zeltov-Deestkov.

Im abgesperrten Hoppeschen Lokale in Rixdorf referierte Genosse Ebert. Er kritisierte das Bürgertum, das die Errungenen der Barrikadenkämpfer, die ihr Gut und Blut in die Schanze schlugen, der Reaktion opferte. Hört das heutige Bürgertum etwas von Revolution, schlottern den Heiden auch schon die Knie und man schreit nach Machtmitteln und Revolverpistolen. Es zeugt das von einem schlichten Bewußtsein. Die heutigen Klassengegensätze zeigen, daß das Proletariat auf seine eigene Kraft angewiesen ist, um eine Wreche in das elendeste aller Wahlsysteme zu legen. Der Vorstrebende ehrte durch Verlesung eines Gedichts von Freiligrath die Märzgefallenen, was auf die Versammelten unverkennbar einen tiefen Eindruck machte. Ein brausendes Hoch auf das freie Wahlrecht schloß die imposante Versammlung.

In Thiel's Festalen in Rixdorf, wo Genosse Wurm sprach, hatten sich ziemlich 2000 Personen eingefunden. Natürlich war auch hier abgesperrt. Ausgehend von der Revolution in Frankreich schilderte der Referent die Bedeutung und die einzelnen Phasen der Kämpfe, die sich in Preußen und Deutschland abspielten. Zum Schluß zeigte Redner die Wege, die wir gegangen sind und weiter gehen müssen. Nicht endenlosender Beifall lohnte den Referenten. Die Versammlung endete mit einem Hoch auf das allgemeine, gleiche Wahlrecht.

Die im Volkshaus in Charlottenburg tagende Versammlung war lange vor Beginn polizeilich abgesperrt. Ueber 1500 Personen waren anwesend. Genosse Fritz Jubelil wurde in seinem zweistündigen Vortrage oftmals von stürmischen, langanhaltendem Beifall unterbrochen. In packender Weise schilderte er die Vorgänge am 18. März 1848. Gegner meldeten sich trotz mehrfacher Aufforderung des Vorsitzenden nicht zum Wort. Nach einem kurzen Schlußwort des Vorsitzenden, Genossen Will, wurde die Versammlung mit einem stürmischen Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Die Versammlung in Ost's Festalen in Schöneberg, in der Genosse Heimann referierte, wurde kurz nach 3 Uhr abgesperrt. Die Kopf an Kopf gedrängten Zuhörer lauschten den Ausführungen des Referenten bis zum Schluß mit unablässiger Stille, der zum Schluß ein stürmischer Beifall folgte. Nachdem der Vorsitzende, Genosse Behnfeldt, in einem kräftigen Schlußwort zum Eintritt in den Wahlverein und zum Abnommen auf die Arbeiterpresse aufgefordert hatte, fand unter Hochrufen auf das allgemeine Wahlrecht und Abklingen der Marxistalike die Versammlung ihr Ende.

Die Polizei hatte umfassende Vorkehrungen getroffen. Schutzleute in Uniform und Zivil, zu Fuß und zu Rad, sorgten für Aufrechterhaltung der Ordnung. Anlaß zum Einschreiten fanden sie nicht. Die Martin-Luther- und Reiningger Straße glück einem kleinen Oerlager Bewaffneter.

In der Überfläßen, von circa 600 Personen besuchten Versammlung in Mariendorf referierte Gen. Handtke unter dem lebhaften Beifall der Anwesenden.

Die Versammlung in Adlershof war von circa 450 Personen, Frauen und Männern, besucht. Das 1 1/2 stündige Referat des Gen. Dittmer wurde beifällig aufgenommen. Eine Diskussion fand nicht statt. Gen. Poppe schloß die Versammlung mit einem Hoch auf die internationale, völkerbefreiende Sozialdemokratie und auf das freie Wahlrecht. Die Versammlung stimmte die Marxistalike an und ein großer Trupp ging, da an diesem Tage in Adlershof von 4-7 Uhr die Gemeindevorstandswahl stattfand, geschlossen zum Wahlbureau. Die Genossen von Ordman und Alt-Blende hatten sich der Versammlung angeschlossen. Auf mehreren Bänken in Adlershof ruhte die Arbeit den ganzen Tag.

Auch Rypenid hatte eine gutbesuchte Versammlung, etwa 600 Personen waren anwesend. Referent, Stadteroberner Brun-Verlin, sprach und rief die Versammelten zu stürmischem Beifall hin.

Nach Schluß der Versammlung bewegten sich etwa 300 Personen in losem Zuge nach dem Rathaus. Die Polizeibeamten, die zuerst den Zug ein Stück begleiteten, sperrten später verschiedene Straßen ab, so daß die durch Feierabend habende Arbeiter auf etwa 1500 Personen angewachsene Menge nicht abfluten konnte. Die Beamten gingen in recht scharfer Weise gegen die Demonstranten vor, so daß auch Unbeteiligte, die aus den Fenstern der Wohnungen der Demonstration zusahen, darüber ihr lebhaftes Mißfallen äußerten.

In Baumhäuserweg in Speers Festhale referierte Genosse Kubig. Der Versammlungsbefuch besitzerte sich auf fünf hundert Personen; die Frauen waren stark vertreten.

Zur Protestversammlung in Lankwitz waren ungefähr 350 Personen erschienen. Genosse Kiesel referierte. Die Versammlung, die ruhig verlief, wurde durch ein Lied des Arbeitergesangsvereins Lankwitz eröffnet und geschlossen.

In einer sehr stark besuchten Versammlung im Lokale zur Rennbahn in Treptow referierte Genosse Dr. Kurt Rosenfeld. Nach einer Aufforderung des Versammlungsleiters an die Versammelten, den Kampf für das gleiche, direkte, geheime Wahlrecht energisch weiterzuführen, wurde die Versammlung geschlossen.

Nieder-Varnin.

Die Versammlung in Lichtenberg im Lokale „Schwarzer Adler“ war von 1500 Personen besucht; alle Räume waren überfüllt, sogar die Bühne war dicht besetzt. Das Referat des Genossen Hirsch-Charlottenburg wurde mit großem Beifall aufgenommen. Er führte aus, daß die Sozialdemokratie die einzige Partei sei, die allein noch Andenken an das Jahr 1848 feiere. In großen Zügen gedachte Redner der vergangenen Demonstrationen. Preußen sei der Staat, der das schlechteste Wahlrecht besitzt. 1848 hätten wir das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht, aber nach ein paar Jahren ist uns das Dreiklassenwahlrecht aufgetrieben worden, und so ist es noch heute nach 60 Jahren. Nachdem der Vorsitzende noch in einer feurigen Ansprache die anwesenden Frauen und Mädchen zur Organisation angefordert hatte, wurde die Versammlung mit Hochrufen geschlossen.

Ueber „Preußen von 1848—1908“ referierte Genosse Heintz. Schulz im Saale der Witwe Weigel in Rummelsburg vor einem sehr zahlreichen Auditorium. In zierlich einleitendem Vortrag zeigte Redner die Völlerei des Liberalismus. Ja, in Lübeck und Bremen, wo die Liberalen es in der Hand haben, das gleiche Wahlrecht einzuführen, denken sie gar nicht daran. Der Referent geht sodann zum bestehenden Wahlrecht über und weist nach, daß dieses heute ein sehr großes Unrecht für die arbeitende Bevölkerung ist, wie zurzeit der Einführung. — Den trefflichen Ausführungen des Referenten folgte reichlicher Beifall.

Die Versammlung im „Wilhelminenhof“ in Ober-Schöne-Weide war von über 1000 Personen besucht. Referent Reichstagsabgeordneter Stadthagen schilderte in kräftigen Worten den Kampf für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht. Mit einem Hoch auf die völkervereinende, internationale Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

In Weihensee tagte die Versammlung im voll besetzten Saale des Lokals „Schloß Weihensee“. Ueber 600 Personen waren erschienen. Der Arbeiter-Gesangsverein eröffnete die Versammlung mit dem Liede: „Empor zum Licht“. Die Versammlung, welche auch von vielen Frauen besucht war, folgte den pädagogischen Worten des Referenten, Genossen Fülle, mit gespannter Aufmerksamkeit. Nachdem noch der Vorsitzende zu reger Beteiligung an allen Parteiarbeiten und ferner ebenso an den nächsten Tagen im Orte stattfindenden Gemeindevertreterwahlen aufgefordert hatte, schloß er die Versammlung mit einem Hoch auf das Wahlrecht und die internationale Sozialdemokratie.

Genosse Kapfenstein referierte in Pankow im überfüllten Saale des Feldschlösschens. Bei Beginn der Versammlung hatte der Vorsitzende wieder einmal, wie schon bei früheren in Pankow, Gelegenheit, die Polizei darauf hinzuweisen, daß außer den überwachenden Beamten für Kriminalschutzleute kein Platz in der Versammlung sei. Die Versammlung nahm das Referat Kapfensteins mit stürmischem Beifall entgegen.

Die in Reinickendorf-West stattgefundene Demonstration versammlung war gut besucht; Genosse Ohl hielt ein mit lebhaftem Beifall aufgenommenes Referat.

Die Versammlung in Friedrichshagen in Verchö Bürgerhäfen war von circa 600 Personen besucht. Genosse Kallisk referierte. Der Gesangsverein Friedrichshagener Männerchor leitete die Demonstration durch ein Lied ein und beschloß sie mit einem solchen.

Die Nachmittags-Demonstration in den Provinzen.

(Telegraphische Nachrichten des „Vorwärts“.)

Kärntenwalde: Die Versammlung um 3 Uhr war glänzend besucht. Das Referat Voeste und die Resolution wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Guben: 2000 Personen waren in der überfüllten Versammlung, in der Genosse Koyke referierte. Viele mußten umkehren.

Striegau: Vor 1200 Personen, die die Resolution einstimmig vollzogen, sprach Genosse Feldmann.

Halle a. S.: Die Nachmittagsversammlung war von 1000 Demonstranten besucht. Sindermann-Dresden referierte unter stürmischem Beifall. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Die Industriellen drohten mit Aussperrung.

Aitona: Hier ruhten viele Betriebe, namentlich feierten die Bauhandwerker und Hausindustriellen. Die Polizei inhibierte morgens an einigen Stellen die Flugblattverteilung — und stiftete einen Mann. Gegen 5 Uhr nachmittags strömten große Scharen Demonstranten dem Versammlungsorte zu, in dessen Nähe ein starkes Polizeiaufgebot postiert war. Vor 4000 Personen sprach Genosse Dr. Laufenberg.

Wandebel: Hier ruhten fast alle Bauten und mehrere Betriebe. Redakteur Fischer wies vor 800 Personen auf die doppelte Bedeutung des Tages hin.

Duisen: 2000 Demonstranten waren versammelt. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Inchae: Um 4 1/2 Uhr hatten sich 800 Personen eingefunden, die einstimmig der Resolution zustimmten.

Dortmund: Starkbesuchte Demonstration.

Dombach: Gutbesuchte Versammlung.

Lützendorf: Gutbesuchte Versammlung.

Köln: Zwei Versammlungen fanden im Volkshaus statt. Beide waren überfüllt. Die Besucherzahl betrug 3500. Die Redner waren die Genossen Müller und Schäfer. Der Beifall war stürmisch, die Stimmung begeistert. In der Nähe des Volkshauses waren mehrere starke Polizeiaufgebote postiert, ohne Gelegenheit zur Betätigung zu bekommen.

Düsseldorf: Im Gewerkschaftshause fanden um 4 Uhr zwei Versammlungen statt. Beide Säle nebst Nebenräumen waren überfüllt. 1500 Demonstranten waren versammelt. Viele Hunderte mußten umkehren. Referenten waren die Genossen Fischer und Spiegel. Die Resolution wurde begeistert aufgenommen. Das Personal einer Möbelfabrik, 200 Mann, war vollständig vertreten. Die Polizei machte sich wenig bemerkbar.

Essenfeld-Varmen: Zwei Versammlungen vereinigten 2500 Teilnehmer. Die Säle mußten wegen Ueberfüllung polizeilich geschlossen werden. Es herrschte laute Begeisterung. Keine Fabrik gab frei.

Solingen: Die Versammlung um 4 1/2 Uhr wies 2000 Teilnehmer auf. Tausende Abgesperrte füllten die Straßen. Es herrschte große Begeisterung.

Wald bei Solingen: Ueber 1000 Demonstranten versammelten sich um 4 1/2 Uhr.

Rondorf: Die Versammlung um 4 1/2 Uhr war von 200 Personen besucht.

Verantw. Redakt.: Georg Davidsohn, Berlin. Inseratenteil verantw.:

Frankfurt a. M. In acht Versammlungen demonstrierten um 4 Uhr 7000 Demonstranten gegen die Dreiklassenwahlrecht und gegen den Rückfall der Märgefallen. Die Polizei hatte umfassende Vorkehrungen getroffen, doch kam es zu keiner Störung.

Wiesbaden: Die Protestversammlung im Gewerkschaftshause war von über 1000 Personen besucht. Viele Betriebe der Holz- und Metallindustrie sowie der Baubranche feierten. Genosse Vogtherr hielt ein zündendes Referat. Die Resolution fand begeisterte einstimmige Annahme.

Dhlig: 900 Demonstranten nahmen an der Versammlung um 4 1/2 Uhr teil.

Abendversammlungen.

(Telegraphische Meldungen des „Vorwärts“.)

Brandenburg: Trotz Regentwetter waren die drei Versammlungen stark besucht. 1600 Teilnehmer demonstrierten.

Spandau: Die Versammlung war von circa 1000 Personen besucht. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Kottbus: In der imposanten Versammlung waren 1000 Personen anwesend, die einmütig dem Referat des Genossen Brunwald und der Resolution zustimmten.

Rathenow: 1200 Demonstranten in zwei Versammlungen.

Stettin: Sieben Versammlungen waren total überfüllt. Etwa 7000 Besucher waren zu zählen. In einer suchten Anarchisten für ihre Ideen Propaganda zu machen, die aber von den Versammelten abgelehnt wurden. Die Vulkanwerst hat alle Arbeiter entlassen, die heute aus irgend welchem Grunde gefehlt haben. Die Zeitung stellt diese Feiernden anscheinend als Demonstranten an, was falsch ist.

Breslau: Sechs Nieserversammlungen waren überfüllt, wenigstens rund 10 000 Personen. Mehrere wurden abgesperrt. In den Vorstädten waren große Polizeiaufgebote auf den Straßen.

Danzig: Eine äußerst stark besuchte Versammlung nahm begeistert das Referat des Genossen Bartel entgegen.

Magdeburg: Fünf trotz Regentwetter überfüllte Versammlungen. Mehrere davon wurden abgesperrt. Gesangsbeitrag leitete sie stimmungsvoll ein. Die Redner fanden großen Beifall. Zum Schluß sangen die Demonstranten die Marxhymne.

Erfurt: Die Versammlung war von 1600 Personen besucht. Am ganzen Tage war starkes Polizeiaufgebot auf den Straßen. Im Regierungsbezirk fanden noch Versammlungen in Goldlauter, Wenshausen, Suhl und Heintzsch statt.

Hannover: Das Promenadenkonzert vor dem Hoftheater fiel mittags aus, weil man Demonstrationen befürchtete. Die Versammlungen waren riesenhaft besucht. Sie wurden mit Gesang eingeleitet. Die ganze Bewegung zeigt enormes Anwachsen der Teilnehmerzahl. Kein Lokale waren so überfüllt, daß Tausende auf Höfen und Vorplätzen standen. Die Polizei hatte große Vorbereitungen getroffen. Vor jedem Lokale waren Dutzende von uniformierten und Kriminalschutzleuten postiert. Die Straßen waren gerade wegen der plumpen polizeifiziösen Alarmmärsche abends viel belebter als sonst. Abends zweifelhaft Subjekte trieben erfolglos ihr Unwesen. In den Versammlungen herrschte große Begeisterung.

Bielefeld: Drei Versammlungen fanden in Bielefeld, Brauweiler und Schildesche statt. Die Besucherzahl betrug etwa 2000 Personen.

Kassel: 2000 Männer und Frauen waren versammelt.

Köln: Acht Versammlungen in Köln und Vororten hatten sämtlich kolossalen Jubel. Der Massenbesuch im Volkshaus spottet der Beschreibung. An die Reden schlossen sich des Tages würdige Feiern.

Arefeld: In zwei stark besuchten Versammlungen vereinigten sich die Arbeiterschaft Arefelds zur Wahlrechtsdemonstration. Es herrschte große Begeisterung. Im Kreise Kempen tagten ebenfalls zwei überfüllte Versammlungen.

Neuß: Stark besuchte, begeisterte Versammlung.

Minden: 400 Demonstranten.

Hersford: Die Versammlung war von 400 Personen besucht.

Rehme (Westf.): Gut besuchte Versammlung.

Schwelm (Westf.): Vor 250 Besuchern sprach Genossin Baumann.

Gasse (Westf.): 400 Besucher.

Genesberg (Westfalen): Vor 450 Versammlungsbesuchern sprach Genosse Max König.

Schwesig: Gutbesuchte Versammlung.

Neuwied (Rheinland): Stark überfüllte Versammlung.

Lüneburg: Um 6 1/2 Uhr nach dem Schluß der Arbeit vereinigten sich in zwei Versammlungen 600 Personen, die einmütig der Resolution zustimmten.

Eberwalde: 400 Teilnehmer.

Fürstberg a. d. Oder: 300 Besucher.

Landberg a. W.: Genosse Jeglin sprach im überfüllten Saale.

Schwiebus: Vor 300 Personen referierte Genosse Hejshold.

Köln: Die Versammlung war von 450 Demonstranten besucht.

Greifswald: 200 Besucher.

Swinemünde: Gut besuchte Versammlung.

Stals i. V.: 300 Teilnehmer.

Kolberg: 300 Besucher.

Barth: 200 Teilnehmer.

Wolgast: 400 Demonstranten.

Gollnow: Gutbesuchte Versammlung.

Zorgelow: 350 Demonstranten.

Jastrow (Westpr.): Gut besuchte Versammlung.

Bromberg: Gefülltes Lokal.

Hohenfelsa: Gut besuchte Versammlung.

Schönlank: 180 Besucher.

Auf der Russenjagd.

Daß die Polizei neben dem Kampfe für das preussische Wahlrecht auch noch Zeit fand, die Dienste für Väterchen Jar nicht zu vernachlässigen, illustriert folgende Zuschrift:

Es war ein Viertel nach 4 Uhr, als ich den Friedhof der Märgefallenen verließ, um mich allmählich nach Hause zu begeben. An der Haltestelle der Elektrischen, Friedensstraße Ecke Landberger Allee, spricht mich ein besser gekleideter Herr, den ein anderer ähnlicher begleitete, an:

„Sind Sie Ausländer? Ich bin Kriminalschutzmann.“

(Damit zeigte er mir die bekannte Bronzemarke.)

„Was? Ja? Wie kommen Sie dazu?“

„Sie sind Russel Sie kommen mit zur Polizeiwache.“

„Mit Vergnügen!“

„Haben Sie eine Legitimation?“

„Für Sie nicht, auf der Wache ja; aber Ihre Nummer möchte ich kennen lernen.“

Und zu dritt schritten wir der gegenüberliegenden Polizeiwache zu. Man muß mich wohl für sehr gefährlich gehalten haben: ich wurde mit Argusaugen bewacht und im Hause ging einer vor, einer hinter mir. Auf der Wache angekommen, erkundigte ich mich nach meinem Delikt.

„Sie haben als Russe (sic!) heute den Friedhof besucht.“

„Warum ist das gerade den Russen verboten?“

„Darüber habe ich Ihnen keine Auskunft zu geben.“

Kun zog ich meine Militärpapiere hervor, aus denen die guten Zeugnissen ganz bestürzt ersehen, daß ich Reichsdeutscher bin, worauf ich mir aber gerade da begreiflicherweise verständig wenig einbildete.

Ich wartete noch eine Weile auf eine — doch wohl gewiß mir zustehende — Entschuldigung; die kam nicht. Ich ver-

langte die Nummer der Herren, nur der eine bequeme sich dazu; er hatte die Nr. 668. Dann erklärte ich den Herren, daß ich mich über sie beschweren würde, und ließ den Fall protokolllarisch eintragen.

Weim Verlassen des Lokals wußten die beiden Herren vor Verlegenheit nicht wohin. Sie könnten doch nur ihren Auftrag ausrichten, und da kämen mal Mißgriffe vor; und aus Russland kämen mal so viel Elemente her, vor denen wir uns schützen müßten. Und wenn's auch dort berechtigt wäre (sic!), so dürfte hier nicht geduldet werden — — — usw. usw.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Schuhmacher! Die Lohnunterschieden bei dem Schuhmachermeister Hermann Walter, Schillerstr. 92, dauern unverändert fort. Versuche des Vertreters des Verbandes zur Beilegung derselben scheiterten an dem Starrsinn des Unternehmers. Derselbe wies dem Beauftragten kurzerhand die Tür. Es ist dies um so bemerkenswerter, als dieser Kleinmeister vor einigen Jahren selbst Verbandsmitglied war und in seiner jetzigen Eigenschaft nur von der Arbeiterkundschaft abhängig ist.

Zentralverband der Schuhmacher. Gauerwaltung Berlin.

Polizeiattake aus Anlaß des Streiks bei Hartung.

Abends gegen 8 Uhr pflegten sich in den letzten Tagen in der Nähe der Hartung'schen Eisengießerei in der Bielefeldstraße Menschen anzusammeln, um zuzusehen, wie die Arbeitswilligen aus dem im Streik befindlichen Hartung'schen Betriebe unter polizeilicher Bedeckung nach Hause geleitet werden. Am Mittwoch hatte man die Arbeitswilligen schon um 4 Uhr nach Hause geschickt. Da die wie gewöhnlich um 6 Uhr erscheinenden Zuschauer des Arbeitswilligen-transportes nicht zu sehen belamen und deshalb längere Zeit auf den Beginn des gewohnten Schauspiels warteten, so fanden sich nach und nach immer mehr Schaulustige ein. Da erschienenen Schutzleute unter Führung eines Polizeileutnants. Mit blankem Säbel gingen die Beamten gegen die wehrlose Menge vor, in der sich auch zahlreiche Frauen und Kinder befanden. Verirrte Schutzleute trieben ihre Pferde in die Menge hinein. Mehrere Personen, darunter auch Frauen, wurden zu Boden gerissen. Ein Augenzeuge teilt uns mit, daß der Polizeileutnant am rückwärtslosten von der Waffe Gebrauch machte und sogar eine Frau schlug. Zwei Männer erlitten bei der Polizeiattake blutende Kopfwunden. — Ist die Polizei am 18. März vielleicht wieder durch ganz unnötige Ueberanstrengung so aus der Ruhe gebracht worden, daß sie am Abend unter dem Einfluß hochgradiger Nervosität handelte? Wie uns von anderer Seite berichtet wird, ist auch schon am Dienstag die Polizei gegen eine Ansammlung vor der Hartung'schen Fabrik unter Führung von zwei Polizeioffizieren mit blankem Säbel vorgegangen. Notwendig war das jedenfalls nicht.

Deutsches Reich.

Tarifabschlüsse.

Der Verband der Fabrik-, Land- und Hülfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands hat ein Verzeichnis über die im letzten Jahre abgeschlossenen Tarife herausgegeben. Die Arbeit verfolgt den Zweck, den Mitgliedern resp. den örtlichen Verwaltungen Kenntnis von dem Inhalt der an anderen Orten abgeschlossenen Tarife zu geben, damit diese bei Verhandlungen eventuell als Unterlage benutzt werden können. In einem Vorwort sagt der Verfasser u. a.:

„Ueber die Vorgänge von Tarifen für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter braucht man heute besondere Darlegungen nicht mehr zu machen. Die Zeiten sind vorbei, in denen man Tarifabschlüsse gleichbedeutend mit „Arbeiterverrat“, Verfluchung und Versimpelung des Massenkampfes einschätzte. Von der einstmaligen im Schwange gewesen, über alles vernünftige Maß hinausgehenden Beurteilung der Tarifverträge hält man sich heute ebenso fern, wie von der übertriebenen günstigen Beurteilung der Tarifabschlüsse. Man hat jetzt für die Beurteilung den richtigen Maßstab gefunden.“

Wie wir der Broschüre entnehmen, sind im Jahre 1907 in 52 Orten 63 neue Tarife abgeschlossen worden, davon 3 in der Papierindustrie, 18 in der chemischen Industrie, 29 mit Ziegeleien, Schamotte- und Zementfabriken, 1 in der Konfektindustrie, 3 in landwirtschaftlichen Nebenbetrieben und 28 mit diversen Fabrikanten.

Ausland.

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist der Reunifundentag für Telegraphisten und Zugabfertiger von Eisenbahnen endgültig eingeführt worden, trotz hartnäckigem Widerstande der Bahngesellschaften. Viele Tausende von Leuten, hauptsächlich Telegraphisten, sind sofort eingestellt worden, denn die Arbeitszeit dieser Beamten war früher bedeutend länger, so daß für viele arbeitslose Telegraphisten überall Stellen frei wurden. Dieser jüngste Kongreßbeschluss zugunsten der Arbeiter wird mit großer Energie und Schnelligkeit durchgeführt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der Kongo wird annektiert!

Brüssel, 18. März. (W. S.) In der heutigen Sitzung des Siebzehnerausschusses wurde über die Annektionsvorlage abgestimmt. Die Vorlage wurde mit 12 gegen 3 Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen angenommen.

Hungernot in Indien.

Kalkutta, 18. März. (W. S.) Unter dem Vorsth von Lord Minto wurde gestern eine Versammlung vieler Rajahs, Beamten und Bürger hier abgehalten bezwecks Bildung eines Hilfskomitees zur Sammlung freiwilliger Beiträge für die von der Hungernot betroffene Bevölkerung. Gegenwärtig werden nahezu 1 1/2 Millionen Menschen von der Regierung unterstützt.

Kaperel!

Bordeaux, 18. März. (Meldung der Agence Havas.) Das einer Fischereigesellschaft am Golfe von Gascogne gehörige Schiff „Valeine“ mit einer Besatzung von 19 Mann wurde beim Kap Jubi von Rauten gekapert.

Paris, 18. März. (W. S. W.) Das Marineministerium ersucht, zum Zweck der Befreiung der gefangenen Matrosen des Segelschiffes „Valeine“ ein Kriegsschiff an das Kap Jubi zu entsenden.

Grubenbrand.

Dortmund, 18. März. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Heute brach auf Zeche „Kaiserstuhl“ ein großer Grubenbrand aus. In einer Brennstammer hatte Pulverwolfe Feuer gefangen. Weil keine Schläuche vorhanden waren, dehnte sich der Brand über drei Reviere aus. Der Betrieb ist eingestellt. 450 Bergleute sind entlassen und können keine Unterkunft finden.

Fabrikbrand.

Hamburg, 18. März. (W. S.) Auf der chemischen Fabrik Ellersholz auf Steinwerder brach heute vormittags eine große Feuerbrunst aus, durch die eine Abteilung der Fabrik stark beschädigt wurde. Der Betrieb erleidet dadurch eine Störung von etwa 14 Tagen.

Die Vereinsfreiheit verschachert!

Die freisinnige Fraktionsgemeinschaft ist entschlossen, eine politische Schurkerei zu begehen, wie sie selbst in der jammervollen Geschichte des deutschen Liberalismus ganz unerhört ist.

Man darf in dieser Sache von keinem Kompromiß reden. Der Freisinn hat vor den Junkern bedingungslos kapituliert.

Die Verhandlungen in öffentlichen Versammlungen sind in deutscher Sprache zu führen. Die Vorschläge trifft nicht auf internationale Kongresse und Wahlparlamenten nach Bekanntmachung des Wahltermins.

Mit anderen Worten: die Regierungsvorlage ist wieder hergestellt und der preussische Galatismus hat seine Zwecke vollständig erreicht.

Jedoch es scheint, daß das Maß der politischen Sünden, das der Freisinn begehen kann, noch immer nicht erschöpft ist.

Nicht ohne ein Gefühl des Mitleids muß man sich fragen, warum denn die alten Herren, die Träger und Schrader, das Ende eines ehrlichen politischen Lebens mit solcher Schmach besudeln.

Kleines feuilleton.

Die Nachricht vom 18. März 1848 in Wien. Im zweiten Märzheft der österreichischen „Kundschau“, das eben ausgegeben wurde, werden „Geheimbriefe aus den Märztagen 1848“ veröffentlicht.

Über Preußen sind die heutzutage besten Gerüchte im Umlauf. In Berlin soll ein förmliches Blutbad stattgefunden haben.

Gegen die Kinetographenfest wendete sich ein Elternabend, den die Lehrerschaft einer Hamburger Volksschule veranstaltete.

erinnern, der heute aus Württemberg mit seiner Vereinsfreiheit, die ihr Führer, der Herr v. Payer, in seinem kindisch-ferilen Ehrgeiz in diesen Sumpf geführt hat.

Aber dieser Kuhhandel bildet nicht nur das schmachvolle Ende des deutschen Freisinn, er ist auch ein schmachvolles Zeugnis des Tiefstandes unserer politischen Moral.

Industrielle als Klassenkämpfer.

Vor einigen Tagen ging durch einen Teil unserer Parteipresse ein „Eingekandt“, das ein Solinger Fabrikant an die bürgerliche „Sol. Ztg.“ gerichtet hatte.

Wir haben von diesem Schreiben keine Notiz genommen, da wir es als die Aeußerung eines industriellen Eigenbrödlers, eines weichen unter schwarzen Raben betrachteten.

„Vertraulich! Solingen, den 13. März 1908. Rundschreiben Nr. 97.“

Die sozialdemokratische Partei beabsichtigt am 18. März dieses Jahres, als dem 60. Jahrestage der Revolution von 1848 im ganzen Reich durch Abhaltung zahlreicher Protestversammlungen eine Kundgebung großen Stiles gegen das preussische Dreiklassenwahlrecht in Szene zu setzen.

Unser Verband nimmt keine politische Stellung ein und betrachtet daher die vorliegende Frage auch nicht vom politischen Standpunkte aus.

Sensationelle überzog. Bedenklich werden diese Darbietungen, wenn zu dem Unwahren das Grauenhafte, Rohe, Gemeine, Schamlose, das direkt Unflätliche hinzukommt.

Die Eltern stimmten den Ausführungen zu und verlangten in einer Resolution, daß den Kindern der Zutritt zu den jetzt üblichen Veranstaltungen verboten, dafür aber besondere, stilsich und künstlerische Nachmittagsvorstellungen eingerichtet würden.

Humor und Satire.

Die Linksparteien: Die Rechtsparteien. Wir halten am Lock fest unter absoluter Wahrung unserer alten Parteiprinzipien, nämlich:

der Stärkung, der Schwächung des parlamentarischen Regimes, der Verbilligung, der Verteuerung der notwendigen Lebensmittel, der Einführung, der Nichterführung der allgemeinen, direkten und geheimen Wahl für Preußen, der Bewilligung, der Nichtbewilligung direkter Reichsteuern, der Bevorzugung des Adels vor den Bürgern und der Bürger vor dem Adel, der Schaffung von Monopolen und des Kampfes gegen alle Monopole, der Steigerung der Militärlasten, verbunden mit der Propaganda für die Abrüstung, der Festhaltung an den Schwurgerichten, der Abschaffung der Schwurgerichte, der Erhöhung, der Bekämpfung der Liebesgaben, der agrarischen und der antiagrarischen, der demokratischen und der feudalen Tendenzen! („Lustige Blätter.“)

gewerkschaftlicher Seite gegen die Unternehmer ausgebeutet werden.

Die Arbeitgeber des Kreises Solingen haben um so mehr Veranlassung, dem erwähnten Plane der Sozialdemokratie energig entgegenzutreten, als bereits vor einigen Wochen gelegentlich der damaligen Kundgebung sich Vorkommnisse ereignet haben, deren Wiederholung von keiner Seite wünschenswert erscheint.

Sollte es trotz der ablehnenden Haltung der Arbeitgeber zu widerrechtlichen Arbeitseinstellungen kommen, so bitten wir unsere geehrten Mitglieder, uns unverzüglich die Namen der fraglichen Arbeiter angeben zu wollen.

Hochachtungsvoll! Der Vorstand des Verbandes von Arbeitgebern im Kreise Solingen. Der Geschäftsführer: (gez.) Dr. Hornung."

Die Solinger „Arbeitgeber“ nehmen also genau denselben Klassenkampfstandpunkt ein, den die große Mehrheit der Industriellen hier in Berlin und an anderen Orten gegenüber der Forderung ihrer Arbeiter eingenommen hat.

Die liberalen Blätter räsionieren über die Marx'sche Klassenkampftheorie und bezeichnen sie als eine bloße Erfindung, zugleich aber führen die Herren „Arbeitgeber“, ganz gleich, ob sie konföderativ, nationalliberal oder entschieden liberal sind, den Klassenkampf gegen ihre Arbeiter in der rücksichtslosesten und brutalsten Form.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. März 1908.

Der zweite Tag der Kolonialdebatte.

Genosse Ledebour nahm heute im Reichstag Gelegenheit, den prinzipiell ablehnenden Standpunkt der Sozialdemokratie zur kolonialen Streckungs- und zur kapitalistischen Weltpolitik überhaupt darzulegen.

Humor des Auslandes. Ein Aufruf eines Missionars in Afrika um Zufendung von landwirtschaftlichen Geräten hatte den Erfolg gehabt, daß ihm unter anderem auch ein Melkchmel von England zugeht.

Notizen.

Vorträge. Der Verein zur Förderung der Kunst veranstaltet am 23. März im Berliner Rathaus einen Karl Spitteler-Abend, an dem Proben aus den Hauptwerken des Schweizer Dichters zum Vortrag gelangen.

Die Meiningener Hoftheatertruppe wird voraussichtlich nicht aufgelöst werden (wozu der Bühnenvertrag Handhabe gäbe), sondern bis zur Vollendung des Neubaus in Gotha und Koburg aufstehen.

Ein Landesmuseum der Provinz Westfalen wurde in Münster eröffnet. Das Gebäude ist mit Anküngen an die Münsterische Architektur im Uebergangsstil der Spätgotik zur Renaissance erbaut, an der Innenausstattung wären moderne Kunstgewerbetler beteiligt.

Affen. Literatuzigeuner und hochblonde Weiber von königlichem Wuchs bevölkerten, wie ein Plauderer in der „Voll. Zeitung“ (Ludwig Vietzsch scheint es ausnahmsweise nicht zu sein) der aufstehenden Wit- und Nachwelt überliefert, einen vom „Verein der Kunst“ veranstalteten Beerdigungsfest. Schon mit Namen oder sonst kenntlich werden die Genies zusammen mit den Nestorodamen, die auf Abenteuer ausgingen, aufgeführt. „Ach wie ist die Zeitung so interessant“, sagt der Hochphilister, und denkt sich, was für Hanswursts sind doch diese Künstler.

geborenen gegenüber dem Kolonialausbeuterum energisch annehmen werde. Eine Beamtenschaft, die sich aus Beamtenkreisen rekrutiere, die in Deutschland selbst gegen eigene Landsleute so rückwärts herrenmenschlich verfahren, werde natürlich aus anergogenem Instinkt jederzeit die Partei der Rassen- und Klassengenossen ergreifen. Die wenig Verlaß aber selbst beim besten Willen auf die Kontrolle humaner Beamten sei, beweise die Tatsache, daß in Dernburgs Reisekarawane in Ostafrika ärger geprügel werden konnte, als das selbst in dem mit Prügelein so reichlich gesegneten Lande sonst der Fall sei!

Neben einer eingehenden Kritik des Dernburgschen Kolonialprogramms widmete Genosse Ledebour auch dem Generalissimus des Reichsfabelverbandes, Herrn Liebert, eine zeitgemäße Abfertigung, der sich Herr Liebert in seiner Entgegnung durch etwelche kleine Reichsverbandspäpchen und pathetische Widerlegung von solchen Dingen zu erwehren suchte, die Ledebour — wie er in einer persönlichen Bemerkung konstatierte — gar nicht behauptet hätte!

Herr Dernburg selbst suchte Ledebours Kritik dadurch zu entkräften, daß er einen markanten Strich zwischen sich und Herrn v. Liebert, den ehemaligen Gouverneur von Ostafrika, zog. Aber das geschah allzu offensichtlich nur deshalb, um jede Verantwortung für die verflochtenen Sünden der deutschen Kolonialpolitik abzulehnen zu können! Dabei verteidigte Herr Dernburg mit aller Entschiedenheit die Prügelstrafe!

Märzfeier im Dreiklassenhause.

Die parlamentarischen Vertreter der Epigonen des preussischen Bürgertums von 1848 haben den 18. März in ihrer Art gefeiert. Räumlich mit persönlichen Zänkereien der konservativen und freisinnigen Blodbrüder untereinander über so bedeutende Fragen wie die, ob ein Charlottenburger Grobbourgeois oder ein leidhaftiger Herzog als Jagdpächter vorzuziehen sei, und ob die Krankheit, die den Dividendenmüller mit den vielen Weimarn an einer neuen Reichstagskandidatur gehindert hat, eine wirkliche oder eine vorausgehende Durchfallkrankheit gewesen sei. Ob es gerade Absicht war, daß ausgerechnet am 18. März die Rechte ihre Redner allerleyer Garnitur, parlamentarische bürgerliche Junkerbediente nach Art der Meinde, Quack und Konferten vorschickte, wagen wir nicht zu entscheiden.

Der einzige Freisinnige, der wenigstens die Tatsache erwähnte, daß der Kalender das Datum des 18. März aufwies, war Rosenow, der Mann aus dem Volke an der Jannowitzbrücke. Er schwang sich sogar dazu auf, etwas wie Abscheu vor dem Vergleichen von Bürgerblut zu bekunden, und sprach über den 18. März 1848 so im Stile des Vossischen „Extrablatts der Freude“, das von ansehnlichen Kommunalbeamten vermeldet, die auf den Barricaden mitgekämpft haben... sollten. Der keimfähige Etschhoff und der geldniegelte Bishbed schenken sich alle Bemühen, und was in Müllers-Sagan-Verlin amoch undoktorierter Männerbrust an mutiger Spannkraft übrig ist, wandte sich heroisch gegen die Automobile.

Das war die Art, wie das Dreiklassenhaus anlässlich der Fortsetzung der dritten Staatsberatung seine Märzfeier abhielt. —

Die Legitimationskarten.

Im österreichischen Budgetauschuss gab, wie aus Wien telegraphiert wird, der Minister des Innern Aufklärungen über die in Preußen für österreichische Arbeiter eingeführten Legitimationskarten. Gegen diese Einrichtung sei von der Regierung bei der deutschen Reichsregierung Protest erhoben worden, weil sie der Freiheit des österreichischen Arbeiters, Arbeit zu suchen und zu nehmen, entgegenstehe. Die preussische Regierung habe sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Einführung der Legitimationskarten eine fremdenpolitische Maßregel sei, und daß völkerrechtliche Rücksichten oder vertragmäßige Rechte hierdurch nicht verletzt würden. Die preussische Regierung habe jedoch gleichzeitig die Versicherung abgegeben, daß die Landräte angewiesen worden seien, den Arbeitern in jeder Beziehung entgegenzukommen, so daß bei der Handhabung der Verordnung betreffend den Legitimationszwang die österreichischen Arbeiter eine unbillige Beschränkung nicht erfahren.

Hoffentlich gelingt es unseren Genossen im österreichischen Parlament, ihrer Regierung klar zu machen, daß die Erklärung der preussischen Regierung eine ganz unsielhaltige Ausrede ist. Wir haben wiederholt nachgewiesen, daß die Legitimationskarten die Einführung des Arbeitszwanges bedeuten und mit den Handelsverträgen im flagranten Widerspruch stehen. Wir sind überzeugt, daß der österreichische Minister nicht so leicht „überzeugt“ worden wäre, wenn die Rechtsverletzung eben nicht bloß Arbeitern angetan würde.

Andererseits zeigt die Angelegenheit wieder die Rücksichtslosigkeit der preussischen Regierung; wenn es sich um Junterinteressen handelt, dann darf auch der einzige Bundesgenosse, der Deutschland noch geblieben ist, brüskiert werden. —

Aus der sächsischen Wahlrechtsdeputation.

Endlich hat die Dinkellammer, die die Reform des sächsischen Landtagswahlrechts vorbereiten soll, beschlossen, die Geheimhaltung ihrer Verhandlungen und Beschlüsse aufzuheben. Natürlich bedeutet das nicht die Zulassung der vollen Öffentlichkeit; die Presse hat nach wie vor keinen Zutritt, aber die Landtagsabgeordneten sind von der Schweigepflicht befreit. Originell ist, daß die Wahlrechtsdoktoren der Dinkellammer jetzt nach 23 Sitzungen fast einstimmig zu der Ansicht kamen, daß die Geheimhaltung nur nachteilig für die Wahlrechtsfrage und die Deputation gewesen sei. Auch die Regierung gab jeden Widerstand gegen die Öffentlichkeit auf, sie wünschte nur, daß amtliche Protokolle veröffentlicht werden sollten.

Ein Rückblick auf die bisherigen Verhandlungen der Wahlrechtsdeputation zeigt, daß diese nach zweieinhalbmonatiger Tagung und in 23 Sitzungen so gut wie nichts fertig gebracht hat. Man hat von Anfang an die Regierungsvorlage, die man doch in erster Linie beraten sollte, beiseite geschoben und die Zeit mit schematischen Streitigkeiten über verschiedene Wahlsysteme verbracht. Auf diese Weise hat man Pluralwahlsystem, Genuswahlrecht und Berufswahlrecht allgemein erörtert. Zwischenburch hat man eine Anzahl der vorliegenden Wahlrechtsentwürfe diskutiert. Sämtliche Vorschläge wurden nacheinander verworfen, darunter auch ein nationalliberaler Pluralwahlrechtsentwurf, der zwei Zusatzstimmungen forderte. Nur ein Vorschlag des Agrarier Andreä, der ein Pluralwahlrecht mit vier Zusatzstimmungen verlangte, fand noch einigen Modifikationen Annahme. Danach sollten die vier Pluralstimmen verteilt werden: 1. Jeder 45 Jahre alte Wähler. 2. Jeder selbständige Gewerbetreibende, der einen versicherungspflichtigen Gehälften beschäftigt. 3. Jeder Grundstücksbesitzer. 4. Jeder, der 1000 Mark Einkommen oder das Einjährige

zeugnis hat. Dieser Vorschlag bildete auch die Unterlage zu den Kompromißverhandlungen zwischen Nationalliberalen und Konservativen, die nach neueren Mitteilungen noch nicht völlig zum Abschluß gelangt sind, wobei aber insoweit eine Einigung zustande gekommen ist, als man sich auf ein Pluralwahlrecht mit drei Zusatzstimmungen geeinigt hat.

In letzter Zeit beschäftigte sich die Deputation mit der Frage der Kommunalvertreter. Den Anlaß dazu gab ein Antrag des Konservativen Kühnleher, wonach statt der 40 Gemeindevertreter, die die Regierung forderte, nur ein Viertel bis ein Drittel der Abgeordnetenwahl Kommunalvertreter sein sollten. Die Wahl sollte nicht, wie die Regierung es forderte, durch die Bezirksverbände vorgezogen werden, sondern direkt durch die Gemeinderatsmitglieder und Stadtverordneten in besonders zu bildenden Wahlkreisen. Den Antrag hat die Regierung unter Ablehnung des reinen Pluralwahlrechts als eine Brücke zur Verständigung bezeichnet, doch wollte sie nicht die Gemeindevertreter direkt wählen lassen, sondern die Bezirksverbände unter Ausschluß der Höchstbesteuerten und die Gewerbe- und Handelskammern.

In der letzten Sitzung der Deputation hat nun die Regierung ihren Antrag über die Kommunalvertreter schriftlich eingebracht. Danach verlangt sie unter den obigen Bedingungen 30 Kommunalvertreter, wobei sie wahrscheinlich statt der jetzt existierenden 82 Abgeordneten eine Zahl von 90 bis 96 angenommen hat. Der Vorschlag hat wenig Aussicht auf Annahme. Die Abstimmung darüber wird in einem gewissen Sinne eine Entscheidung herbeiführen. Wird der Regierungsantrag abgelehnt, fallen damit die mittelalterlichen Kommunalvertreter aus. In dieser Form wird Hohenthal sicher jede weitere Beratung der Wahlrechtsfrage aufgeben, denn er hat sich in die Kommunalvertreter so verannt, daß er nun nicht mehr zurück kann.

Uebrigens haben die Verhandlungen über die Kommunalvertreter nur noch eine formelle Bedeutung. Die eigentlichen Wahlrechtsverhandlungen finden jetzt zwischen den Fraktionen der Nationalliberalen und den Konservativen statt. —

Geldverschwendung für die Kolonialbahnen.

In der „Hülse“ läßt Herr Rohrbach, der ehemalige Landeskommissar für Südwestafrika, an Herrn Dernburgs Kolonialbahnprojekten eingehende Kritik. Er schreibt:

„Für Ostafrika muß es Bedenken erregen, daß der Reichstag sich schon jetzt und mit einem Male für die ganze 700 Kilometer lange Strecke von Morogoro bis Tabora festlegen soll. Das macht ungefähr die Hälfte der ganzen geforderten Summe von 150 Millionen aus. Es würde vollkommen genügen, wenn jetzt statt der 700 Kilometer bis Tabora 90 oder 100 Kilometer bis Kilissa gefordert würden.“

Danach mächte nach Herrn Rohrbach, dem ehemaligen Kolonialbeamten und kolonialen Sachverständigen, Dernburgs Stolz und Ruhm und der Börse fettesten Happen platt gestrichen werden. Damit fielen aber von 1450 Kilometern Bahnbauten mit einem Salage 600 Kilometer, die allein 60—70 Millionen Kosten würden.

Aber damit nicht genug! Auch das nächstgrößte Bahnprojekt Dernburgs, die Kameruner Südbahn, die 350 Kilometer lang sein und 40 Millionen kosten soll, hält Herr Rohrbach nicht für opportun. Und Herr Rohrbach hat gerade Kamerun längere Zeit bereist! Ueber diese Südkamerun-Bahn schreibt Herr Rohrbach:

„Der Hauptgrund, westwegen eine Südbahn in Kamerun gebaut werden muß, ist der militärische. Südamerun ist ein, wenn auch nicht durchweg, so doch überwiegend schwach bevölkertes Waldland, in dem verschiedene gefährliche und unruhige Stämme hausen. Sein wertvollstes Produkt ist der Kautschuk. 1906 wurde Kautschuk für circa 4,7 Millionen Mark ausgeführt, überwiegend aus dem Süden. Um diese Menge zu befördern, würde es etwa alle Vierteljahre eines Eisenbahnzuges bedürfen. Natürlich würde eine Bahn außer der Kautschukproduktion, die im wesentlichen nicht mehr zunehmen wird, die vielmehr in absehbarer Zeit infolge des Raubbaus eine Verminderung droht, auch noch andere gute wirtschaftliche Folgen haben und namentlich die militärische Sicherheit gewährleisten. Dazu genügt es aber, wenn eine Schmalspurline von wenig über 200 Kilometern Länge von der zwar nicht glänzenden, aber erträglichen Seebe von Songi über den Kjong nach Jaunde geführt wird. Das würde nicht 40 Millionen kosten, sondern vielleicht den dritten oder vierten Teil.“

An den 150 Millionen, die Herr Dernburg fordert, würden also selbst nach dem Gutachten des Kolonialfachmanns Rohrbach circa 100 Millionen abzustreichen sein! —

Der Negerfreund als Verteidiger der Sklaverei!

Herr Dernburg ist trotz scheinbarer Draufgängererei ein geschmeidiger Mann. In Ostafrika zeigt er den Pflanzern die Bahne, um durch den Bau der Zentralbahn bis Tabora der Börse und der Schienenindustrie zu setzen Profiten zu verhelfen. Dort muß er gegen die Kolonialagrarier Partei ergreifen; denn wenn er die Forderungen der Pflanzern in bezug auf die Uambarabahn berücksichtigt wollte, würde er ja nicht die viel längere, für die Börse und die Industriellen profitablere Zentralbahn befürworten können. Deshalb der erbitterte Krieg zwischen dem Kolonialherren und den ostafrikanischen Pflanzern.

In Südwestafrika dagegen leistet Herr Dernburg, der in Ostafrika den Eingeborenenfreund markiert, den ausschweifendsten Forderungen der Farmer Vorkaub: hier hält er die Versklavung der Eingeborenen für dringend geboten!

Als Genosse Ledebour am Mittwoch forderte, daß den Eingeborenen wiederum die Möglichkeit der Erbsitz als selbständige Viehzüchter gegeben werde, erklärte Herr Dernburg, daß das nicht angehe, denn dann müsse man den Eingeborenen auch erst wieder Vieh anschaffen, und das werde 40 Millionen kosten.

Nun, wenn man sich die Ausrottung der Eingeborenen (die jetzt so sehr beklagt wird!) und die Vernichtung ihres Viehs mehr als 400 Millionen Mark hat kosten lassen, sollte man die Befreiung der Eingeborenen aus ihrer gegenwärtigen skandalösen Sklaverei doch lieber nicht vom Gelde abhängig machen! Denn die „deutsche Ehre“ sollte sich nicht der Versklavung der Eingeborenen doch eigentlich nicht vertragen! Aber davon abgesehen: Dernburgs Rechnung ist auch wieder ganz unrichtig! Man braucht nur die in dieser Stärke ganz überflüssige Schutztruppe um 1000 Mann zu verringern, um soviel Geld zu erhalten, um den Eingeborenen binnen Jahresfrist einen Stamm von Vieh beschaffen zu können, der den Grundstock für spätere wirtschaftliche Selbständigkeit bilden könnte. Aber man will ja keine unabhängigen Eingeborenen, man hat ja ihr Vieh geraubt und vernichtet, um Arbeitsklaven zu erhalten!

Statt sich hinter faule Ausreden zu verschansen, sollte Herr Dernburg wenigstens offen zugestehen! —

Die Kolonialagrarier gegen Dernburg.

Nach der Neuen Gesellschaftlichen Korrespondenz“ erzählt man sich in den Wandelgängen des Reichstags nachfolgende Geschichte: Konferenz Dernburg mit den in Berlin bezug. Deutschland anfassigen Vertretern der ostafrikanischen Pflanzungen. Die bekannte Beschwerdeschrift der ostafrikanischen Pflanzern an den Reichstag kommt zur Sprache. Der Staatssekretär ist sehr erregt. Drohungen, wie sie von einem Berliner Minister wohl noch nicht vernommen worden sind, entziehen dem Gehege seiner Zähne. Sagen Sie den Herren, sie sollen mich nicht erregen. Bedenken Sie, ein Wort von mir, und Ihre Papiere fallen an der Börse bis dort hinaus! Er deutet auch noch an, daß dem einen oder anderen der unzufriedenen Herren brauchen sehr wohl das Schicksal der Ausweisung blühen könnte! Einer der zu der Konferenz Erschienenen erhebt sich föhll: An und für sich hätten sie, die Pflanzern, mit der Beschwerdeschrift bereit brauchen ja nichts zu tun. Immerhin hätten sie vor einigen Tagen, telegraphisch und brieflich, den Rat nach Ostafrika gesandt, das Schriftstück zurückzugeben. Er lege aber doch Wert darauf, zu erklären, daß dieser Schritt unterblieben sein würde, wenn die Drohungen des Staatssekretärs noch vor Abendung von Brief und Telegramm ausgesprochen worden wären... Derselbe Herr bestand auf der nachträglichen Registrierung dieses Vorganges im offiziellen Protokoll der Besprechung, als dieses von der gesamten Anwesenenden nur den ersten Satz seiner Antwort wiedergegeben hatte.

Ob das mobile Kapital wenigstens über die ostafrikanischen Kolonialagrarier den Sieg davontragen wird?

Gegen den Massenmord der Invalidenrenten

wendet sich eine Petition an den Reichstag, die von Hermann Rick in Gorhausen (Westerbald) eingereicht ist. Hinter ihm stehen die empörten Bergleute, die ganze Arbeiter- und Bürgerchaft des Bezirks. Die Kundgebung ist ein neuer Beleg für die Richtigkeit der Anklagen, die in diesen Tagen gegen die offiziell organisierte Jagd auf den Rentenempfang der proletarischen Reichsinvaliden geführt worden sind. Die Terzteskommission der Landesversicherungsanstalt (Rheinprovinz) räumte im letzten November auf dem Bürgermeisteramt zu Klammersdorf mit nahezu allen Renten der vorgeladenen Empfänger auf. In der Berufungsinstanz zu Gorhausen erschienen 30 Personen zum Schiedsgerichtstermin. Die Vertrauensärzte erzielten das Resultat, daß „keinem einzigen Invaliden die Rente zugestimmt wurde.“ Darunter war ein total gebrechlicher 65jähriger Bergmann, der sich am Stod bewegt und zum Termin gefahren werden mußte. Die Berginvaliden könnten, so hieß es im ersten Termin, noch ein Drittel des ortsüblichen Tagelohns der landwirtschaftlichen Arbeiter verdienen; im zweiten Termin stieg die Bewertung ihrer Leistungsfähigkeit sogar auf das Drittel ihres früheren Bergarbeiterlohnes. Leuten mit schweren Herzfehlern erklärte der „Vertrauens“arzt, sie könnten sogar nochmal beim Militär eingestellt werden.

Die Distriktsärzte des Bergreviers blieben bei ihrem Gutachten, das die Erwerbsunfähigkeit dieser Leute feststellte; einige Knappschaftsärzte sprachen sich also aus: künftig würde nur noch der zur Reichsrente für berechtigt erklärt werden, für welchen schon der Sarg bereitstehe. Auch das Zeugnis eines Bürgermeisters amtes über die gänzliche Erwerbsunfähigkeit wurde ignoriert: Leute sind für Simulanten erklärt worden, denen die Betriebsführer der Gruben „Luise“ und „Georg“ das ehrenvollste Zeugnis ausstellten. Die Gemeindevorstände verfluchen die in Aussicht stehende Ueberlastung der Armenklassen. Die Petition fordert ein Gesetz, das den Berufsinvaliden zum Reichsinvaliden erklärt. —

Von der Militärjustiz.

Aus Halle a. S. berichtet man uns unterm 17. März: Die militärischen Interessen waren wieder einmal in Gefahr bei der Verhandlung vor dem Kriegsgericht der 8. Division gegen den Unteroffizier Ernst Rucke von der 6. Kompagnie des Pflückerregiments Nr. 86 in Merseburg. Trotz peinlichen Ausschlusses der Presse erfuhr man, daß des Angeklagten Vergehen, das die Öffentlichkeit scheute, darin bestand: Er kam am 23. Oktober d. J. zu spät zum Dienst, soll seinem Feldwebel auf Vorhalt erklärt haben, dieser habe ihn gar nicht zu sagen, und dann in unmißverständlich Stellung eine drohende Haltung angenommen haben, aus der der Feldwebel folgerte, der Unteroffizier wolle ihn schlagen. Nach fünfständiger Verhandlung wurde der Unteroffizier „nur“ wegen Dienstverräumnis zu sechs Wochen Mittelarrest verurteilt. Auch die Urteilsbegründung war nicht öffentlich.

Einen tätlichen Angriff unternommen haben sollte der Musikföhrer Paul Gabel vom Infanterieregiment Nr. 163 in Altenburg gegen den Gefreiten und Sündenältesten Winkelmann. Der Gefreite hatte am Abend des 18. Februar zu Gabel, der in der Kaserne viel Alkohol zu sich genommen hatte, gelagt, er solle die leeren Bierflaschen wegschaffen, worauf Gabel in drohender Haltung und mit geballter Faust dem Vorgelegten zugerufen hatte, das tue er nicht. Der Ankläger beantragte auch noch „unter Annahme eines minder schweren Falles“ — zu einem Angriff kam es natürlich nicht — die Kleinigkeit von einem Jahr und drei Monaten Gefängnis gegen Gabel. Das Urteil lautete, da man nur Geforsamdivergierung als vorliegend annahm, auf vier Monate Gefängnis.

Oesterreich-Ungarn.

Sozialpolitisches.

Wien, 17. März. In der heutigen Sitzung des Budgetausschusses erklärte der Minister des Innern, der Entwurf der Invaliditäts- und Altersversicherung sei im wesentlichen fertiggestellt worden. Dem Gedanken der Schaffung der Altersfürsorge für die Kleingewerblichen und Kleinbäuerlichen Kreise stehe er sehr sympathisch gegenüber, doch dürfte die Verschiedenheit der Bedürfnisse der Arbeiterschaft einerseits und der selbständigen Berufsstände andererseits vielleicht eine technisch getrennte Behandlung dieser Frage erfordern, wobei überdies auf die weitgehenden Verschiedenheiten der selbständig erwerbenden Kreise in den einzelnen Ländern Rücksicht zu nehmen sein würde. Der Minister kündigte ferner ein Gesetz zum Schud der Auswanderer an.

Alerikale Peyer.

Der Professor der Innsbrucker Universität, Dr. Ludwig Wahsmund, hat gegen die päpstlichen Modernisierungsversuche eine Broschüre veröffentlicht, die bei den österreichischen Alerikalen und Christlichsozialen angeblich große Entrüstung erregt hat. Angeblich, denn diese gerissenen Geschäftspolitiker machen nur dann in Entrüstung, wenn dabei für sie ein Profit herauspringt. Immerhin genügt das Alerikale Geschrei, um den Staatskanzler zur Konstitution zu veranlassen. Das wäre nur nicht gerade ein Unglück gewesen, da die Broschüre in Form einer Interpellation im Parlament verlesen und, so immun gemacht, um so größere Verbreitung gefunden hätte. Aber den Alerikalen haben sich auch der Ministerpräsident Bed und natürlich der Alerikale Vertrauensmann im Ministerium, Gehmann, angeschlossen. Dieser erklärte, daß die Broschüre unbedingt geschwindig sei; eine Neuerung, die eine freie Einmischung in die Judikatur bedeutet, da Prof. Wahsmund gegen die Konstitution Einspruch erhoben hat.

Rum wird noch bekannt, daß auch der päpstliche Nuntius sich beim Ministerium des Auswärtigen beschwert habe. Allerdings versichert die Regierung nach berühmten Mustern, es handle sich nur um einen „privaten Schritt“ des Nuntius. Aber dies beruhigt nicht, daß man in Oesterreich die Hebe der Minister und nun gar die päpstliche Intervention als unerträgliche Uebergriffe empfindet. Man hat keine Lust, sich diese Eingriffe in die Freiheit der Wissenschaft gefallen zu lassen. So wird der Fall Bahrmund zu einer Frage des Einflusses und der politischen Macht des Merkantilismus und es ist selbstverständlich, daß allen daran unsere Genossen den Kampf gegen den Merkantilismus Uebermut aufgenommen haben.

Türkei.

Die Gendarmerie in Mazedonien.

Rom, 18. März. Die Porte verständigte die italienische Regierung, daß der Sultan mit der Ernennung eines neuen italienischen Gendarmeriekommandanten für Mazedonien einverstanden ist.

Haiti.

Die Intervention der Mächte.

Paris, 18. März. Die hiesige Ausgabe des New York Herald meldet aus Port-au-Prince von gestern: Die Vertreter der fremden Mächte hielten eine Besprechung ab und beschloßen, daß, falls nicht alsbald eine friedliche Lösung der Schwierigkeiten zu erhoffen sei, dem Präsidenten Alexis ein Ultimatum überreicht werden solle, in welchem seine Abdankung und die Einsetzung einer provisorischen Regierung verlangt würde. Sie wollen ferner die Ausschreibung sofortiger Wahlen fordern und weitere Forderungen verbieten.

Gegen die Fremden.

London, 18. März. Einem Telegramm des britischen General-Konsuls in Port-au-Prince zufolge, hat die Bewegung einen fremdenfeindlichen Charakter angenommen. Weiteren amtlichen Meldungen zufolge ist ein spezielles Militärgericht eingesetzt worden, um die verhafteten Beamten und Offiziere abzuurteilen.

Die Haltung der Regierung.

Port-au-Prince, 18. März. Eine Bekanntmachung der Regierung gestattet den Flüchtlingen, sich auf die Kriegsschiffe zu begeben. Präsident Alexis verstärkte die Garnison des Forts. Es wird hier erklärt, daß er bereit sei, Demonstrationen auswärtiger Mächte Trost zu bieten. — Wenn neue Unruhen drohen, soll eine Flakete aus der deutschen Gesandtschaft den Kreuzern „Dresden“ und „Indefatigable“ das Zeichen zur Landung von Mannschaften geben.

Abgeordnetenhaus.

66. Sitzung vom Mittwoch, den 18. März, 11 Uhr.

Am Ministertische: v. Kollie.
Die dritte Lesung des Etats wird fortgesetzt beim Etat des Ministeriums des Innern.

Abg. Rosenow (freif. Sp.): Der Abg. v. Arnim hat gestern die Polizei auf den Plan gerufen zu dem Zwecke, gegen die Straßendemonstrationen am Tage der 60. Wiederkehr des 18. März 1848 einzuschreiten. Ich will hoffen und wünschen, daß es zum Einschreiten der bewaffneten Macht nicht kommen wird und daß vermieden wird, daß, wie vor 60 Jahren, Blut auf den Straßen der Reichshauptstadt fließt. Auch wir sind für die Aenderung des preussischen Wahlrechts. Wir sind aber der Meinung, daß diese nicht durch Straßendemonstrationen, sondern durch den Wahlzettel erreicht werden muß. Wir sind auch der Meinung, daß es zu einer Erbitterung des Volkes kommen muß, wenn sich die Regierung jeder Reform des Wahlrechts verschließt. Im übrigen nehmen die Sozialdemokraten den 18. März 1848 für sich zu Unrecht in Anspruch. Damals gab es keine Sozialdemokratie, es handelte sich um einen Kampf für die Konstitution, an dem sich alle Parteien und Bevölkerungsklassen beteiligten, wie der später hochgeehrte Rudolf Virchow, der auch an dem Kampfe teilnahm, seinen Eltern mitteilte, daß die Erbitterung alle Kreise des Volkes erfaßt hatte. Die Verfassung, die wir alle beschworen haben, hat nicht nur dem Volke Rechte gegeben, sondern auch dem Thron die Festigkeit, deren er bedarf. Wir wollen an der Verfassung nicht rütteln lassen, wir glauben aber auch, daß der Thron am festesten gefügt ist, wenn er auf der Treue des Volkes basiert ist. — Redner führt dann Beschwerde darüber, daß die Genehmigung zur Annahme von leihwilligen Verfügungen an Gemeinden und Korporationen vielfach von Bedingungen abhängig gemacht werde, die den Absichten der Erkläser widersprechen. In Breslau sei der Preiselagern Gemeinde die Genehmigung zur Annahme eines großen Vermächtnisses versagt worden. (Beifall links.)

Minister des Innern v. Kollie: Für die letztere Entscheidung sind nicht politische, sondern lediglich verwaltungsrechtliche Gesichtspunkte maßgebend gewesen. Die freiwilligen Gemeinden haben keine Korporationsrechte, sie haben sich einen Wohnsitz außerhalb Preußens in dessen Konstrukt, und das muß als eine Umgehung der gesetzlichen Bestimmungen angesehen werden. Es mußten daher in konstanter Praxis bisher die Zuwendungen an diese Gemeinden abgelehnt werden.

Abg. Fischel (freif. Sp.) unterstützt die Bestrebungen der Stadt Oberwalde, aus dem Kreise auszuscheiden. Weiter teilt Redner mit, daß die Kreiszeitung im Kreise Labiau, wie er in der zweiten Lesung dargelegt habe, die Aufnahme einer Anzeige einer freisinnigen Wahlversammlung abgelehnt hatte, als Beilage zum Kreisblatt erschien. Der Verleger dieser Blätter habe eine konservative Anzeige aufgenommen, die freisinnige aber zurückgewiesen, weil er keine Verwendung dafür gehabt habe.

Abg. Reineke (Sagan, freif.) polemisiert gegen den Abg. Dr. Müller und bestreitet ihm gegenüber, daß bei dessen Wahlmandat zum Reichstage Wahlbeeinflussungen im Kreise Sagan durch den Landrat vorgekommen seien, wird jedoch vom Präsidenten darauf aufmerksam gemacht, daß die Reichstagswahl des Abg. Dr. Müller nicht zum vorliegenden Etat gehöre.

Abg. Münsterberg (freif. Sp.) erklärt, daß die Linke nichts gegen eine Dezentralisation der Verwaltung einzuwenden habe, wenn sie den Ausbau der Selbstverwaltung auch auf dem Lande zur Grundlage hat.

Abg. v. Reffel (Konf.) bittet den Minister, in der vom Abg. Fischel angeführten Jagdpachangelegenheit noch nähere Erhebungen anzustellen. Weiter verlangt Redner eine Novelle zum Kreisabgabengesetz.

Abg. Luchl (Konf.) hält dem Abg. Fischel gegenüber seine Ausführungen aus der zweiten Staatsberatung aufrecht und verteidigt sich gegen den ihm vom Abg. Dr. Müller damals gemachten Vorwurf der Uebertreibung.

Hierauf wird die Debatte geschlossen.

Es folgen eine Reihe persönlicher Bemerkungen.

Abg. Dr. Müller-Berlin (freif. Sp.) weist darauf hin, daß die Rechte scharfe Angriffe erhebe und dann für den Schluß der Debatte eintrete.

Abg. Fischel (freif. Sp.) tritt den Ausführungen des Abg. Luchl entgegen.

Abg. Goldschmidt (freif. Sp.) erklärt zur Geschäftsordnung, daß er durch den Schluß der Debatte verhindert worden sei, über das neue Regulative für die Schornsteinfeger zu sprechen.

Präsident v. Ardenberg: Dann kann ich Ihnen nur anheimstellen, sich zum Etat 1909 zum Wort zu melden. (Große Heiterkeit.)

Abg. Goldschmidt (freif. Sp.): Ich werde meine Rede dem Minister schicken und hoffe, daß er den darin ausgesprochenen Wünschen nachkommen wird. (Heiterkeit.)

Der Etat wird genehmigt.

Die Etats der Domänen- und der Geflügelverwaltung werden nach unerheblicher Debatte genehmigt.

Beim Etat der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung lag:

Abg. Rölle (b. l. Sp.) über Schädigung der Landwirtschaft durch den Harzer Bergbau und bittet um Besserung der Lohnverhältnisse dort.

Der Etat wird genehmigt.

Beim Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung bespricht

Abg. Dr. v. Stittinger (natl.) das Patentabkommen mit anderen Ländern und wendet sich gegen den in England festgesetzten Ausführungsmodus im Inland, der diesem Abkommen widerspreche. Minister Dr. Delbrück erklärt sich zur Prüfung der Angelegenheit bereit.

Abg. Tournau (Sp.) bittet um größere Beteiligung der Handwerker an Lieferungen an staatliche Behörden. Die Verwaltung sollte nach Möglichkeit die jungen Handwerker zum Besuch des Kunstgewerbemuseums anregen. Meisterkurse müßten tunlichst auch in kleineren Orten abgehalten werden.

Der Etat wird bewilligt.

Beim Etat der Eisenbahnverwaltung führt

Abg. Brütt (fl.) Beschwerde über die Verlegung einer Eisenbahnunterführung bei Mendelsburg. Bei der Heranziehung der Kreuze und Interessenten zu Leistungen für Bahnauditen dürfe nicht zu mechanisch verfahren werden. Vielfach würden kleineren Orten Leistungen zugemutet, die zu deren Ueberlastung führen.

Abg. Gleim (natl.) wünscht Verbesserung der Bahnhofsverhältnisse in Preußen.

Abg. Eichhoff (fr. Sp.): Ein Diplom-Ingenieur, der in verschiedenen Verwaltungszweigen der Stadt Charlottenburg tätig war, hatte den Wunsch, sich in der Staatsbahnverwaltung weiter auszubilden. Aber obwohl er nachwies, daß er sich die nötigen rechtlichen und volkswirtschaftlichen Kenntnisse angeeignet habe, wurde er abgewiesen. Hat das etwas mit dem Affessorismus in der Verwaltung zu tun? Ich bitte den Minister, die Angelegenheit nochmals zu prüfen.

Minister Breitenbach: Der ablehnende Bescheid hat mit dem Affessorismus nichts zu tun. Der junge Mann wollte sich bei uns für das praktische Leben weiter ausbilden. Er ist weder in der Lage, die Funktionen eines höheren Technikers, noch eines höheren Verwaltungsbeamten zu übernehmen.

Abg. Trimborn (Sp.) bittet um striktere Durchführung der Bestimmungen über die Ruhezeiten der Arbeiter in den Eisenbahnbauwerken.

Abg. Rölle (b. l. Sp.) verlangt einen Erweiterungsbau des Bahnhofs in Goslar.

Abg. Dr. Dahlem (Sp.) beschwert sich über die Verwendung minderwertiger Schlafwagen auf der Strecke Berlin-Mag.

Abg. Dr. Müller-Berlin (fr. Sp.): Dringend notwendig ist die Befestigung des Rheinüberganges in Groß-Lichterfelde-Oh, wo erst kürzlich ein Zug einen halbständigen Aufenthalt hatte, weil ein beladener Wagen auf dem Uebergang festgeklammert war. Ich bitte den Minister, schleunigst für Abhilfe zu sorgen.

Wenn das Reichseisenbahnamt in der Lage wäre, ein Aufsichtsrecht über die Betriebssicherheit auszuüben, so wäre hier schon längst Abhilfe getroffen. — Wir sind damit einverstanden, daß in den Bahnhofsbuchhandlungen kein literarisches Schund und Schmutz festgehalten wird, bebauern aber, daß vieles von den Bahnhofsbuchhandlungen ferngehalten wird, was man mit Recht dort sollte verlangen können. — Dann möchte ich noch auf das Automobilen eingehen, da meine Freunde bei der heutigen Debatte nicht zum Wort gekommen sind. Es kommt nicht so sehr darauf an, welche Verordnungen und Vorschriften gegen die Auswüchse des Automobilsports erlassen sind, als darauf, daß sie durchgeführt werden. (Große Heiterkeit links.)

Mein ältester Sohn wurde von einem Automobil umgeworfen und von der Linienstraße bis zum Potsdamer Platz geschleift; es ist aber nicht gelungen, den Täter zur Verantwortung zu ziehen. Die Schulleute halten ein Auge oder auch beide Augen oft zu, weil es von oben schlecht angesehen wird, wenn sie gegen willkürliche Automobile entgegentreten. In der Regel fahren die Automobile auf verkehrsreichen Straßen 20 bis 25 Kilometer in der Stunde, und in den Vororten ist's noch schlimmer. Von hoher und höchster Stelle tritt man für den Automobilsport ein, der so viele Auswüchse gezeitigt hat.

Es ist wirklich betäubend, wenn man sieht, wie Automobile plötzlich auf ruhende von Menschen losgefahren kommen. Die Statistik über die durch Automobile hervorgerufene Unglücksfälle weist große Zahlen aus. Ich bitte den Minister, den Auswüchsen des Automobilsports energisch entgegenzutreten. (Beifall links.)

Der Etat wird genehmigt, ebenso eine Reihe weiterer Etats nach unerheblicher Debatte.

Hierauf verlegt das Haus die weitere Staatsberatung auf Donnerstag 11 Uhr.

Schluß 5 Uhr.

Das Reichsvereinsgesetz vor der Kommission.

Der Anshandel ist fertig! Die heute begonnene zweite Lesung des Gesetzes hat den Beweis geliefert, daß die Freisinnigen sich den dreifachen Ansprüchen der Konservativen gebeugt haben und im Interesse des Reichens dieser „Blodfrucht“ zu den reaktionärsten Konzessionen bereit sind.

Beim Beginn der Sitzung legte der Blod die Ergebnisse seiner Verhandlungen bis zum § 5 vor. Die sonach formulierten Paragraphen enthalten noch gegenüber den Beschlüssen der ersten Lesung verschiedene Verschlechterungen. So wird im § 1 wiederum das Versammlungs- und Vereinsrecht den Reichsangehörigen besonders zugesprochen. Die Versuche des Zentrums und der Sozialdemokraten, auch den Ausländern gewisse Garantien für ihre Teilnahme an Vereinen und Versammlungen zu geben, waren erfolglos, die Blodmaschine funktionierte tadellos, und der § 1 erhält folgenden Wortlaut:

„Alle Reichsangehörigen haben das Recht, zu Zwecken, die den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, Vereine zu bilden und sich zu versammeln. Dieses Recht unterliegt polizeilich nur den in diesem Gesetze und anderen Reichsgesetzen enthaltenen Beschränkungen. — Die allgemeinen sicherheitspolizeilichen Bestimmungen des Landrechts finden Anwendung, soweit es sich um die Verhütung unmittelbarer Gefahr für Leben und Gesundheit der Teilnehmer an einer Versammlung handelt.“

Der in der ersten Lesung als § 2a neubeschlossene Wortlaut, in welcher das Beschwerdeverfahren wegen Auflösung eines Vereins geregelt wurde, wird als § 1a eingefügt und hat folgenden Wortlaut:

„Ein Verein, dessen Zweck den Strafgesetzen zuwiderläuft, kann aufgelöst werden. Die Auflösungsbescheidung kann im Wege des Verwaltungsstreitverfahrens und wo ein solches nicht besteht, im Wege des Rekurses nach Maßgabe der Vorschriften der §§ 20, 21 der Gewerbeordnung angefochten werden. Die endgültige Auflösung eines Vereins ist öffentlich bekannt zu machen.“

Zu bemerken ist noch, daß der konservative Abgeordnete Dietrich unter Zustimmung des Nationalliberalen Geering in Aussicht stellte, daß er bei einem späteren Paragraphen eine im Regierungsentwurf nicht dargelegte Beschränkung der Teilnahme Minderjähriger oder Jugendlicher an Vereinen und Versammlungen in Vorschlag bringen werde, worauf seitens des Genossen Hildebrand die Erklärung abgegeben wird,

daß in keinem Stadium der Verhandlungen ein solcher Versuch von der sozialdemokratischen Fraktion akzeptiert werde. (Sobiel man hört, ist das Blodkompromiß auch in diesem Punkte im Sinne der Konservativen zustande gekommen.) Der § 2 wurde nach einer kurzen Debatte, in der vom Zentrum und den Sozialdemokraten vergeblich versucht wurde, einige Verbesserungen zu erreichen, nach den Anträgen des Blods gegen die 12 Stimmen des Zentrums, der Sozialdemokraten und der Polen in folgender Weise angenommen:

„Jeder Verein, der eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezweckt (politischer Verein), muß einen Vorstand und eine Satzung haben.“

Der Vorstand ist verpflichtet, binnen einer Frist von zwei Wochen nach Gründung des Vereins die Satzung sowie das Verzeichnis der Mitglieder des Vorstandes der für den Sitz des Vereins zuständigen Polizeibehörde einzureichen. Ueber die erfolgte Einreichung ist eine kostenlose Bescheinigung zu erteilen.

Ebenso ist jede Aenderung der Satzung sowie jede Aenderung in der Zusammensetzung des Vorstandes binnen einer Frist von zwei Wochen nach dem Eintritte der Aenderung anzugeben.

Die Satzung sowie die Aenderungen sind in deutscher Fassung einzureichen. Ausnahmen von dieser Vorschrift können von der höheren Verwaltungsbehörde zugelassen werden.“

Der feierliche Absatz 5 des Paragraphen soll nach dem Willen des Blods als neuer § 2a eingeschaltet werden und wurde in folgendem Wortlaut zum Beschluß erhoben:

„Ein Verein, dessen Zweck den Strafgesetzen zuwiderläuft, kann aufgelöst werden.“

Die Auflösungsbescheidung kann im Wege des Verwaltungsstreitverfahrens und wo ein solches nicht besteht, im Wege des Rekurses nach Maßgabe der Vorschriften der §§ 20, 21 der Gewerbeordnung angefochten werden.

Die endgültige Auflösung eines Vereins ist öffentlich bekanntzumachen.“

Auch beim § 3 waren Versuche, Verbesserungen durchzuführen, ohne jeden Erfolg. Der Blod hielt fest zusammen und nahm die §§ 3, 3a und 3b in folgender Fassung an:

§ 3: Wer eine öffentliche Versammlung zur Erörterung politischer Angelegenheiten veranstalten will, hat hierzuvor mindestens 24 Stunden vor dem Beginne der Versammlung unter Angabe des Ortes und der Zeit bei der Polizeibehörde Anzeige zu erstatten.

Ueber die Anzeige muß von der Behörde sofort eine kostenfreie Bescheinigung erteilt werden.

Einer Anzeige bedarf es nicht für Versammlungen, die öffentlich bekanntgemacht worden sind; die näheren Vorschriften über die Bekanntmachung hat die Landeszentralbehörde zu erlassen.“

§ 3a: Einer Anzeige bedarf es nicht für Versammlungen der Wahlberechtigten zum Betriebe der Wahlen zu den auf Gesetz oder Anordnung von Behörden beruhenden öffentlichen Körperschaften vom Tage der amtlichen Bekanntmachung des Wahltages bis zur Beendigung der Wahlhandlung. (Die Vorschriften über polizeiliche Ueberwachung und Auflösungsbescheidungen gelten jedoch auch für diese Wahlversammlungen.)

§ 3b: Als Erörterung politischer Angelegenheiten gilt es insbesondere nicht, wenn in Versammlungen von dem in § 102 der Gewerbeordnung genannten Personenkreis ausschließlich die dort bezeichneten Zwecke erörtert werden.“

Die §§ 4, 5 und 6 wurden in derselben Weise mit 16 gegen 12 Stimmen angenommen. Dafür stimmten also ausschließlich die Blodparteien. § 4 setzt fest, daß Versammlungen unter freiem Himmel mindestens 24 Stunden vorher angezeigt werden müssen und Versammlungen auf öffentlichen Straßen und Plätzen sowie öffentliche Aufzüge in Städten und Ortschaften der Genehmigung der Polizeibehörde bedürfen. Ueber die Verweigerung der Genehmigung muß dem Veranstalter sofort eine kostenfreie Bescheinigung mit Angabe der Gründe erteilt werden. Die Landeszentralbehörde kann auf diese Beschränkungen der Versammlungsfreiheit ganz oder teilweise verzichten. § 5 handelt von dem Rechte des Einberufers der Versammlung, sie zu leiten oder einen Leiter wählen zu lassen. § 6 enthält das Verbot des Waffentragens bei öffentlichen Aufzügen oder Versammlungen. Als besonders bemerkenswert ist aus diesen Beschlüssen hervorzuheben, daß zwischen der ersten und der zweiten Lesung die vereinigte Blodpartei auch hier eine erhebliche Verschlechterung des Gesetzes-textes vorgenommen haben. Bisher sollte nach § 4 eine Versammlung unter freiem Himmel oder in Aufzug nur verboten werden können, wenn davon eine erhebliche Störung des Verkehrs zu befürchten war. In der Zwischenzeit haben die Blodparteien bei ihrem privaten Kuhhandel die Bestimmung eingefügt, daß die Verfolgung der Genehmigung auch mit Verhinderung einer „Gefahr für die öffentliche Sicherheit“ begründet werden kann. Somit läßt sich auch hier das Reichsvereinsgesetz jetzt für Preußen alles beim alten, d. h. bei der vollendeten Polizeiwilktür, wiederholte Versuche des Zentrums, die Beschlüsse der Landeszentralbehörden zu erweitern, daß sie Ausnahmebestimmungen von den lästigen Fesseln dieser Bestimmung gewähren kann, wurden mit 16 gegen 12 Stimmen, d. h. mit den Stimmen des Blods abgelehnt.

§ 5, der bestimmt, daß jede politische Versammlung einen Leiter haben muß, der für Ruhe und Ordnung zu sorgen hat, wird im wesentlichen in der Fassung der ersten Lesung angenommen, ebenso der § 6, der das Waffentragen in Versammlungen verbietet. Hierauf wurden die Verhandlungen abgebrochen.

Parlamentarisches.

Aus der Gewerbeordnung-Novellen-Kommission.

Die Debatte in der gestrigen Kommissionssitzung wendete sich zunächst, unter Zurücksetzung der als §§ 114b und 114c gestellten Anträge für später, dem § 115 G.O. zu. Von den seitens des Zentrums und der Sozialdemokratie zu diesem wichtigen Paragraphen gestellten Anträgen gelangten diejenigen zur Debatte, die sich auf die Wohnung und die sich auf die Verabreichung von Werkzeugen und Stoffen zu höheren als den Selbstkosten beziehen. Der sozialdemokratische wie der Zentrumsantrag wollen Trennung des Arbeitsvertrags vom Wohnvertrag. Der erstere will dem § 115 zusehen: „Im Falle der Auflösung des Arbeitsverhältnisses muß dem Arbeiter auf sein Verlangen die ihm vom Betriebsunternehmer überlassene Wohnung bis zum Schlusse des der Kündigung der Wohnung folgenden Monats gegen Erstattung der bisherigen Miete verlassen werden.“ Denselben Zweck verfolgt der Zentrumsantrag: „Wird von einem Gewerbetreibenden dem Arbeiter eine Wohnung für ihn und seine Familie vermietet, so darf die Kündigung nicht auf eine kürzere Frist als auf einen Monat vereinbart werden. Die Kündigung ist nur für den Schluß eines Kalendermonats zulässig; sie hat spätestens am 15. d. Mts. zu erfolgen.“ § 115 Abs. 2 läßt die Verabfolgung von Lebensmitteln an die Arbeiter usw. zu Anschaffungs- oder durchschnittlichen Selbstkosten zu, ferner aber die Verabfolgung von Werkzeugen und Stoffen zu einem höheren Preise, wenn es sich um Akkordarbeiter handelt, der Preis im voraus vereinbart ist und den ortsüblichen nicht übersteigt. Von nationalliberaler Seite wird Streichung des Passus beantragt, der solche Verabfolgung zu höheren Preisen zuläßt; sozialdemokratischereits wird die Streichung auch der anderen Vorschriften und ihr Ersatz durch eine Vorschrift begehrt, die die unentgeltliche Lieferung von Werkzeugen und aller zur Herstellung des Fabrikats nötigen Materialien dem Unternehmer auferlegt.

Die Debatte wurde gegen 1 Uhr abgebrochen. Nächste Sitzung am Freitag.

Das seit 12 Jahren bestehende

Warenhaus Fr. Pfingst & Co.

Königstrasse 33 Ecke Neue Friedrichstrasse

wird

vollständig aufgelöst.



Das Haus ca. 4000 qm gross, ist ganz oder geteilt zu vermieten.

Ebenso ist die Ladeneinrichtung zu verkaufen.

Behufs Herabsetzung der Preise an allen Abteilungen
bleiben die Geschäftsräume

Donnerstag und **Freitag**

den 19. März

den 20. März

geschlossen.

Reichstag.

125. Sitzung vom Mittwoch, den 18. März 1908, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Dernburg.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des Kolonialgesetzes, nebst den bereits mitgeteilten Resolutionen (Einschränkung des Alkoholabschlags, Einführung erhöhter Rechtsgarantien in den Kolonien, Modifizierung des Eingeborenenrechtes). Neu eingegangen ist eine Resolution v. Treuenfels (I.) und Genossen, im Jahre 1909 in den Etat Mittel einzustellen für ein Denkmal in Berlin zu Ehren der in Südwestafrika gefallenen Krieger.

Staatssekretär Dernburg:

Den Rednern des gestrigen Tages möchte ich kurz auf einige ihrer Ausführungen antworten. Ueber die Missionen will ich heute nicht reden; ich möchte nur betonen, daß ich das labora (Arbeiten) vor das ora (Reden) stelle. — Bezüglich der Arbeiterfrage halte ich es für äußerst schwierig, eine für alle unsere Kolonien gemeinsame Formel zu finden. — Durch meine gestrigen Ausführungen über die Kleinbefehlinger wollte ich Leute, die nach den Kolonien gehen wollen, in keiner Weise abschrecken. Mein Wunsch geht nur dahin, daß von der Regierung keine Versprechungen und Zusicherungen gegeben werden, deren Tragweite sie noch nicht übersehen kann. — Außerst wichtig ist auch die Frage des Alkohols. Internationale Abmachungen wären hier am geeignetsten, und es soll mein Bestreben sein, daß Deutschland hierin stets an erster Stelle gehen wird. Wenn der Abgeordnete Arning uns gestern vorgerechnet hat, daß in Ostafrika für etwa neun Milliarden Plantagenwerte erzeugt werden könnten, so möchte ich diesem Sage hinzufügen, daß dazu 90 Millionen Menschen nötig sein würden, zu deren Unterhalt mindestens 13 1/2 Milliarden benötigt würden. Es würde sich also ein Fehlbetrag von 4 Milliarden ergeben. (Große Heiterkeit.) So darf man also nicht rechnen. Meine gestrigen Ausführungen richteten sich nicht gegen jeden Plantagenbau, sondern nur gegen ein Rudel. Man darf ein Land von 10 Millionen Einwohnern, wie Ostafrika, nicht von den wechselnden Konjunkturen des Weltmarktes vollständig abhängig machen, sondern man muß genügend Rücksicht auf die Konsumtion der Einheimischen nehmen. (Beifall.)

Abg. Ledebour (Soz.):

Der Staatssekretär hat in seinen gestrigen Ausführungen u. a. die Bemerkung gemacht, daß auch meine Partei mehr als das früher der Fall gewesen sei. Interesse am kolonialen Leben besunde. Dem gegenüber möchte ich, um allen Mißverständnissen vorzubeugen, feststellen, daß unsere prinzipielle Stellung zur Kolonialpolitik sich überhaupt gar nicht geändert hat. Wir stehen nach wie vor der Kolonialpolitik

ablehnend

gegenüber. Hauptsächlich, weil wir prinzipielle Gegner der Verwendung künftiger Waptnmittel zur Unterjochung und Ausbeutung fremder Völker sind, sowohl in Afrika wie in Europa. (Sehr wohl! bei den Sozialdemokraten.) Wir müssen auf diesem grundsätzlichen Standpunkte stehen, weil unser politisches Ziel dahin geht, alle Ausbeutung und Unterdrückung im eigenen Lande zu beenden und eine klassenlose Gesellschaft zu formen, die weder Ausbeuter noch Ausgebeutete, weder Herren noch Knechte kennt. Damit vertrete ich absolut nicht, wenn wir unter irgend einem Vorwande die Hand dazu bieten wollten, anderen Völkern oder Nationen die Knechtschaft aufzuerlegen, die alle Klassenbewußten, in der Sozialdemokratie organisierten Proletarier der ganzen Welt für sich ablehnen. Wir bekämpfen aber die Kolonialpolitik nicht nur an sich, als isolierte Erscheinung, sondern auch als

integrierenden Bestandteil der kapitalistisch-imperialistischen Weltpolitik.

Die Kolonialpolitik geht nicht reitlos auf in dem, was sie direkt für Deutschland und die kolonisierten Länder bedeutet, sondern man muß sie auch in ihrer Einwirkung auf die gesamte auswärtige Politik des Landes prüfen. Nur weil wir eine Kolonialpolitik haben, haben wir die Flottenpolitik, haben wir die ganze uferlose, phantastische, nebelhafte, imperialistische Weltpolitik (Lachen und Widerspruch bei den Nationalliberalen), deren Vorkämpfer schon die ungeheuerlichsten Sprünge gemacht haben, um sich dann allerdings feige zurückzuziehen, sobald sie erneut Widerstand begegnen. (Unruhe bei den Nationalliberalen.) Sie (zu den Nationalliberalen) wird wohl niemand von den Gefahren der imperialistischen Weltpolitik überzeugen wollen, und es ist auch gar nicht meine Absicht, heute näher darauf einzugehen. Aber mit dieser Weltpolitik hängt aufs engste die ganze räthselhafte, reaktionäre Politik Deutschlands zusammen: weil wir kolossale Gelder aufwenden für die Kolonien und die Flotte, haben wir die hohen indirekten Steuern, die Steuern auf die Konsummittel des arbeitenden Volkes. (Widerspruch rechts.) Woher werden denn sonst die Mittel für die Kolonialpolitik und die Flottenpolitik genommen? Nur dadurch erklärt sich das Toben der ganzen wirtschaftlichen Reaktion in Deutschland und zum großen Teile auch ihr politisches Uebergewicht. Wir bekämpfen die Kolonialpolitik grundsätzlich als einen

Teil der gesamten reaktionären Politik in Deutschland.

(Sehr wohl! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn wir trotzdem sehr oft in die Lage kommen, praktisch in die Einzelberatung des Kolonialgesetzes einzugreifen, so ist das durchaus nichts Wunderbares. Genau so bekämpfen wir ja auch das stehende Heer grundsätzlich, und treten doch für die Besserung der Lebenslage der Soldaten und gegen das Unterdrückungskasernenystem ein. Aus demselben Grunde geben wir auch in der Kolonialpolitik unsere Anregungen einerseits zum Vorteil des deutschen Volkes, das schließlich die Kosten bezahlen muß, andererseits zum Vorteil der Eingeborenen, deren Schicksal wir als unsere vornehmste kolonialpolitische Aufgabe ansehen, weil sie sonst keinen prinzipiellen Schutz haben, weder in der Regierung noch im Reichstage, noch im Lande selbst. Hierin sind wir nun diesmal in eine etwas andere Lage veretzt worden, nicht dadurch, daß etwa wir unsere prinzipielle Auffassung geändert hätten, sondern weil die Regierung in bestimmten tatsächlichen Fragen einen anderen Standpunkt eingenommen hat, der zwar keineswegs vollständig sich mit dem deckt, was von uns seit langem in bezug auf die Behandlung der Eingeborenen gefordert ist, sich dem doch aber einigermaßen annähert. Wir sind dadurch sogar in die Lage gekommen, den Staatssekretär gegen die Angriffe zu verteidigen, die von den Kolonialagrarierern wegen seiner angeblichen Eingeborenenfreundlichkeit gegen ihn erhoben worden sind. (Weiterkeit.) Dabei verkennt der Staatssekretär allerdings unsere grundsätzliche Verwerfung der Unterwerfung und Ausbeutung fremder Völker; er erwiderte heute auf eine Bemerkung des Abg. Dr. Spahn, daß sich darüber die Eingeborenen im Interesse der kolonisierenden Nation zur Arbeit gezwungen werden müßten, alle Parteien des Hauses mit ihm einverstanden erklärt hätten. Alle Parteien des Hauses! (Dernburg ruft: Ja! Ja! Alle! — Heiterkeit.)

Aber nicht wir.

(Sehr wohl! bei den Sozialdemokraten.) Staatssekretär Dernburg gibt sich der merkwürdigen Illusion hin, die Interessengegensätze in den Kolonien durch ein paar freundliche Redensarten überwinden zu können. Dabei sind die Interessengegensätze in bezug auf die Behandlung der Eingeborenen in der Kommission recht deutlich

herdorgetreten. Die Kolonialagrarier, die vor allem in den Reihen der Nationalliberalen sitzen, haben den Wunsch, die Regier in viel weitergehendem Maße zur Arbeit zu zwingen, als der Staatssekretär zugestehen kann. Der Staatssekretär geht dabei von der Erwägung aus, daß die Regier viel besser ertragen werden können, wenn sie ein eigenes Interesse an der Arbeit haben. Dieser Gegensatz trat, wenn auch in stark verwickelter Form, in den ganzen Kommissionsberatungen hervor und erst am Schluß wurde versucht, diesen Gegensatz zu vertuschen. Es bleibt aber dabei, daß die Kolonialagrarier unter der Erziehung des Regers zur Arbeit genau das verstehen, was die ostelbischen Agrarier in der Ausbeutung der Arbeitskraft der deutschen, russischen und polnischen Landarbeiter treiben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Von seinem Standpunkt aus mußte der Staatssekretär zu dem Schluß kommen, daß die Plantagenwirtschaft in Ostafrika nur in sehr beschränktem Maße durchgeführt werden kann. Er hat sehr eingehend darüber gesprochen, und nach den Tatsachen, die er angeführt hat, bin ich zu dem Schluß gekommen, daß noch in hundert Jahren Ostafrika kein Plantagenland werden wird, daß in absehbarer Zeit z. B. der Plantagenbau der Baumwolle in Ostafrika nicht so viel produzieren wird, um irgend einen Einfluß auf die Bildung der Preise auf dem Weltmarkt ausüben zu können. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Bei alledem glaubt nun der Staatssekretär sonderbarerweise, eine Harmonie der Interessen zwischen Pflanzern und Regern in Afrika unter dem sekundären Einfluß der deutschen Beamten herbeiführen zu können (Weiterkeit), die wohlwollend und lieblich über den Interessengegensatz stehen und dadurch das angenehme Resultat herbeiführen, daß es in Afrika keine Aufstände und keine fühlbare Unterdrückung mehr gibt, sondern nur ein friedliches Gedeihen der Deutschen wie der Regier, eine friedliche Entwicklung der Kolonien zu einem wertvollen Besitz. Einst gab es auch in Europa wohlwollend veranlagte, aber sozialpolitisch nicht besonders gebildete Menschen, die an eine Harmonie der Interessen glaubten; gleichwohl entstand hier aus dem Gegensatz zwischen Arbeitern und Arbeitgebern

der große Klassenkampf der Zeit.

In Afrika sind die Gegensätze natürlich noch viel schärfer. Hier kommt zu dem Gegensatz zwischen ausgebeutetem Proletariat und ausbeutendem Plantagenbesitzer noch der Klassengegensatz hinzu, der ihn unendlich verstärkt, und die geringere Widerstandsfähigkeit des Regers infolge seiner geringeren kulturellen Stellung. Da ist es natürlich noch viel weniger möglich, eine Interessensharmonie herbeizuführen, obendrein durch Beamte, die gleich vom Fleische unserer Beamenschaft sind, die noch stets auf Seiten des Unternehmertums geblieben hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Des Staatssekretärs schöne, wohlwollende Redensarten werden diese Verhältnisse um so weniger herausführen, als er in seiner praktischen Politik ausdrücklich den

Grundsatz der Rassenjustiz und die Prügelstrafe

proklamiert und als gültig anerkannt hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir müssen Rassenjustiz haben und können die Prügelstrafe nicht entbehren, sagte der Staatssekretär gestern wörtlich. (Lebhafte Hört! hört!) So ist es denn auch erklärlich, daß der Staatssekretär, als er wegen seiner negerfreundlichen Ausführungen von der Rheinisch-Westfälischen Zeitung "formiert" wurde, die rheinisch-westfälischen Banzerplantagenpatrioten um Entschuldigung bat und schleunigst die Eisenbahndirektion durch die Einbringung der Eisenbahnbörse verurteilte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Als ich den Staatssekretär von der Ueberbrückung der Gegensätze in Ostafrika reden hörte, da kam mir wieder die Rede im Ohr, die vor 20 Jahren hier in Berlin der Afrikareisende Stanley gehalten hat, als er aus dem Kongostaate zurückkehrte und in Deutschland Propaganda für dieses Unternehmen machte. In wunderbaren poetischen Worten feierte er das Zivilisationswerk des Kongostaates und des Königs Leopold (Große Heiterkeit) und versprach — ich höre heute noch die Worte — die Eingeborenen im Kongostaat zu behandeln gently, gently, as a summers dream. (Milde, milde, wie ein Sommertraum.) (Schallende langanhaltende Heiterkeit.) Und jetzt erregt der Kongostaat durch die schreckliche Ausbeutung der Eingeborenen selbst die Entrüstung der anderen Kolonialpolitiker treibenden Völker und den

ungeheuren moralischen Ekel

vor einer solchen Regierpolitik. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Staatssekretär hatte recht, wenn er einmal sagte, daß Mißgunst aller Kaiser Anfang sei. In der Umgebung des Königs Leopold scheint man noch nicht zu dieser moralischen Auffassung gekommen zu sein. (Weiterkeit.) Aber wir brauchen ja gar nicht in den Kongostaat zu gehen, um die Wirkungen eines afrikanischen Sommertraumes erkennen zu können. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Leider haben wir auch in unseren Kolonien sich Ereignisse vollziehen sehen, die uns wahrlich nicht das Recht geben, als Nation auf andere Kolonialnationen Steine zu werfen. Ich will die

Androttungsstrategie des Generals Trotha

in Südwestafrika nicht in ihren Einzelheiten vorführen. Aber erinnern möchte ich doch daran, daß schlimmeres auch im Kongostaat nicht geschehen ist. Als eine Folge dieser Strategie müssen wir es ansehen, daß heutigen Tages die Bevölkerung Südwestafrikas mehr als dezimiert anzusehen ist. Ungeheure Zustände haben sich hieraus entwickelt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und der Zustand in Ostafrika ist zurückzuführen, nach der einmütigen Ansicht aller Sachkenner, auf das Verwaltungssystem mit seiner Hüttensteuer. Die Hüttensteuer ist es gewesen, die zum Aufstande geführt hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das geht aus einer Polemik zwischen dem Abg. v. Liebert und dem Afrikareisenden Hans Wagner (Juraß des Abg. v. Liebert: Kein Afrikareisender!), nun denn Afrikareisender, hervor. Hans Wagner führt darin aus, daß Herr v. Liebert sich irre, wenn er meinte, es hätten sich bei der Einführung der Hüttensteuer keine Schwierigkeiten ergeben. Die Darlegungen Hans Wagners beweisen, daß er sich gründlich mit der Sache befaßt hat und auch in Afrika gewesen ist. Aus der amtlichen Denkschrift geht klar hervor, daß viel schlimmer, als der offene Kampf, während der Jahre 1905 und 1906, die Zeit nach dem Aufstande mit ihrer enormen Sterblichkeit war. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die amtlichen Schilderungen von den Zuständen legen von einer

derartigen Grausamkeit

Zeugnis ab, daß man nicht mit einer lächerlichen Handbewegung darüber hinweggehen kann. Ich bedauere daher den Versuch des Staatssekretärs, diese Zustände damit zu beschönigen, daß er sie so darstellte, als ob sie ein unausbleibliches Naturereignis wären. Er sagte: ja, wenn wir Eisenbahnen gehabt hätten, dann hätten die 75 000 Mann nicht zu verhungern brauchen. Er verschweigt aber, daß diese Eingeborenen erst in die Hungersnot hineingetrieben worden sind. Es ist falsch, wenn der Staatssekretär annimmt, daß eine solche Hungersnot das selbstverständliche Ergebnis eines Kolonialkrieges sei. Nein, diese Hungersnot ist durch die deutsche Heeresverwaltung

bewußt herbeigeführt worden.

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten. — Juraß rechts: Ach, bewahre!) Aus der amtlichen Denkschrift geht das klar hervor. (Widerspruch bei den Nationalliberalen.) Sie schütteln mit dem

Kopf. Herr Baasche. Lesen Sie die Denkschrift doch erst einmal durch. Redner verliest aus der Denkschrift die in Frage kommenden Sätze. (Juraß rechts: Gul hu!) Das Sie (nach rechts) das mit Weifallsacheul begleiten, verstehe ich. (Lachen rechts.) Sie, die Beschäfer des Dr. Peters und seiner Hinternämer. Der Zustand in Südwestafrika ist zweifellos, ebenso wie alle früheren Aufstände, durch die Hüttensteuer herbeigeführt worden. (Widerspruch des Abg. Liebert.) Natürlich hat Herr Liebert, der die Hüttensteuer in Ostafrika eingeführt hat, ein Interesse daran, sie als möglichst harmlos hinzustellen. Ein Vater verleiht niemals selbst sein misstratenes Kind. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) In diesem Zusammenhange möchte ich auf die Sachverständigenausgabe des Herrn von Liebert im Kölner Petersprozess hinweisen. Dort hat er die Behauptung aufgestellt, der Zustand am Kilimandscharo sei durch eine Rede herbeigeführt worden, die mein Parteifreund Rebel vier Jahre später im Reichstage gehalten hat. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Herr Liebert glaubt also nicht nur an Raubermittel sondern sogar an eine Rauberei mit rückwirkender Kraft. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Das ist ein fauler Zauber. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten. — Sehr richtig! rechts.) Ich freue mich, daß Sie mit mir den Liebertschen Zauber für einen faulen Zauber halten. (Weiterkeit b. d. Sozialdem.) Nun möchte ich mit einigen Worten auf die Pläne eingehen, die der Staatssekretär hat, durch das Beamtentum einen wohlwollenden und vermittelnden Einfluß auf die Eingeborenen auszuüben. Das ist nur bis zu einem äußerst beschränkten Maße möglich und zwar aus dem Grunde, weil schließlich doch auch die Beamten aus ihrer weißen Haut nicht heraus können, und weil sie in einem engen Interessenszusammenhang mit Unternehmern aller Art stehen. (Sehr richtig! b. d. Sozialdemokraten.) Es ist dieselbe Klasse, dieselbe Klasse, und sie befinden sich gegenüber den Schwarzen mit den Farmern und Pflanzern in einer Interessengemeinschaft. Selbst wenn es gelänge, einzelne gegen diese Einflüsse getrennte Charaktere da hinauszubringen, so würden sie gegenüber dieser allgemeinen Klassentendenz sehr bald verschwinden. Ich will da nur ein Beispiel heranziehen, daß ich der Schrift des Hauptmanns a. D. E. W. Berther aus dem Jahre 1906 entnehme. Der Abgeordnete v. Liebert wird vielleicht Gelegenheit nehmen, das auszuführen, was an dieser Angelegenheit noch der Klärung bedürftig wäre. Es handelt sich da um Veränderungen am Kilimandscharo, die zum Teil für europäische Ansiedler in Anspruch genommen werden. Und es wird da behauptet, daß der Gouverneur v. Liebert der Schöllerschen Gesellschaft, an der er selbst nachher beteiligt war, versprochen habe, es sollten ihr 100 000 Hektar zum Preise von 10 000 Mk., d. h. also pro Hektar noch nicht ganz 7 Pf. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), also für ein Butterbrot verkauft werden und daß sein Nachfolger dieses Versprechen eingelöst hat. Wir haben hier im Reichstage Sturm gelaufen, als ein ähnlicher Verkauf an eine Plantagengesellschaft in Togo stattfand. Mag man diese Tatsachen hier auslegen, wie man will, so ist doch zweifellos, daß in ganz unverantwortlicher Weise dort verfahren ist. (Juraß rechts.) Der Hauptmann a. D. Berther wird wohl in der Lage sein, seine Behauptungen zu vertreten, die allerdings der Klärung bedürftig sind. Ich könnte das übrigens noch vervollständigen. Von der Rhassafesellschaft sind Schriften veröffentlicht, aus denen hervorgeht, daß Herr v. Liebert ihr zugehört hat, er wolle sich in der Wilhelmstraße, wie er sich ausdrückt:

bei den Pappenheimern von der Wilhelmstraße,

(Weiterkeit) für sie verwenden. Aber wie erlauten die Teilhaber der Rhassafesellschaft, als sie folgende Mitteilung des Kolonialamts, datiert Berlin, 3. März 1900, erhielten:

„Im Anschluß an das diesseitige Schreiben vom 24. Januar d. J. und unter Bezugnahme auf die seitdem gepflogenen mündlichen Verhandlungen bekenne ich, Ener Hochwohlgeboren als Vertreter des Rhassafesellschafts mitteilen zu müssen, daß inzwischen ein vom 23. Januar d. J. datierter Bericht des kaiserl. Gouverneurs von Deutsch-Ostafrika eingetroffen ist, in dem ausgeführt wird, daß gegen die Erteilung einer irgendwie nennenswerten Landkonzession an eine Gesellschaft, welche gleichzeitig ein Transportunternehmen auf dem Sambesi-Schire beabsichtigt, erhebliche Bedenken obwalten. Der Herr Gouverneur wünscht, daß eine zu gründende neue Gesellschaft, für welche erhebliche Landkonzessionen in Aussicht genommen seien, von jeder Bedingung des Verkehrs auf dem Sambesi und Schire absehe, daß dieselbe sich vielmehr ausschließlich mit der inneren Erschließung des Landes und der Herstellung guter Verbindungen nach einem Punkte der deutschen Küste befaße, und daß sie insbesondere bestimmte Verpflichtungen übernehme, die geeignet seien, einen Bahnbau vom Rhassafese nach einem Punkte der deutschen Küste zu fördern.“

Ob die Bedingungen, die da gestellt werden, richtig sind oder nicht, darauf kommt es nicht an, sondern darauf, daß vorher derselben Gesellschaft von demselben Herrn v. Liebert, der diesen Brief geschrieben, zugesichert ist, daß er sich bei dem Kolonialamt für sie verwenden wolle, und daß die Gesellschaft von demselben Beamten nicht unterrichtet worden ist, daß er seine Ansichten inzwischen geändert hat. Ich führe diese Tatsache nur an, nicht damit Herrn Liebert irgend etwas erschmeichelt (Weiterkeit), sondern nur, um den Beweis zu liefern, wie nahezu unmöglich es ist, von hier aus, von der Wilhelmstraße aus, durchzuliegen, daß die Beamten außerhalb jedes Interessenkomplexes mit den dortigen Landwirten und Gesellschaften bleiben. Dieser Komplex wird sich vielmehr immer in den verschiedensten Formen durchziehen, wie auch bei der überwiegenen Mehrzahl der Beamten in der Heimat. Was einzelne wohlwollende Beamte wünschen zu tun und was wir alle in Berlin wünschen, das werden Sie unter keinen Umständen erreichen. Wenn die platonischen Wünsche sich in die Tat umsetzen, so wird das immer zur Verdrängung der Eingeborenen führen, die teils von den Pflanzern und Farmern ausgeht, die von der Arbeit dieser Leute leben wollen, teils von den Beamten, die in Interessengemeinschaft mit den Farmern und Pflanzern leben.

Ich komme damit auf die Frage der Eingeborenen überhaupt. Schon in der Budgetkommission habe ich darauf hingewiesen, daß der Staatssekretär seine ersten scharfen Ausführungen gegen die Plantagenbesitzer später

erheblich abgeschwächt

hat. Der Herr Staatssekretär schüttelt mit dem Kopfe. Er ist sich eben des Eindrucks seiner Worte selbst nicht bewußt. Ich berufe mich auf Herrn Spahn, der dieselbe Beobachtung bemerkt hat; allerdings meinte Herr Spahn, er sei mit der ersten Rede des Staatssekretärs nicht einverstanden, wohl aber mit seiner zweiten und mit den Ausführungen, die er gestern gemacht hat. Der Gegensatz dieser Ausführungen ist übrigens auch von anderen Mitgliedern der Kommission empfunden worden. Die erste Rede des Staatssekretärs war eine Festsatz, die zweite eine Chamade zur Veruhigung der Pflanzern in den Kolonien. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Damit komme ich zu der Kernfrage, nämlich der Frage der Rugharmadung der Regierarbeit. Während der Staatssekretär in den ersten Ausführungen meinte, wesentlich solle diese Rugharmadung im eigenen Interesse der Regier erfolgen, so meint er jetzt, daß sie im Interesse der Plantagenbesitzer erfolgen soll, und daß dies Interesse durch die Beamten gefördert werden soll; er hat allerdings mit vorichtig gewählten Worten zugestanden, daß man einen Zwang auf die Regier ausüben muß. Er gebrauchte heute den Ausdruck, die Regier zur Arbeit veranlassen. Welchen Ausdruck man wählt, ist ganz gleichgültig, es kommt auf die tatsächliche Ausführung an.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Staatssekretär will Arbeitskommissionen einführen, welche die Arbeit vermitteln sollen. Das ist ganz schön und gut. Seht man das aber von den allgemeinen Lebensarten der Verwaltung in die Tat um, bringt es durch die verschiedenen Kanäle bis zu den ausführenden Organen an Ort und Stelle, so wird das Endresultat immer dasselbe sein,

daß nämlich die Regier geprügelt werden, damit sie zur Arbeit veranlaßt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Staatssekretär hat der Proklamierung des Grundgesetzes die Rassenjustiz und der Aufrechterhaltung der Prügelstrafe seine Sanktion erteilt. Stellen Sie sich etwa vor, daß aus Anlaß des Kaisermandats ein kommandierender General eine leise Klage über ein bestimmtes Regiment oder eine bestimmte Kompagnie äußert, und wie das dann laminenartig sich fortpflanzt bis zu dem Munde des Unteroffiziers, der den Leuten selber die allerhöchste Vorlesung überdringt. Das ist natürlich in Afrika noch schlimmer, wo das unterste Organ mit der Rißpferdpeitsche arbeitet. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Welchen Illusionen der Staatssekretär sich hingibt, zeigt auch folgender Vorgang. Trotzdem er gegen das Prügelgesetz entschieden Verwahrung eingelegt hat, war in der Budgetkommission ein Mitglied, nicht ein Sozialdemokrat, sondern ein den „staatsverhaftenden Parteien“ angehörendes Mitglied in der Lage, einen Brief zu verlesen, in dem ein Farmer schreibt, es sei ihm mitgeteilt worden, daß die Regier, welche die Expedition von Mosha nach Tabora mitgemacht haben, jetzt erzählen, mit dem Reiten sie nie wieder und so wie auf dieser Reise seien sie noch niemals geprügelt worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Herr Staatssekretär sagte, das glaube er nicht. Aber es bleibt dabei, daß trotz der Verwahrung des Staatssekretärs auf einer Reise, die er selber machte,

die Prügelei in voller Blüte stand.

Der Staatssekretär hätte von seinen Beamten gemeint, sie eigneten sich ausgezeichnet für die Verwaltung, und der Abg. Arning stimmte ihm darin bei. Bei dieser Frage ist zweierlei zu unterscheiden. Der Deutsche ist, was seine wirtschaftlichen Funktionen anbelangt, ein ausgezeichneter Kolonisationsfaktor; der deutsche Bauer ist als Landwirt auch im Ausland sehr tüchtig. Der deutsche Kaufmann ist als Kaufmann durchaus auf der Höhe und steht dem englischen, dem amerikanischen Kaufmann nicht nach. Die Männer der Wissenschaft stehen ebenfalls zweifellos auf der Höhe. Aber der große Unterschied zwischen den Mitgliedern der englischen Kaufmannschaft und Beamtenhaft und der deutschen ist der, daß der Engländer, wenn er in die Kolonien geht, mit sich nimmt die Tradition eines sich selbst verwaltenden Volkes. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ein Engländer ist von Jugend auf gewohnt, den Stolz des freien Mannes in sich zu fühlen, er weiß, daß er sich selbst regiert, daß er nicht von einer bürokratischen Kaste regiert wird. Welcher Berufsstand der Engländer auch angehört, er hat dieses Selbstbewußtsein des freien Mannes. Der Deutsche aber kommt aus einem Lande, wo systematisch durch die Regierung unter Beihilfe der herrschenden Klassen

jedes Gefühl der Freiheit und des Bürgerstolzes vernichtet wird.

(Unruhe rechts.) Systematisch treiben sie das Selbstgefühl heraus aus dem deutschen Volke. Das Ideal des Durchschnittsbürgers von heute ist es, ein schneidiger Talmisler zu sein. (Unruhe rechts.) Zustimmung bei den Sozialdemokraten, der mit dem Schlieppiegel seine politischen Angelegenheiten erledigt und sich über alle anderen erheben läßt. Das Referatprofißierertum sucht immer den Eindruck zu erwecken, auch im Zivilrock, als ob er nur zufällig angelegt sei. Und von den Leuten, die gar kein Gefühl für Selbstverwaltung haben, denen jedes Gefühl für politische Freiheit abgeht, werden Sie notwendig, wenn sie in andere Länder versetzt werden, es immer erleben müssen, daß sie in ganz engherziger Weise das bürokratische System, das System der preussischen Bismarckhaube ausdehnen und so zu den brutalsten Exzessen kommen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten — Unruhe rechts.) Wollen wir aus Deutschland Beamte herausenden, welche wie die englischen die Verwaltung gestalten unter innerlicher Hochachtung der Gefühle der fremden Völker, so müssen Sie anfangen, hier in unserem Heimatlande mit dem bürokratischen Regierungssystem zu brechen und müssen in Deutschland verwirklichen,

was heute vor 60 Jahren in Berlin begonnen hat.

(Lebhafte Weisfall bei den Sozialdemokraten, Unruhe rechts und bei den Nationalliberalen.) Die Nationalliberalen sind ja entartete Enkel. (Lärm bei den Nationalliberalen, Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Sie sind ja jetzt so eifrig bemüht, sogar in bezug auf das Vereinsgesetz ein Kompromiß zustande zu bringen. (Unruhe rechts und bei den Nationalliberalen,) wobei die nächsten Worte verloren gehen. Also von einem Volke, in welchem es möglich ist, daß die Mehrheitsparteien hier in diesem Hause alles tun, um jede wirkliche Selbstverwaltung zu unterbinden, läßt sich nicht erwarten, daß sie die Tradition von 48 durchzuführen werden oder sie auch nur verstehen. Sie werden höchstens darüber lachen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der Abg. Dr. Arning hat uns gegenüber einen besonderen Triumph auszuspielen geglaubt, indem er auf die Baumwollanpflanzungen hinwies und meinte, das könne für die deutschen Arbeiter von ungeheurer Wichtigkeit werden, falls etwa in Amerika sich ein Baumwollkönig bilde, der die Baumwollproduktion hintanhaltete. Herr Arning scheint die Entwicklungsstränge der modernen Welt ganz falsch einzuschätzen, wenn er glaubt, daß in Amerika eine derartige Maßregel möglich ist. Ein Baumwollkönig, der die Produktion in Amerika einschränkt, ist ein Ding der Unmöglichkeit. (Widerpruch bei den Nationalliberalen.) Bei Ihnen hat man da mit einem Glauben zu kämpfen. (Weiterleit bei den Sozialdemokraten.) Das ist aber kein Beweis, daß derartige in greifbare Nähe gerückt ist. Wäre es aber selbst möglich, so ist es doch ausgeschlossen, daß durch die Baumwollproduktion in unseren Kolonien ein solcher Schlag pariert werden könnte, weil die Baumwollproduktion ein sich sehr langsam entwickelnder Prozeß ist, und weil für die Baumwollproduktion im großen die Voraussetzungen in unseren Kolonien fehlen. Ich berufe mich hierfür auf die Autorität des Staatssekretärs. Ausnahmeweise nicht er mir einmal zu. (Große Heiterkeit.) Er hat in der Budgetkommission klar ausgesprochen, daß in absehbarer Zeit die Baumwollproduktion in den Kolonien nicht ausreichen wird, irgend einen Einfluß auf die Bildung des Weltmarktpreises auszuüben. Es erübrigt sich also, darauf näher einzugehen. Gegenüber all den Möglichkeiten, daß die Herstellung von Produkten, welche wir brauchen, einmal eingeschänkt werden könnte, gibt es nur das eine durchgreifende Mittel, daß Deutschland in der ganzen Welt

bahnbrechend auf dem Gebiete des Freihandels vorangeht.

(Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.) Daß Deutschland mit der Aufhebung der Zollbarrieren beginnt und darauf drängt, daß überall in der Welt eine Art wirtschaftliches Indigenat für die Bewohner anderer Länder eingeführt wird. Wenn diese Entwicklungstendenzen, die überall in der Welt besteht, die aber bei uns jetzt in den Hintergrund gedrängt ist, wieder überall zum Durchbruch gekommen sein wird, wird jede Gefahr einer solchen Abschneidung der Kultur eines Landes beseitigt sein. Und das wird für die Entwicklung der gesamten deutschen Volkswirtschaft von größtem Segen sein. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Aber auch das hängt auf das allerengste damit zusammen, daß wie die Reaktion auf allen Lebensgebieten überwinden. Mit allen Fesseln hängen die

reaktionären Interessen auf den verschiedensten Gebieten zusammen, und nur durch eine große Volksbewegung kann diese reaktionäre Stagnation überwunden werden. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Ich komme mit einigen Worten jetzt noch auf die von den Parteien gestellten Resolutionen. Sie beziehen sich auf eine Förderung der Interessen der Regier gegenüber den Uebergriffen der gegenwärtigen Verwaltung und kommen bis zu einem gewissen Grade den Tendenzen entgegen, die bei dem Staatssekretär mit den Ausbeutungsinteressen kämpfen. Wir wollen diese Tendenzen stärken und werden die Resolutionen daher unterstützen. Doch hat die Frage der Kodifizierung des Eingeborenenrechts zu einer Kontroverse Veranlassung gegeben, auf die ich kurz eingehen will. Herr Arning hat gegen die Kodifizierung Verwahrung eingelegt. Es handelt sich aber nicht, wie er zu meinen scheint, um eine Kodifizierung als Grundlage der künftigen Rechtsprechung, sondern um eine Feststellung des bestehenden Rechts, die unbedingt notwendig ist, wenn arge Mißgriffe vermieden werden sollen.

Ich erinnere z. B. daran, daß in Bengolen im vorigen Jahrhundert die Engländer die Steuerpächter für Grundbesitzer erklärten, lediglich aus Unkenntnis des dort herrschenden Rechtes, was natürlich eine ungeheure Erbitterung hervorrief. Auch wir haben ähnliche Dinge gemacht. In Südwestafrika war es möglich, daß den Landgesellschaften von den eingeborenen Häuptlingen Ländereien für ein Butterbrot verkauft wurden, trotzdem nach dem Eingeborenenrecht die Häuptlinge dazu so wenig befugt waren, wie etwa der Oberbürgermeister von Berlin auf eigene Faust kommunalen Besitz verkaufen darf. In dieses Gebiet gehört auch die Tatsache, daß die deutsche Verwaltung den Hererohäuptling Maharero zum Oberhäuptling ernannte und ihm dem bestehenden Recht zuwider ermutigt hat zur Verkleinerung des Stammeslandes, wozu er auch als Stammeshäuptling nicht befugt war. Zum Teil ist gerade dadurch der Hereroausstand herbeigeführt worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Die von uns eingebrachte Resolution werden wir noch beim Spezialetat für Togo eingehend begründen. Ich erwähne sie hier nur insofern, als wir es für eine Pflicht der Kolonialverwaltung halten, in Uebereinstimmung mit der vom Reichstage im Jahre 1906 beschlossenen Resolution auch den Eingeborenen in Südwestafrika ihr Land so weit zurückzugeben, daß sie darauf selbstständig wirtschaften können. Noch ein paar Worte zur Eisenbahnfrage. Sie sollen nach der Denkschrift die Möglichkeiten der Ausbeutung der Eingeborenen steigern, deshalb haben wir gegen diese Projekte grundsätzliche Bedenken. Finanziell dürfte sich außer der Togobahn keine einzige von ihnen auch nur decken. Die Methode der Finanzierung ist jedenfalls höchst zweifelhaft. Man will Kolonialanleihen aufnehmen und glaubt so die Schulden der Kolonien von denen für das Reich trennen zu können. In Wirklichkeit muß das Deutsche Reich

für alle Verbindlichkeiten

der Kolonien ankommen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Kolonien sind ja keine selbstständigen Staaten unter deutschem Schutze, sie haben ja keine Selbstverwaltung, ihre ganze Existenz hängt von den gelegentlichen Faktoren des Deutschen Reiches ab, und für die Zinsen ihrer Schulden müssen die deutschen Steuerzahler aufkommen, deshalb verwerfen wir den Umweg, den man hier zur Deckung der Kosten des Eisenbahnbaues eingeschlagen hat. Es wundert mich, daß der Staatssekretär nicht selbst eingesehen hat, daß es sich hier nur um eine

Verschleierung

handelt. Denn in einem ganz anderen, ähnlichen Falle ist er selbst zu der Erkenntnis gekommen und hat den Umweg abgelehnt. In Ostafrika bestehen sogenannte Kommunalverbände, die aus dem Etat der Kolonie dotiert werden und eine Kontrolle über die Verwendung der Gelder in den einzelnen Bezirken ausüben sollen. Es sind aber gar keine Selbstverwaltungskörper, sondern es kommt darauf hinaus, daß einzelne Verwaltungsbeamte Dispositionsfonds erhalten, in deren Verwendung ihnen weder der Reichstag noch die Zentralverwaltung hineinreden darf. Das hat Dernburg selbst als einen unzulässigen Zustand unter der Maske der Selbstverwaltung bezeichnet und versprochen, auf seine Beseitigung zu dringen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Genau ebenso aber sind die Gouvernements von Ostafrika, Togo und Kamerun nicht selbstständige Verwaltungen, sondern die Gouverneure sind angestellte Verwaltungsbeamte des Deutschen Reiches, die keinerlei wirtschaftliche Freiheit haben und unter keinen Umständen eine selbstständige Finanzpolitik treiben dürfen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man darf doch unsere Schutzgebiete nicht mit englischen Selbstverwaltungskolonien, der Kapkolonie, Kanada oder Australien vergleichen. Der Staatssekretär hat sich mit Recht heute gegen die Zahlenunfluth des Dr. Arning gewandt. Früher als er debattierte, war er ja selbst groß in der Verwendung prospektartig glanzvoll ausgestatteter Zahlen, ich erinnere nur an seine berühmte Taufendmillionenbilanz, die allerdings so unzulässig war, daß er sie inzwischen in die Verenkung hat verschwinden lassen. Ich würde empfehlen, diese Bilanz zum Gegenstand eines Lehrkurses in der Handelshochschule zu machen, wie das bekannte fehlerhafte Pferd in der Tierarztschule, weil man an ihr

sämtliche Bilanzfehler lernen kann.

(Heiterkeit.) Aber auch Dernburgs Eisenbahndenkschrift ist mit Phantasiezahlen versehen. Um die Notwendigkeit der Eisenbahnbauten zu beweisen, sind die schönen Karten beigegeben, in die das Gebiet von 150 Kilometer im Umkreise eingetragen ist, für die die Bahn noch nutzbar gemacht werden soll. In Togo aber, wo neben der bestehenden Bahn von Lome ins Innere eine neue Bahn spitzwinklig dazu gebaut werden soll, sind die Einflußsphären der Bahnen statt 150 nur 20 Kilometer weit, weil so sonst statt der Notwendigkeit die Ueberflüssigkeit der neuen Bahnen bewiesen werden würde. (Zuruf: Gebirge!) Die Gebirge sind gerade dort sehr niedrig und auch bei Ostafrika nicht in Betracht gezogen. Ich will gar nicht sagen, daß die eine oder andere Bahn überflüssig sei, ich will nur auf die doppelte Buchführung hinweisen, die der Staatssekretär hier wieder treibt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Alle seine Denkschriften enthalten große Widersprüche und infolgedessen müssen wir all seinen Angaben und Projekten mit äußerster Vorsicht gegenüber treten. Im übrigen halten wir nach wie vor an unseren alten Grundsätzen fest und verwerfen das herrschende Kolonialsystem grundsätzlich. So lange es aber besteht, greifen wir nach Möglichkeit ein im Interesse der Eingeborenen wie in dem unsres eigenen Landes. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Liebert (Rp.):

Ich will zunächst dem Abg. Ledebour persönlich antworten. Er hat alle Kamellen aus dem Wahlkampf aus trüber Quelle gezogen. Dr. Hans Wagener, von dem die Behauptungen gegen mich ausgehen, war ein sehr kranker, ehrgeiziger und mittelloser Schriftsteller, dem ich Wohlthaten erwiesen hatte, der sich aber durch Angriffe auf Leute in hervorragender Stellung bemerkbar machen wollte. Was ich über das Auftreten der Zauberer früher gesagt habe, war ganz richtig. Der Zustand war dadurch hervorgerufen, daß die Zauberer sagten, die Gewehre der Askari würden Wasser statt Feuer schießen. Zutreffend ist allerdings der Vorwurf, daß ich als Gouverneur bei einem Versuch in Deutschland einer Hamburger Gesellschaft — der Nyassa-Gesellschaft — Versprechungen gemacht habe, die ich nachher von Ostafrika aus annullierte. Wer der Abg. Ledebour hat sich vielleicht auch schon einmal eines besseren belehren lassen. (Widerpruch rechts. Zurufe: Koch nie!) Der andere Hauptzeuge gegen mich ist ein Hauptmann Weriger, den ich aus Ostafrika ausgewiesen habe, weil er unbedeutend Krieg mit den Eingeborenen zu führen begann. Seitdem greift er mich ständig an. Es ist richtig, daß ich vor zehn Jahren einer Gesellschaft

ein großes Gebiet am Kilimandscharo sehr billig überlassen habe. Aber damals war ich froh, wenn überhaupt jemand mit Kapital nach der Kolonie kam. Die Verhandlungen zogen sich lange hin, und jetzt hat Staatssekretär Dernburg diesen Vertrag annulliert. Ich hatte ihn gebeten, die Konzeption bestehen zu lassen, obwohl sich im Laufe der 10 Jahre die Verhältnisse und Preise ganz verändert haben. Doch darüber mag ich jetzt nicht mit ihm rechten. Hoffentlich sind damit die Anwürfe gegen mich endlich erledigt. — Leider ist der Kolonialetat noch immer nach dem alten Schema aufgestellt. Noch immer sind die Militärlasten in den Kolonialetat eingestrichelt, der dadurch ein ungünstiges Bild gibt. Auch die Behandlung der Kolonien als Zollland ist ungerechtfertigt. In der Arbeiterfrage hat sich der Staatssekretär meinen Anschauungen gegenüber immer milder, weitherziger, entgegenkommender gezeigt. Wir kommen uns immer näher. (Weiterleit.) Die Eingeborenen halte auch ich, wenn sie willig und gehorlich sind, für das wichtigste Kapital der Kolonie. Sie werden von den Pflanzern ausnahmslos gut behandelt, sind aber unzuverlässig, träge und lügenhaft, gewohnt, dem Reittiere das Futter unter den Schwanz zu legen, kalt ins Maul. (Weiterleit.) Ich fragte einmal einen sämigen Schwarzen, der im Schaufeegrabener sah, warum er nicht arbeite. Da antwortete er mir: Warum fragst Du, Schafkopf?

Arbeite Du doch!

(Große Heiterkeit.) Die Deutschen brauchen viel schwarze Arbeiter, jedoch müssen die Regier durch Arbeitsmarken oder Steuern erst zur Arbeit gezwungen werden. Ueber die jetzige Eingeborenenpolitik sind die Pflanzler nicht sehr entzückt, sie halten sich für benachteiligt gegenüber den Jüdern und sind überzeugt, daß Engelzuz Dernburg und die Wirklichen und Unwirklichen Beheimräte die Regier gar nicht verstehen. Nur als deutsche Siedelungskolonie mit zur Arbeit erzogenen Schwarzen kann Ostafrika auf dem Weltmarkte die Stellung erobern, die es nach seinen Naturfähigkeiten einnehmen kann. (Weisfall rechts.)

Abg. Dr. Wiemer (fr. Sp.): In einer Petition von ostafrikanischen Ansehlichen wird gefordert, wenn Dernburg so fortfahre, so werde seine Kolonialpolitik nur noch die Zustimmung des Freisinnigen, des Zentrums und der Sozialdemokratie finden. Das scheint für die Herren das Schlimmste zu sein. Aber ich möchte darauf hinweisen, daß nicht nur diese Partei, sondern auch Konserverative und Nationalliberale sich in der Hauptsache mit dem Staatssekretär einverstanden erklärt haben. Daran können die marxistisch-doktriniären Phrasen des Herrn Ledebour nichts ändern. Hoffentlich wird auch die Truppenzahl in Südwestafrika, der kostspieligste Faktor, bald auf das verprochene Maß herabgemindert. Bei der Auswahl von Personen sind in früherer Zeit viel Mißgriffe vorgekommen. Wenn der Staatssekretär sagt, die Selbstbestimmung der Eingeborenen darf nicht eingeschränkt werden, so stimme ich dem zu. Es geht auf die Dauer nicht an, nur mit Zwang und Peitsche zu kolonisieren.

Wenn ich den geplanten Maßregeln mich zuwende, so betone ich, daß die Steuerfrage mit Vorsicht zu behandeln ist. Notwendig ist das geplante Sanitätsamt, um die Sterblichkeit der Regier herabzusetzen. Das geplante Landeskulturamt begriffen wir mit Freude. Die Tätigkeit der Missionen erkennen wir an, aber wir werden einer einseitigen Begünstigung und Unterstützung der Missionen widersprechen. (Zustimmung bei den Freisinnigen.)

Auf die Bahnprojekte des Staatssekretärs gehe ich jetzt nicht ein; grundsätzlich sind wir nicht gegen Bahnen in den Kolonien, wir müssen aber bei jedem einzelnen Projekt die Frage der Rentabilität ernstlich prüfen. Mit unserer Zustimmung zur Truppenvermehrung in Südwestafrika hinderen wir uns keineswegs für einen Bahnbau. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.)

Staatssekretär Dernburg:

Die Durchführung der Truppenzahl in Südwestafrika denkt die Verwaltung nicht an irgend eine Kompensation zu binden. Eine Unterstützung der Missionen aus öffentlichen Mitteln hält die Kolonialverwaltung weder im Interesse der Missionen noch der Kolonialverwaltung für gelegen. Dem Abg. Liebert, der meint, der Gegenstand der Kolonialverwaltung zu den Farmern sei geringer geworden, muß ich widersprechen. Die Verwaltung und die Mehrheit des Hauses will die Schworgen zur Arbeit erziehen in ihrem eigenen Interesse. Herr Liebert und die Farmer aber wollen sie dazu erziehen im Interesse der Pflanzler. Das ist der Gegenstand. Sie verlangen jetzt sogar schon, die Regierung solle ihnen 20.000 Arbeiter schaffen. Das muß die Regierung ablehnen. Ich will Arbeiter veranlassen dorthin zu gehen auf Grund von Lohnbedingungen, nicht aber sie mit Zwang dorthinbringen. (Sehr richtig! links.) Noch in einem anderen Punkt befürchte ich mich im Gegenstand zu Herrn v. Liebert. Ich könnte ja nach dem Grundgesetz handeln, was mich nicht brennt, das blase nicht. Ich stehe aber auf dem Standpunkte, daß ich es nicht zugeben kann, daß Leute auf phantastische Versprechungen hin, die auch hier von der Tribüne des Reichstages gemacht werden, ohne Warnung hinausgehen.

Zu einer Auswanderung nach Ostafrika kann die Regierung nicht ermitteln.

Herr Liebert hat auch in der Budgetkommission einen Brief verlesen eines Mannes, der 20 Jahre in Afrika war. Es wird da gesprochen von einem Manne mit dem Kirchensloß und ähnlich. Wer die Leute so ansieht, wird sie auch entsprechend behandeln, wie ein Stück Vieh. (Sehr richtig! links.) Bezeichnend ist auch der Ausdruck „Bana Bimbo“ in dem Briefe. Er heißt nämlich „Der Stod“. (Weiterleit.) Ich wende mich nun zu Herrn Ledebour. Mit ihm werde ich mich wohl nicht verhandeln, denn es gibt eben Leute, die farbenblind sind, wahrlichlich bin ich es. (Weiterleit.) Ledebour meint, die Kolonialpolitik trage die Schuld an der schlechten Finanzlage des Reiches. Nun in Stuttgart und Essen war die Sozialdemokratie anderer Ansicht. Herr Ledebour hat sich gewundert, daß ich eine Massenjustiz und Prügelstrafe für notwendig halte. Aber es muß eben jeder nach seinen eigenen Rechtsbegriffen behandelt werden. Den Schwarzen können Sie nicht behandeln nach dem deutschen Eherecht, dem deutschen Wechsel- oder Konkursrecht. (Weiterleit.) Er muß nach seinem eigenen Recht behandelt werden, und gerade Herr Ledebour verlangt doch eine Kodifizierung des Eingeborenenrechts. Doch nicht, damit die Weihen danach behandelt werden. Behandeln Sie aber den Regier nach seinem und den Weihen nach seinem Recht, so haben Sie eine Massenjustiz. Und was die Prügelstrafe anlangt, so ist sie für die Regier die gewohnte, und sie ist viel weniger hart, als das an die Rechte schließen. (Große Heiterkeit.) Mit der Bilanz, die Herr Ledebour aufgemacht hat über den Wert der Kolonien, steht er wohl allein. Weiter wünscht er, daß den Hereros Land zugewiesen wird. Täte man das, so müßten sie verhungern, wenn man ihnen nicht gleichzeitig Vieh gäbe. Das aber würde vierzig Millionen Mark kosten, und wenn Sie diese Kleinigkeit bei sich haben, so wäre mir dies ganz lieb. (Weiterleit.) Daß in den Kolonien nicht jeder prosperiert, ist ganz natürlich. Das ist auch in Deutschland so, und keineswegs ist das Schuld der Regierung. Der Behauptung, daß das neue System eine bestimmte Wirkung gezeigt hat, muß ich entschieden widersprechen. Denn das neue System soll erst zur Einführung kommen. Auch Herr v. Liebert hat, wie er in der Kommission ausführte, als Gouverneur mit den Farmern dieselben Schwierigkeiten gehabt. Er sagte, die Farmer machten ihm mehr Arbeit als zehn Millionen Schwarze. Der Fehler ist eben der, daß in den zehn Jahren keine Arbeitergesetzgebung dort gemacht ist. Jetzt soll sie erst zustande gebracht werden, und daß die Zustände, wie sie jetzt sind, dem neuen System in die Schuhe geschoben werden, lehne ich ab. (Lebhafte Zustimmung links.)

Abg. Pattmann (Wirts. Sp.): Auf dem Stuttgarter Internationalen Sozialistenkongress ist den deutschen Sozialdemokraten von van Kol mit Recht vorgehalten worden, daß sie auf kolonialem

Arbeiter-Bildungsschule Berlin

Sonntag, den 22. März, abends 7 Uhr, im gr. Saale des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15:

Robert Schumann-Abend.

Vortrag mit pianistischen und gesanglichen Erläuterungen von Dr. Leopold Hirschberg, Dozent für Musikgeschichte an der Humboldt-Akademie

Nach dem Vortrag: **TANZ.**

Eintritt 30 Pf.

Billets sind vorher an den bekannten Stellen zu haben. Garderobe frei!

„Pharus-Säle“, Müller-Str. 142.

Sonntag, den 22. März 1908:

Kunst-Abend

Leitung: Margarete Walkotte.

Mitwirkende: Herr Hans v. Wolzogen, Regisseur; Herr Gustav Fanz, Opernsänger; der 10jährige Felix Robert Mendelssohn, Geige; am Flügel Herr Ludwig Mendelssohn; Herr Werckmeister, Pianist; Margarete Walkotte; Herr Bernhard Nitzsche am Flügel.

Eintritt im Vorverkauf 50 Pf. Abendkasse 60 Pf. Vorverkauf bei: Wernau, Pharus-Säle, Müllerstr. 142; Mazanka,igarrenhandlung, Janstr. 13; und Fahrw, Ravenstr. 6. 284/15*

Margarete Walkotte, Stoglitz, Fichtestr. 10.

Stadt-Theater Moabit.

Alt-Moabit 47-49.

Donnerstag, den 19. März 1908:

Kyrix-Pyrix.

Kolle mit Ges. in 3 Akten (6 Bildern) von G. Wilen u. O. Jullinus. Regie: Bernhard Rose. Musik: Rütke Bach. Gesänge: Emmy Behrens-Carlson.

Großer Ball.

Kasseneröffnung 7 Uhr. Einl. 8 Uhr.

Sanssouci, Straße 6.

Direktion: Wilhelm Reimer.

Heute Donnerstag:

Neues Elitesoirée Tanz-Programm.

v. Hoffmanns Nord-Sänger

Jubiläum-Beifall!

Murora. 1. Akt.

Neues Soiree-Programm.

Beg. Sonnt. 5. wochentl. 8 1/2.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.

Großes Uik-Programm.

Umfang 8 Uhr.

Reichshallen-Restaurant:

Großes Konzert.

Happold's

Neuer Konzertsaal.

Donnerstag:

Slavischer Abend.

Nachdem Ball.

Gustav Behrens-Theater.

Berlin W., Goltzstr. 9.

Gr. Damen-Ringkampf

Preisgedrönte Ringkämpferinnen.

Neu! Richter als Vorkämpfer.

Kolle in 1 Akt.

16 Spezialitäten. Duces-Vitograph.

Eintritt 8 Uhr Sonntag 5 1/2, Uhr.

Kapitän-Kautabak

echt haben will, achte auf den in jedem Stück liegenden Zettel oder auf das Etikett der 10 Pf.-Rollen mit Aufschrift

Kapitän-Tabak, gebr. geschüt. 2129*

Gen. Vert.: C. Röcker, Berlin O., Oranier Weg 112. Um 7, 3861

Vor Nachahmung wird gewarnt.

Wilhelm Dietz,

Solinger Stahlwaren.

Berlin, Brunnenstraße 5,

am Rosenthaler Tor.

Tischmesser u. Gabeln, ES-u. Kaffeelöffel empfehle in großer Auswahl; ferner Scheren, Zusehneidmesser, Haarschneidmaschinen, Taschenmesser, Rasiermesser, Tranchier-, Hack- u. Wiegemesser, Wagen, Haushaltungsmaschinen, Nickel-Service, Tabletts, Kassetten, Revolver, Taschenlampen, Luftbüchsen, Munition etc.

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Verband der Schneider und Schneiderinnen. Achtung! Herrenmaßschneider! Achtung!

Sonntag, den 22. März 1908, vormittags 11 Uhr, in der „Brauerei Friedrichshain“, Am Friedrichshain:

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

Die Situation in der Herrenmaßbranche und die Aufgaben der Organisation. Referent: Kollege Kunze. 162/13*

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Einberufer.

Orts-Krankenkasse der Gelb- u. Zinngießer

Generalversammlung

der Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer findet am Donnerstag, den 26. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal VII statt, wozu sämtliche Vertreter hiermit eingeladen sind.

Tages-Ordnung:

1. Berichtigung der Protokolle. 2. Vorlage und Abnahme der Jahresrechnung pro 1907. 3. Bericht des Rechnungsausschusses und Dechargerteilung. 4. Antrag des Vorstandes auf Erhöhung der Beiträge. 5. Kassenanlagen. 6. In getrennter Versammlung: Erziehung für zwei ausgeschiedene Vorstandsmitglieder der Arbeitnehmer.

Berlin, den 18. März 1908.

Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse der Zigarrenmacher, Zigarettenmacher, Zigarettenfortierer und deren gewerbli. Hilfsarbeiter zu Berlin.

Generalversammlung

der Arbeitgeber u. Arbeitnehmer am Freitag, den 27. März, abends 8 Uhr, im Restaurant Rosenthalerhof, Rosenthaler Straße 11/12.

Tages-Ordnung:

1. Vorlegung des Jahresberichts. 2. Bericht der Revisionskommission. 3. Ueberprüfung und Beschlußfassung über die §§ 12, 13, 19, 22, 29 und 30 des Statuts.

4. Verschiedenes.

Nur Delegierte der Generalversammlung haben Zutritt.

Die Einladungskarte legitimiert.

271/7 Der Vorstand.

Buggenhagen

Montzplatz, im Hofe des Palais täglich

Albert Böhme

und das großartige März-Programm.

Eintritt 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.

Eintritt 50 Pf. Sonntag. resorv. 1 M.

Eintritt 50 Pf. Familienbill. a 40 Pf.

Im unteren Konzertsaal täglich die allerersten Militärkapellen: Beyer, Przemarski, Götzsch, Neumann, Offenbach, Völlrich.

Hustentropfen

überrauschend schnell und sicher.

Nur echt, wenn mit Marke Reichels verpackt.

Flasche 30 Pf.

In den meisten Drogerien, und bei Otto Reichel, Berlin 40, Eisenbahnstr. 4

Westmanns Trauermagazin

Eckhaus Kolonnen Mohrenstraße 37a,

a. d. Jerusalemstraße.

Bitte genau zu beachten!

Gr. Frankfurter Str. 115.

2. Haus an der Andreestr.

Ausführung und Preise konkurrenzlos!

Bei Einkauf von 20,- an gratis Trauerhut!

Konsumverein Charlottenburg und Umgegend.

Donnerstag, den 26. März, abends 8 Uhr:

General-Versammlung

im Volkshaus, Rosinenstraße Nr. 3.

Tages-Ordnung:

1. Halbjahresbericht pro 1. Juli bis 31. Dezember 1907. 2. Wahl der Verwaltungsmittelglieder. 3. Anträge.

Letztere müssen nach § 29 des Statutes drei Tage vorher in Händen der Verwaltung sein.

Einem zahlreichen Erscheinen, besonders der Frauen, steht entgegen.

Der Aufsichtsrat. H. Schönborn.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Die Bibliothek wird am 25. März wegen Inventur geschlossen. Bis zum 25. März müssen alle Bücher abgeliefert werden.

Neue Bücher werden vom 16. März ab bis zur Beendigung der Inventur nicht mehr abgegeben.

Achtung! Bautischler u. Einsetzer. Achtung!

Donnerstag, den 19. März, abends 8 1/2 Uhr,

bei Boeker, Weberstr. 17:

Vertrauensmänner-Versammlung

für Berlin und Umgegend.

Tages-Ordnung:

1. Die Arbeitslosigkeit in unserem Beruf. 2. Diskussion. 3. Bericht der Branchenkommission und Tarifberatungskommission. 4. Verschiedenes.

Die Vertreter der Vororte werden ersucht, an dieser Versammlung teilzunehmen.

Mitgliedsbuch und Vertrauensmännerkarte legitimiert.

Karl Reiche. Reinhold Lanke.

Abgerissen

u. unmodern an Garderobe brauchen Sie bei unseren Preisen nicht zu gehen. Wir empfehlen getragene

Monatsgarderobe

in feinsten Werkstätten gearbeitet, von Herrschaften, Doktoren, Kavaliern nur Wochen gebraucht

Monats-Anzüge 7, 10, 14, 18 M.
Monats-Paletots 5, 8, 12, 16 M.

J. Wand Hauptgeschäft: Große Frankfurter Str. 116
2. Geschäft: Chausseestr. 89
3. Geschäft: Chausseestr. 86

M. Krügers Speise-Leinöl

Ist das Beste, täglich frisch und garantiert rein. — Hausfrauen! Wenn Sie wirklich schmackhaftes, fettes und reines Speise-Leinöl genießen wollen, dann achten Sie bei Einkauf stets auf das Flaschen-Etikett

„Spreewälderin in Nationaltracht“ und fordern ausdrücklich

M. Krügers Speise-Leinöl. Dasselbe ist in besseren Kolonialwaren- und Vorkostgeschäften zu haben. Sollten Sie bei Ihrem Kaufmann, bei dem Sie Ihre Einkäufe zu machen pflegen, M. Krügers Speise-Leinöl „Marke Spreewälderin“ nicht erhalten können, so bekommen Sie dasselbe in den Geschäften nebenan oder gegenüber hier.

Engros-Lager Berlin SO., Skalitzer Straße 105.

Singer Nähmaschinen.

Einfache Handhabung! 15022* Große Haltbarkeit! Hohe Arbeitsleistung!

Weltausstellung Paris 1900: Grand Prix Weltausstellung St. Louis 1904.

Unentgeltlicher Unterricht, auch in moderner Nähmaschinen.

Elektromotore für Nähmaschinenbetrieb.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges. Berlin W., Leipzigerstr. 92. Filialen in allen Stadtteilen.

Vorsichtig

wollen Sie sein beim Einkauf von Weichen-Seifenpulver „Goldperle“ mit den hübschen Beilagen in jedem Paket. Achten Sie genau auf den Namen „Goldperle“ und die Schutzmarke Raminifer.

Fabrikant: Karl Gentner, Göttingen.

Sozialdemokrat. Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis (Strafauer Viertel.) (Bezirk Nr. 339.)

Den Mitgliedern zur Nachsicht, daß unser Genosse, der Vater

Albert Hirsch

Koppenstraße 65, gefordert ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 19. März, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Kranfendhauses am Friedrichshain aus nach dem Andreas-Nichthof in Wilhelmshagen statt.

Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Betriebsrat Berlin.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachsicht, daß unser Mitglied, der Klempner

Heinrich Sieger

am 15. d. M. an Lungenleiden gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 19. März, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Zentralfriedhofes in Friedrichshagen aus statt.

Rege Beteiligung erwartet Die Ortsverwaltung.

Dienstag, den 17. März, früh 3 Uhr, verschied nach langem schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater und Schwiegervater, der Großdehler

Fritz Schulz

im 49. Lebensjahre.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Marie Schulz geb. George.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 21. März, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerbaue Beuststraße 21 aus nach dem Charité-Nichthof, Müllerstr. 42/43, statt.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Spargaben bei der Beerdigung meines lieben Mannes Adolf Böttcher sage ich allen, sowie dem Holzarbeiterverband und dem Gesangsverein „Norddeutsche Schiffe“ meinen herzlichsten Dank.

7506 Witwe Elisabeth Böttcher.

Dankfagung.

Sage allen Verwandten, Freunden und Bekannten für die herzliche Teilnahme und die vielen Spargaben bei der Beerdigung meines lieben Mannes meinen herzlichsten Dank.

7536 Augusta Reibnitz nebst Kindern.

Die billigsten

1, 2 und 3 Stuben-Bohnungen mit Bad, Balkon und Zubehör

Nähe Bahnhof

Schönhauser Allee

Halmser Straße 26 und Ueckermünderstraße 4.

Ich liefere auf Credit an Jedermann

Möbel

Polsterwaren
Compl. Wohnungs- und Kücheneinrichtungen
Betten, Steppdecken
Teppiche
Gardinen, Portieren
Bilder, Uhren
Gas- und Petroleum-Kronen
Sport- und Kinderwagen ev.

ohne Anzahlung bei kleinster Abzahlung

Möbel- u. Waren-Credit-Haus

S. DORN

Alte Schönhauserstr. 3 am Tor.

Partei-Angelegenheiten.

Achtung! Schifferversammlung!

Am Sonntag, den 22. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, findet bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75, eine öffentliche Schifferversammlung statt...

Zur Lokalliste. Am Sonnabend, den 21. d. M., veranstaltet der Verein der Rutscher, gegr. 1876, in den Räumen der „Pillharmonie“...

Dritter Wahlkreis. Sonntag, den 22. März, abends 6 Uhr, findet in den Armiahallen, Kommandantenstr. 58/59, eine Versammlung mit Frauen statt...

Sechster Wahlkreis. Am Freitag, den 20. März, findet ein Vortragsabend des Herrn Direktors Ardenhold in der Brauerei Orterjan, Schönhauser Allee 130 statt...

Rixdorf. Achtung! In unserer letzten Theatervorstellung im Monat März, die am Sonntag, den 22. präzis 7 1/2 Uhr nachmittags im Rixdorfer Theater, Vergr. 147, stattfindet...

Spandau. Heute, Donnerstag, findet der 7. Theaterabend im Stadttheater statt. Zur Aufführung gelangt: „Winterschlaf“.

Alt-Hilf. Am Sonntag, den 22. März, nachmittags 3 Uhr, findet im Lokal von H. Bohn eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen statt...

Trebbin. Am Sonnabend, den 21. März, abends 8 Uhr, bei Wolf Wahlvereinsversammlung mit folgender Tagesordnung: Kaffe und Aufnahmen; Bericht der Verhandlungsversammlung...

Spandau. Am Sonntag, den 22. März, findet für die ganze Stadt eine Flugblattverbreitung statt. Die Genossen werden ersucht, sich um 7 Uhr früh zahlreich in den Bezirkslokale einzufinden...

Berliner Nachrichten.

Die Ergebnisse der Verkehrszählung des Statistischen Amtes der Stadt Berlin

Sind sehr bemerkenswert. Sie sind noch nicht abgeschlossen, geben aber doch bereits ein Bild, das zur Beurteilung der Verkehrsverhältnisse von Bedeutung ist. In der Zeit von früh 6 Uhr bis abends 10 Uhr wurden in der Leipziger Straße am Donnerstag, den 12. Dezember v. J., bei trockenem Wetter 16248 Wagen, Omnibusse, Automobile, Straßenbahnen und Zweiräder gezählt...

Aus der städtischen Schuldeputation.

In der gestrigen Sitzung der städtischen Schuldeputation wurde mitgeteilt, daß nach vorangegangenen kommissarischen Verhandlungen zwischen der Regierung und dem Magistrat eine neue Dienstverteilung für die städtische Schulaufsicht in Berlin erlassen worden ist...

Ferner beschloß die Schuldeputation mit der Feuerficherheit in den Berliner Schulen. Die städtischen Rektoren werden angewiesen, die vorgezeichneten „Feueralarmproben“ regelmäßig zu machen und der Schuldeputation mitzuteilen...

Unfälle beim Turnen der Schulkinder sollten nicht ohne weiteres den Lehrpersonen zur Last gelegt werden, die den Turnunterricht leiten. Selbst bei gewissenhaftester Aufsicht wird es nie ganz zu vermeiden sein, daß solche Unfälle vorkommen...

Aus der 127. Mädchen-Gemeinschaft (Kantstr. 8) wird uns ein Unfall einer zehnjährigen Schülerin Charlotte G. bekannt, bei dem die Turnlehrerin es unterlassen hat, sofort für ärztliche Hilfe zu sorgen...

Die Lehrerin hat der Mutter gesagt, Charlotte sei ungeschickig gewesen, sie habe überhaupt nicht abpringen dürfen. Demgegenüber meint die Mutter, daß einem so gefährlichen „Ungeheuer“ durch schärfere Aufsicht vorgebeugt werden könne...

Aus Kreisen städtischer Arbeiter wird und geschrieben: „Ganz eigenartige Anschauungen über Koalitionsrecht und dessen Lenkung durch die städtischen Arbeiter herrschen immer noch in den Köpfen einzelner städtischer Verwaltungsbeamten.“

Unserer Meinung nach sind eher die Maßnahmen des Herrn Gäßner geeignet, aufzuzucken zu wirken. Aufzucken wirkt aber jedenfalls eine Verordnung dieses Herrn, die eine Versammlung der Freigangarbeiter beschloß. Dieser bestand für diese Arbeiter die zehnstündige Arbeitszeit...

Bericht beim Einkauf von Eiern. Wie von amtlicher Seite mitgeteilt wird, werden zurzeit durch Hausierer, namentlich in den Vororten, Eier vertrieben, die angeblich aus Kälber, reifer Geseierhäusern herrühren. Die Hausierer wissen sich dadurch einen guten Absatz zu verschaffen...

Ein Baumstamm ereignete sich gestern morgen um 7/8 Uhr in der Neuen Friedrichstraße, Ecke Schilderstraße. Dort stürzte ein Arbeiter von der Eisengießerei Orest u. Co. aus der Höhe des fünften Stockes auf den Hof hinab...

bürger Straße überfahren, als ein Straßenbahnzug der Linie 88 herannah. Köhlin geriet gegen die Vorderplattform des Motorwaggon, wurde niedergedrückt und fiel so unglücklich zu Boden...

Mutter und Kind verunglückt. Ein aufregender Unglücksfall hat sich gestern morgen in der Potsdamer Straße zugetragen. Die Ehefrau Margarete Schuler aus der Müllerstraße 133 war mit ihrem einjährigen Töchterchen in einem Straßenbahnwagen nach dem Besten Berlins gefahren...

Aus der Haft entlassen ist der wegen Verdachts des Stillschleppersverbrechens verhaftete Arbeiter Friedrich Kämpfert aus der Kantstraße. Er teilt uns mit, daß er sich seiner gesetzwidrigen Handlung bewußt sei.

Ein Opfer der Arbeitslosigkeit. Mit Chankali hat sich gestern der 67 Jahre alte Tischler Josef Müller aus der Reuterstraße 12 vergiftet. Der alte Mann war schon lange Zeit hindurch beschäftigungslos gewesen...

In der gestrigen Versammlung in der Lebensquelle ist ein Beutel ohne Schloß, für 7 M. Marken, S. S. D. gezeichnet, und drei Mark bar Geld enthaltend, verloren gegangen.

Auf dem Stiftungsfest des Wahlvereins des 6. Wahlkreises ist eine Brieftasche, enthaltend ein Mitgliedsbuch des Metallarbeiterverbandes, Wahlvereinsbuch, Willetts vom Stiftungsfest, Quittungen usw. verloren gegangen.

Vermisst wird seit Sonntag die 16jährige Elise Gerhardt. Besondere Merkmale: blondes Haar, starke schwarze Augenbrauen, Größe 1,65 Meter; Figur schlank, kräftig...

Das Bundesrats-Miser von der Ledebowstraße bis 50 Meter nördlich von ihr wird befaßt Asphaltierung vom 18. d. Mts. ab bis auf weiteres für Fußwege und Reiter gesperrt.

Arbeiter-Sängerbund Berlin und Umgegend. In der Ausschussung am 15. März wurde zunächst der Gesangverein „Vorwärts“ Nichtenberg in den Bund aufgenommen. Hierbei wurde dem Bundesvorstand aufgegeben, eine Besprechung der am Orte befindlichen Bundesvereine herbeizuführen...

Das Berliner Aquarium hat dieser Tage seine Reptilien-sammlung um mehrere Arten bereichert. In erster Linie kamen diese Erwerbungen der Abteilung der Riesenschlangen oder Stummelschlangen zugute.

Der Zoologische Garten hat in diesen Tagen ein Grotto Gebra erworben, das frisch aus seiner abessinischen Heimat eingeführt ist und gegenwärtig das wertvollste Stück des Einfuhrbestandes darstellt. Diese sehr stattliche Zebraform weicht in ihrer Zeichnungsebene sehr erheblich von den anderen Arten ab.

Streifen stehen sehr dicht und sind deshalb schmal und zahlreich. Ein breiter, schwarzer Rückenstreif unterbricht sie oberseits, während sie unten durch das breite Weiß der Bauchseite begrenzt sind. In seiner Figur erinnert dieses Hebra mehr an den Esel als an das Pferd, namentlich sind die großen Ohren auffallend.

Feuerwehrbericht. Seit dem 10. Februar d. J. hat die Berliner Wehr 40 große Dachstuhlbrände und ebensoviel Bodenbrände, die auf Brandstiftungen zurückzuführen sind, zu löschen gehabt. Der Schaden, der durch diese Brandstiftungen verursacht worden ist, wird auf 500000 M. veranschlagt, wobei die Kosten, die der Feuerwehr durch die Löschung entstanden sind, außer Anrechnung geblieben sind. Der Schaden, der durch die Brandstiftungen in der letzten Zeit in den Vororten entstanden ist, dürfte nicht viel geringer sein, eher noch größer, weil der Wasserschaden bei den Bränden in den Vororten erheblich größer gewesen ist. Unzweifelhaft festgestellt ist jetzt, daß in mehreren Fällen der Brandstifter über die Dächer in die Hausböden eingestiegen ist. Die Fußspuren auf den Lauffreier, die von einem Schornstein zum anderen über die Dächer führen, konnten genau verfolgt werden. Es konnte ferner festgestellt werden, daß die Bodenräume fest verschlossen waren und der Brandstifter die Latten mit Gewalt aufgedrückt hatte, um zu den Bodenräumen zu gelangen, wo dann Tapetenreste, Lumpen, Betten, Kleider, Holzwohle usw. angezündet worden waren. Die bisher fixierten Personen mußten sämtlich wieder entlassen werden.

Vorort-Nachrichten.

Zur Gemeindevahlbewegung.

Gemeindevahlen finden am heutigen Tage statt in Grünau nachmittags von 5—8 Uhr, in Wannsee nachmittags von 5—7 Uhr, in Weissensee nachmittags von 4—8 Uhr, in Königs-Wusterhausen vormittags 9^{1/2}, bis 1 Uhr und nachmittags von 3—6 Uhr, in Rosenthal-Nordend nachmittags von 3—7 Uhr, in Staaken nachmittags von 4—7 Uhr.

Weissensee.

Heute nachmittags von 4—8 Uhr finden die Gemeindevorwahlen statt. Es wählt der 1. Bezirk im Brauereiaussschuß Anders, Königs-Chaussee 6/8, und der 3. Bezirk im Lokale von Badhaus, Ufermarkstr. 6/7. Die Berliner Genossen wollen ihre Weissenseer Kollegen ganz besonders auf diese Wahl aufmerksam machen. Unsere Kandidaten müssen mit einem imposanten Stimmenzuwachs als Sieger aus der Wahl hervorgehen.

Königs-Wusterhausen.

Die Gemeindevahl für die dritte Klasse findet heute, vormittags von 9^{1/2}—1 Uhr und nachmittags von 3—6 Uhr, statt. Kandidat der Sozialdemokratie ist Genosse Franz Kaiser. Die Partei- und Gewerkschaftsgruppen werden ersucht, so früh als möglich zur Wahl zu erscheinen, um an den Wahlarbeiten teilzunehmen.

Herzfelde.

Die Wahl zur Gemeindevorwahlen findet für die 3. Klasse Dienstag, den 24. März, nachmittags von 3 bis 6 Uhr, im Lokale des Herrn Carl Bulprecht statt. Unser Kandidat ist der Gen. Schuhmachermeister Karl Schröder. Wir erwarten, daß alle Partei- sowie Gewerkschaftsmitglieder an der Wahl teilnehmen. Sonntag, den 22. März, nachmittags 5 Uhr, findet die Wahlvereinsversammlung im Lokale des Herrn Otto Schular statt. Das Erscheinen der Mitglieder ist dringend notwendig.

Löwendorf bei Trebbin.

Die Gemeindevahl ist am Sonnabend, den 21. März, festgesetzt. Die dritte Klasse wählt abends von 8—7 Uhr und die zweite von 7—7^{1/2} Uhr. Für die dritte Klasse kandidiert wiederum der Genosse Milius, der bereits 12 Jahre als Gemeindevorwähler gewirkt hat. Für die zweite Klasse ist Genosse Bergemann aufgestellt. Es werden nun die Genossen ersucht, auch den letzten Wahlberechtigten aufzufordern, für unseren Kandidaten einzutreten.

Wahlergebnisse.

Marienfelde. Bei der Gemeindevahl siegte der bürgerliche Kandidat mit 168 Stimmen über unseren Genossen Greulich, auf den 106 Stimmen entfielen. Die Gegner haben es sich bei dieser Wahl etwas kosten lassen. Alles, was noch nicht gewählt hatte, wurde mit dem Automobil herangeholt. Der schwarze Agent, wie ihn Genosse Jubel in der öffentlichen Wählerversammlung nannte, hat sein gut Teil zum Siege des bürgerlichen Kandidaten Kroppe beigetragen. Die Gutstagelöhner wurden von ihren Vorgesetzten zum Wahlzettel geführt. Ebenso erging es den Bahnarbeitern. Leider hat auch eine Anzahl Arbeiter ihr Wahlrecht nicht ausgeübt, sonst hätte uns das Mandat erhalten werden können. In der zweiten Klasse wurde der Rentier Heidemann und in der ersten der Fabrikant Schulz wiedergewählt.

Adlershof. Bei der gestrigen Gemeindevorwahlenwahl wurde unser Genosse Ernst Laube mit 645 gegen 85 Stimmen, die auf den bürgerlichen Gegenkandidaten fielen, gewählt.

In Wilhelmshagen an der Nordbahn siegte Genosse Bratvogel mit 160 Stimmen. Die beiden bürgerlichen Kandidaten Worr und Schneider erhielten 90 beziehungsweise 69 Stimmen.

In Nöngental (Bez. Varnau) wurde bei der Gemeindevahl der dritten Abteilung der Genosse Franz Schulz mit 60 Stimmen gewählt. Die Gegner vereinigten 50 Stimmen auf ihren Kandidaten.

Caputh b. Potsdam. Bei der gestrigen Gemeindevorwahlenwahl wurden die Genossen Wilhelm Moriz und Wilhelm Dalchow in der dritten Abteilung mit 49 gegen 25 bürgerliche Stimmen gewählt. In der zweiten Abteilung siegte der Bürgerliche mit 24 gegen unseren Genossen Wolf, der 19 Stimmen erhielt. Auch diese Klasse ist reich für die Sozialdemokratie. Trotz der ungünstigen Wahlzeit ein schöner Sieg der Sozialdemokratie.

Drewitz. Bei der Gemeindevahl erhielt unser Genosse Sieke 37 Stimmen, der bürgerliche Kandidat Herzprung 26 und der frühere Gemeindevorwähler Rabe 20 Stimmen. Am morgigen Freitag, den 20. März, abends von 7—8 Uhr, findet Stichwahl zwischen unserem Genossen Sieke und Herzprung im Wilsbuden Lokal statt. Pflicht aller Genossen ist es, zu erscheinen, damit auch hier endlich ein Vertreter ins Ortsparlament gewählt wird.

Rigdorf.

Stadtverordneten-Versammlung. In Verbindung mit dem Haushaltetat fanden sechs Ersahwahlen zum Magistrat und außerdem eine größere besondere Tagesordnung ihre Erledigung. Zu wählen waren 1 besoldeter und 5 unbesoldete Stadträte. Für den ersten waren zwei Wahlgänge nötig. Bei der Stichwahl siegte Magistratskassessor Dr. Mann-Charlottenburg mit 27 Stimmen; Magistratskassessor Dr. Theodor Berlin blieb mit 23 Stimmen in der Minorität. Die durch Ablauf ihrer Amtsperiode auscheidenden Stadträte Fischer, Rehe, Thiemann, Biogra wurden wiedergewählt. Bei der Ersatzwahl für den vor längerer Zeit zurückgetretenen Stadtrat Mier sen. wurden neben 3 zerplitterten 85 Stimmen für Stadtr. Dr. Vogel und 10 für Stadtr. Dr. Silberstein (Soz.) abgegeben; ersterer ist also gewählt.

Die Änderungen der Satzungen für die städtische Sparkasse wurden genehmigt. Sie enthalten den Übergang zur täglichen

Verzinsung, Erhöhung der Einlagen in einem Buch auf 10000 M., Fortfall der Sparprämien usw.

Stütze und Kostenanschlag für den Neubau eines Schulhauses auf dem neuen Kieselgut Richardshof (26500 M.) finden die Zustimmung der Versammlung.

Die Regulierung der Saalestraße zwischen Zeißer- und Eiferstraße wird nach den Vorschlägen der Tiefbau-Deputation beschlossen.

Auf dem Hinterlande des Schulgrundstückes Thomasstraße soll ein neues Gebäude mit 20 Klassen, Zeichnenaal und Turnhalle errichtet werden, welches zum 1. April 1910 für die Benutzung fertig sein soll. Die Baukosten hierzu, welche pro Klasse auf 9000 M. und für die Turnhalle auf 42000 M. kommen, werden bewilligt. Auch dem Projekt für eine Gemeindeparkschule in der Rüllstr. 41/42 stimmt die Versammlung zu. Diese Schule erhält je 20 Klassen für Knaben und Mädchen, einen Zeichnenaal und eine Turnhalle. Letztere wird in den beiden unteren Etagen des Mittelbaues eingefügt, so daß sie von beiden Schulen ohne das Freie zu betreten erreichbar ist. Zur Durchführung des gleichen Grundplanes werden auch die Aborte in die einzelnen Geschosse eingebaut. Das ganze Gebäude umschließt L-förmig einen vorn liegenden 700 Quadratmeter großen Spielhof; der Haupthof liegt hinter der Schule und umfaßt 1900 Quadratmeter. Die Gesamtkosten sind auf 600000 Mark veranschlagt.

Im Einverständnis mit der zur Prüfung der Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit eingesetzten Kommission beantragt der Magistrat:

1. Eine Beihilfe von 1000 M. für den Verein gegen Verarmung;
2. 600 M. für den freiwilligen Erziehungsbeirat zur Speisung bedürftiger Schulkinder.

Es folgt die Wahl von 5 Mitgliedern für die Schuldeputation. Unter Ablehnung der von den Sozialdemokraten vorgeschlagenen Stadtr. Ragels und Thurov wählt die Blockmehrheit den Vorsteher Sander und die Stadtr. Besh, Gröpler, Noje, Kochlik. Damit hat die Rigdorfer Stadtverordnetenversammlung die realistischen Männer, die sie in ihrer Mitte hat, in die Schuldeputation gesandt — ja, selbst der bei einem Kandidaten notorische Mangel von Können in der deutschen Sprache hat nicht hindern gewirkt.

Der vom Magistrat vorgelegte Entwurf einer allgemeinen Arbeitsordnung für die städtischen Arbeiter wird en bloc angenommen.

In geheimer Sitzung beschließt die Versammlung nach langer, lebhafter Debatte den Ankauf des Grundstücks Woddinstr. 34—41 zum Zwecke der Erbauung einer Realschule.

Weissensee.

Nach dem Tätigkeitsbericht des Kaufmannsgerichts für das Jahr 1907 wurden 28 Klagen erhoben, von denen eine am Jahreschlusse unerledigt blieb. Es fanden 6 Termine ohne Zuziehung und 11 Termine mit Zuziehung der Weisiger statt. 27 Klagen wurden von Handlungsgeschäften gegen Kaufleute erhoben, eine Klage von einer Firma gegen eine Handlungsgeschäftin. Erledigt wurden durch Vergleich 11 Klagen, durch Zurücknahme 4, durch Beschluß der Anzuständigkeit 1, durch Ruhenlassen 2, durch Endurteil 8. Unerledigt ist nächste Jahr übernommen wurde 1 Klage. In der Zeit von weniger als 1 Woche erledigt wurden 7 Klagen, 1—2 Wochen 10, 2 Wochen bis 1 Monat 6, 1—3 Monaten 4 Klagen. Das Streitobjekt betrug bis 20 M. bei 2 Klagen, mehr als 20 bis 50 M. bei 4, 50—100 M. bei 5, 100—300 M. bei 10, mehr als 300 M. bei 6 Klagen. Die geringste Klagesumme betrug 9 M., die höchste 2000 M. Als Einigungsamt trat das Kaufmannsgericht nicht in Tätigkeit. Ein Antrag, betreffend Errichtung eines Reichs-Kaufmannsgerichts, wurde an die gesetzgebenden Körperschaften gerichtet. Ferner wurde ein Antrag an die hiesige Polizeibehörde gestellt, welcher die Abschaffung der in den §§ 130d und 130e der Reichsgewerbeordnung vorgesehenen Ausnahmelage bezweckt.

Potsdam.

Die Ueberschwemmung der Rutehewiesen tritt in diesem Frühjahr infolge der zahlreichen Niederschläge besonders stark hervor. Das schmale Bett der Rute führt so gewaltige Wassermassen mit sich, daß der Abfluß sich bei der engen Brückenöffnung staut und die umliegenden Wiesen in ein riesiges Seebecken verwandelt. Es ist fraglich, ob bei dem jetzigen Hochwasserstande vor Eintritt wärmerer Jahreszeit das weite Strecken beherrschende Inundationsgebiet wieder wasserfrei wird. Schon aus Gesundheitsrücksichten wäre die Rekolonisation der Rutehewiesen sehr wünschenswert, da sich im Sommer auf dem Ueberschwemmungsgebiet Tümpel und Sümpfe bilden, die durch ihre Ausdünstung leicht zu Herden von Epidemien werden können.

Eine Masern- und Scharlachepidemie ist in der hiesigen Eisenhart-Mädchenschule zum Ausbruch gekommen. Auf Anordnung des Kreisarztes wurden gestern die beiden sechsten Klassen der Mädchenschule geschlossen. Nicht weniger als 50 Schülerinnen sind von der tödlichen Krankheit mitgenommen. Da auch in der Familie des Direktors Gintler die Masern ausgebrochen sind, wurde die Direktionskanzlei geschlossen, um jeden Verkehr der Schülertinnen und jede Ansteckungsgefahr zu verhindern.

Gerichts-Zeitung.

Das „Sebbel-Theater“ vor dem Gewerbegericht.

Vor dem Berliner Gewerbegericht wurde eine Massenklage verhandelt, die sechzehn frühere Orchestermitglieder gegen das „Theater in der Königgräberstraße“ — unter welcher Bezeichnung das „Sebbel-Theater“ in den Gerichtsdakten figuriert — anhängig gemacht haben. Es handelt sich darum, ob die Orchestermitglieder berechtigt sind — sich in ihrer freien Zeit durch Mitwirkung an anderen Konzertveranstaltungen einen Nebenverdienst zu verschaffen. Direktor Robert, der das verklagte Theater persönlich vertritt, verneinte dies und verweigerte den 16 Musikern, die er vom Zentraltheater durch Vermittelung des Direktors Ferenczy übernommen hatte, die Entlohnung, als er in Erfahrung brachte, daß diese beim Wohltätigkeitsfest des „Vereins Berliner Journalisten“ mitgewirkt hätten. Die Kläger hingegen machen geltend, daß das „Zentraltheater“ zu jenen Bühnen gehörte, die ihre Orchestermitglieder sehr gering besoldeten, und daß ihnen Direktor Ferenczy mit Rücksicht darauf ein für alle Male erlaubte, in der freien Zeit zur Erhöhung ihres Einkommens wo anders zu spielen. Da nun Direktor Robert die Rechte und Pflichten der Verträge mit Ferenczy übernommen habe, so sei diese Zusage auch für ihn bindend. Außerdem behaupteten die Kläger, daß es in Deutschland üblich sei, daß sich die Orchestermitglieder durch Spielen einen Nebenverdienst verschaffen. So führte einer der Kläger an, daß er jetzt Orchestermitglied des Berliner Theaters sei und mit Wissen der Direktion noch bei einem anderen Unternehmen mitwirke. Als Gutachter schlugen die Kläger Herrn Direktor Ferenczy und den „Deutschen Musiker-Verband“ vor. Direktor Robert berief sich seinerseits auf das Gutachten der „Deutschen Bühnen-Gesellschaft“ und wollte die Begünstigungen auch darauf ausgedehnt wissen, ob die Orchestermitglieder nicht dem Verlangen des Direktors, den Ort der Nebenbeschäftigung und die Höhe des Nebenverdienstes anzugeben, nachkommen müßten. Direktor R. behauptet nämlich, daß die Kläger zum mindesten verpflichtet waren, ihn von der Mitwirkung bei dem betreffenden Fest und von der Höhe des Verdienstes in Kenntnis zu setzen. — Die 6. Kammer des Gewerbegerichts beschloß nach längerer Beratung, von beiden vorgeschlagenen Korporationen und auch von Direktor Ferenczy ausführliche Gutachten einzuziehen, und die Entscheidung bis zu deren Einlaufen auszusetzen.

Ein Nachtwächter als — Handlungsgeschäft.

Den seltenen Fall, daß jemand den Beruf eines Nachtwächters und Handlungsgeschäftens zu gleicher Zeit ausüben vermag, ton-

statierte gestern die 6. Kammer des Kaufmannsgerichts. Eine Elektrizitätsgesellschaft hatte einen Mann als Nachtwächter angestellt, der aber außer der ihm obliegenden Arbeit, die Geschäftsbureau und Fabrikräume zu bewachen, auch mit buchhalterischen Arbeiten des Nachts beschäftigt wurde. Als er nun infolge Differenzen zur Klage kam und der Nachtwächter den Nachtsfreier beim Kaufmannsgericht anhängig machte, erhob die beklagte Firma den Einwand der sachlichen Anzuständigkeit. Wenn der Kläger auch — so führte die Firma aus — Konten addiert und Rechenbilanzen aufgestellt habe, so bleibe ein Nachtwächter doch immer Nachtwächter und somit gewerblicher Angestellter. Da für die Beurteilung der Zuständigkeit ausschlaggebend sei, welche Tätigkeit überwogen habe, die kaufmännische oder die gewerbliche, so sei hier zu berücksichtigen, daß die Nachtwächtertätigkeit durch die buchhalterischen Arbeiten überhaupt nicht unterbrochen wurde. Denn der Kläger durfte selbstverständlich auch während seiner nächtlichen Tätigkeit im Kontor die Nachtwache keinen Moment aus den Augen verlieren. Er hatte doch stets sein Hauptaugenmerk auf etwaige Einbruchversuche zu richten, während die buchhalterische Arbeit mehr den Zweck erfüllen sollte, ihn wachzuhalten.

Das Kaufmannsgericht schloß sich den Ausführungen der Beklagten nicht an, hielt sich vielmehr zur Entscheidung dieses Rechtsstreits für zuständig, indem es den Kläger als Handlungsgeschäftigen ansah. Wenn der Kläger auch den Dienst eines Nachtwächters versehen habe, so sei doch die körperliche Betätigung, die sich in dem Ableuchten der Bodenräume, Kontrollieren der Höfe usw. äußere, minimal im Verhältnis zu der mit kleinen Unterbrechungen die ganze Nacht andauernden buchhalterischen Tätigkeit des Klägers. Der Beklagten lag auch zweifellos daran, die Nachtwache einem kaufmännisch geschulten Manne zu übertragen.

Brandstifter in einer Laubenkolonie.

Zwei Brandstifter, die aus Ruttwille das Besitztum einer Laubenvilla in Brand gesteckt hatten, mahnten sich gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts I verantworten. Aus der Untersuchungshaft wurden die Gelegenheitsarbeiter Otto Kefeling und Fritz Gilleret vorgeführt, um sich wegen gemeinschaftlichen Verbüchens gegen den § 308 St.-G.-B. zu verantworten. — In der an der Eßlinger Straße liegenden Laubenkolonie „Böhlow“ hatte sich der Arbeiter K. eine kleine Laube errichtet. Das Material hierzu hatte er sich mit einigen Ersparnissen gekauft und mit vieler Mühe im Laufe von zwei Jahren zusammengebracht. Als dann endlich diese „Villa des kleinen Mannes“ fertiggestellt war, herrschte große Freude in der Familie des M., der die Laube während der Sommermonate täglich benutzte. — Im Dezember und Januar d. J. wurden in dieser Laubenkolonie fortgesetzt Diebstähle verübt. Einer der Laubenbesitzer, der Malermeister Kurth, legte sich zwecks Ermittlung der Täter in der Nacht zum 19. Januar auf die Lauer. Gegen zwei Uhr nachts vernahm er plötzlich in der Nähe ein knirschendes Geräusch und bald darauf bemerkte er auch einen Feuerchein, der von der Laube des Arbeiters M. herkam. Kurth schlich mit vorgehaltenem Revolver langsam vor und entdeckte zwei Männer, die wie ein paar Rinder in die hellen Flammen starrten, die an der Laube emporzüngelten. Vor der Laube war ein großer Haufen Stroh und Papier aufgeschichtet und angezündet worden. Die beiden Brandstifter unternehmen gar nicht erst einen Fluchtversuch, da sie die Rührung des Revolvers drohend auf sich gerichtet sahen. Auf der Polizeiwache entpuppten sich die beiden Brandstifter als die mehrfach vorbestraften Angeklagten Kefeling und Gilleret. Ersterer ist nicht weniger als 83 mal wegen Diebstahls, Landstreichens und Arbeitslosen vorbestraft und hat auch schon längere Zeit im Arbeitshause zugebracht. Die Laube brannte bis auf den Erdboden nieder, da die Feuerwehr wegen des aufgeweichten Weges nicht bis an die Brandstätte heranfahren konnte. Die beiden Angeklagten hatten sich in einem Lokal in der Danziger Straße getroffen und wollten, da sie beide obdachlos waren, in der Laubenkolonie nächtigen. Als es ihnen nicht gelang, das an der R.schen Laube befindliche Vorhängeschloß zu öffnen, legten sie das Bauwerk in Brand. — Vor Gericht waren beide Angeklagte geständig. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage nach vorläufiger Brandstiftung unter Jubilation mildernden Umstände. Das Urteil lautete gegen Kefeling auf 1 Jahr und 3 Monate, gegen Gilleret auf 9 Monate Gefängnis.

Wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz.

Ist am 2. Dezember v. J. vom Landgericht III in Berlin der Schlächtermeister Karl Besse in Lichtenberg zu Gefängnis verurteilt worden. Am 3. Juni v. J. untersuchte der Fleischbeschauer B. die im Laden des Angeklagten ausgelegten Waren und fand, daß zwei Schinken sowie Wurst- und Fleischreste in Künlis übergegangen waren. Diese Reste lagen auf einem Block und in einer Mulde, die auf dem Fußboden stand. In seiner Revision bestritt der Angeklagte, diese Waren feilgehalten zu haben. Der Rechtsanwalt war der Ansicht, daß ein Feilhalten auch dann angenommen werden könne, wenn die Waren auf dem Block oder in der Mulde liegen. Er beantragte aber doch die Aufhebung des Urteils, da nicht ausreichend festgestellt sei, daß sich der Angeklagte der Gesundheitsgefährdung der feilgehaltenen Nahrungsmittel bewußt gewesen sei. — Das Reichsgericht hob am Dienstag das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück.

„Der Sittenschutzmänn an der Arbeit.“

Der Redakteur Karl Schmidt war wegen zwei Artikel in der „Zeit am Montag“, „Der Sittenschutzmänn an der Arbeit“ und „Berlin unter Sittenskontrolle“, bekanntlich am 20. Oktober von der Berliner Strafkammer zu der hohen Strafe von drei Monaten verurteilt. Das Reichsgericht verwarf am Dienstag die vom Angeklagten eingelegte Revision.

Kanalisationsgebühren dinglich?

Für Berliner Grundbesitzer ist eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts von Interesse, nach welchem eine ordnungsmäßige Bestimmung, die die Kanalisationsgebühren als dingliche Lasten einführt, ungültig ist. Ein Eigentümer, der im Januar 1906 ein Berliner Grundstück erworben hatte, war im April 1906 vom Berliner Magistrat zu Kanalisationsgebühren im Betrage von 1380 M. herangezogen worden. Der Eigentümer hielt sich zur Entrichtung der auf die Zeit seines Besitzvorgängers entfallenden Abgaben nicht für verpflichtet, wurde aber mit seiner auf Freistellung gerichteten Klage in erster Instanz abgewiesen. Der Bezirksausschuß nahm an, daß die Gebührenpflicht durch § 13 Abs. 2 Ver.-O. vom 20./22. März 1903 begründet sei, welcher wörtlich lautet: „Die Verpflichtung zur Zahlung der Gebühren ruht dinglich auf dem betr. Grundstücke dergestalt, daß auch jeder spätere Eigentümer für die Bezahlung mit dem Grundstücke haftet.“ Die hiergegen eingelegte Revision hat Erfolg gehabt. In der von den „M. für Rechtspl.“ mitgeteilten Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts heißt es u. a.: Gebühren sind persönliche Abgaben, welche für die Benutzung einer Gemeindefacilität zu entrichten sind; daher ist es ausgeschlossen, eine Gebührenpflicht zu begründen für eine Zeit, in welcher der in Anspruch genommene die Gemeindefacilität nicht benutzt hat. Die oben angeführte Bestimmung des Statutums macht aber die Abgabe zu einer „dinglichen“ in dem Sinne, daß jeder folgende Besitzer für die Gebühr auch solcher Zeitabschnitte persönlich pflichtig wird, während deren er eine Benutzung nicht vorgenommen hat. Das ist mit dem Begriff einer Benutzungsgeld unvereinbar.

Vermischtes.

Krankeitshalter geschäftlich verhindert. Nachstehenden köstlichen Briefwechsel zwischen Schule und Haus veröffentlicht das „Mannheimer Tageblatt“: „Sehr geehrter H. Lehrer! Ich entschuldige freundlichst meinen Sohn Max. Derseibige ist krankheitshalber geschäftlich verhindert nicht in die Schule zu kommen. Mit Hochachtung u. v. M. M. M. M.“ — „Herrn B. ersuche ich um die genaue Angabe des Grundes, aus welchem Max die Schule

berühmt hat. Daß er krank war und deshalb im Geschäft helfen muß, ist doch nicht anzunehmen. A. R., Lehrer." — Gedruckt Herr Lehrer! Wenn Sie so was nicht begreifen, daß nicht doch ein Minder, daß meine Frau krank war und mein Sohn Max deshalb ins Geschäft helfen mußte. Denn im Bett liegen mit nasse Umschläge um den Kopf und Halsentzündung in die Füße nebst eine Wärmeflasche daran wegen Schüttelfrost, da kann der Mensch nicht hintern Adentisch stehen und Milch verkaufen und Butter zu billigen Preisen, und das hat mein Sohn Max getan. Aber Frühstücksmilch austragen in die Häuser, da ist die Vina gegangen, wo schon aus der Schule ist, und wenn Sie das nicht einsehen, da thun mich vor der Jugend leid, wo zu Ihnen in die Schule gehen, was sollen die wohl lernen? Es grüßt Ihnen mit Hochachtung A. R., Milchgeschäft, billiger wie jeder Konkurrent."

Verband der Preisergelassen Deutschlands. (Zweigverein Berlin und Vororte.) Heute abend 9 1/2 Uhr Rosenkranzstraße 11/12: Versammlung und Vortrag.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Ehrenkunds findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen. Fahrstuhl wochentags abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Gedruckt 7 Uhr Sonnabends beginnt die Ehrenkunds um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Werkzeug beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Ehrenkunds vor.

— P. R. 29. Sie müssen zahlen. — A. R. 32. Von der Riete kommt nichts, für jedes Kind 50 Mark in Abzug. Vergleiche den Artikel im "Vorwärts" vom 19. März. — B. S. 18. C. R. 26. S. R. 13. S. R. 31. Taus 7. R. R. S. G. Görlitz 46 und andere Steuerfragen: Was abziehbar ist usw. Ist in dem besonderen Artikel "Frage aus dem Einkommensteuergesetz" im "Vorwärts" vom 19. März dargelegt. — W. R. 58. Eine bestimmte Hebammentaxe gibt es nicht. Im Streitfall entscheidet das Gericht. Dieses hält sich im allgemeinen an die Sätze, die der Verein der Hebammen für Berlin und Umgegend für seine Mitglieder festgelegt hat. Danach ist für eine Entbindung 10-30 M., für einen Besuch vor oder nach der Entbindung je 1-2 M., für einen Nachbesuch 2 M., für eine Nachwache 5-8 M., für eine Tag- und Nachwache 8-10 M. zu zahlen. In Ihrem Falle wäre also für jeden Gang etwa 1 M. zu zahlen. — C. S. Oberschneide. Das ist leider kein Grund zum Fischen. Sie würden auch auf Beseitigung des Geräusches mit Aussicht auf Erfolg nicht klagen können, vielleicht hilft eine Eingabe an die Oberpostdirektion. — J. R. 89. Reiz. — S. S. 43. Leider wäre eine Beschwerde erfolglos. Mit einer Eingabe an das Kultusministerium könnten Sie es versuchen, aber auch diese würde schwerlich Erfolg haben. — H. R. 12. Nach

dem von Ihnen dargelegten sind Sie Preis und können von der preussischen Behörde einen Staatsangehörigkeitsausweis sich ausshändigen lassen. — A. R. 15. Hl. Bar. Wilmersdorfer, Kaiser-Wilhelm-Platz 17. — W. 100. 1. und 2. Reiz. — A. R. 22. Ein klagbares Recht gegen die Landesversicherungsanstalt steht Ihnen nicht zu. — W. 86. 1. Ja. 2. Die Aussicht wäre sehr gering. — Amerika. Die Zahl war, wie wir bereits festgestellt haben, nicht 16 000 sondern 1600. — A. R. 1000. Reiz. — B. 10. 1. Dem Eigentümer, also in der Regel dem Ehemann. 2. Ja. 3. Das Angeführte kann zu einer Geldstrafe ausreichen. 4. Dem unterliegenden, also dem für schuldig erklärten Teile werden die Kosten auferlegt. Sie können sich das Armenrecht bemitteln lassen. — R. S. G. Lassen, nicht gelassen ist richtig. — G. S. In der Regel wird der Strafsweg bei solcher Bestimmung gemeint. Die Entfernung müssen Sie selbst messen. — C. R. 5. Wenn der Schutzmann in berechtigter Ausübung seines Dienstes ist, so wäre die Hinausweisung nutzlos. — G. S. 102. Sie würden nur auf Beseitigung der Rührhände klagen können. — R. G. 26. Am zweckmäßigsten ist es, Sie lassen sich von dem Wert schriftlich geben, daß Sie am 1. April die Wohnung mit allen Sachen räumen können. Tut er es nicht, so klagen Sie. Nach dem von Ihnen Dargelegten steht Ihnen ein Anspruch auf Schadenersatz zu. — L. 33. Vom Eintritt in diese Klasse raten wir dringend ab. — W. W. 10. Ja. — W. Berlin 56. 1. Verjährung liegt noch nicht vor. Sie können Schadenersatz stellen. 2. Sie können sich direkt an die Staatsanwaltschaft des Landgerichts Berlin III (Berlin, Rathenower Straße) wenden. 3. Das ist nicht unmöglich. — G. D. 100. 1. Reiz. 2. Sie können bei der Versicherungsanstalt Revision beantragen lassen. — Schule 100. An die Schuldeputation. — Rosen. Auch wenn Ihre Kinder nicht mit austreten, haben Sie die Kirchensteuer, wenn Sie in diesem Jahre austreten, vom Schlusse des nächsten Jahres ab nicht mehr zu zahlen. Sie können für Ihre Kinder die Austrittserklärung abgeben, Ihre Frau muß die Erklärung für sich selbst abgeben. Der Austritt kostet pro Kopf 3 M. — H. S. 1. Das Kontor der Hochbahngesellschaft befindet sich Köthener Straße 12. — R. S. 77. 1. Ja, für den Fall der Pfändung würde Ihre Frau Interventionstage mit Aussicht auf Erfolg erheben können. 2. Auch jetzt könnte noch ein notarieller Vertrag zugunsten der Ehefrau geschlossen werden, er ist aber ungültig, soweit durch ihn schwebende ausgesetzte oder noch nicht ausgelegte Forderungen benachteiligt werden würden. Die Höhe der Kosten richtet sich nach der Höhe des Objekts. —

Künftiger Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Marktlage: Fleisch: Zufuhr schwach, Geschäft still, Preise unverändert. Wild: Zufuhr minimal, Geschäft still, Preise gut. Geflügel: Zufuhr knapp, Geschäft etwas reger, Preise hoch. Fische: Zufuhr mäßig, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr reichlich, Geschäft still, Preise gedrückt.

Witterungsübersicht vom 18. März 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in °C	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in °C
Schwetmbe	762	SD	4	halb bb.	1	Kabaranda	763	WNO	2	wolkenlos	-10
Hamburg	761	WNO	2	bedekt	1	Seiersburg	760	SW	1	bedekt	-3
Berlin	761	OSO	3	bedekt	2	Seilly	760	D	3	bedekt	6
Frankf. a. M.	758	WNO	1	halb bb.	1	Aberdeen	762	SW	1	bedekt	12
München	757	SW	1	bedekt	2	Paris	759	SW	1	bedekt	-1
Wien	759	OSO	3	Schnee	2						

Wetterprognose für Donnerstag, den 19. März 1908.
Kühl und veränderlich, vorwiegend trübe mit Schneefällen und zieml. frisch östlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 17. 3.		am 16. 3.	
	am	seit	am	seit
Remel, Müst	531 ⁹	+3	531 ⁹	+3
Bregel, Ostlerburg	350 ⁹	-24	350 ⁹	-24
Reichel, Thorn	518 ⁹	+18	518 ⁹	+18
Ober, Ratibor	202	-16	202	-16
Krosen	267	+6	267	+6
Frankfurt	252	0	252	0
Sardt, Schrimm	248	-4	248	-4
Landsberg	265	-6	265	-6
Rege, Nordamm	123	-4	123	-4
Eibe, Leitmeritz	78	-14	78	-14
Dresden	-17	-15	-17	-15
Bachy	311	-12	311	-12
Magdeburg	270	-8	270	-8

*) + bedeutet Hoch, — Fall, — *) Unterpegel — *) Eisstand.
*) Grunddeh. — *) Eisfrei.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“
Größte Hochseefischerei-Gesellschaft Deutschlands
Fil.: Berlin C. 2, Bahnhof-Börse, Bogen 8-10
Central-Fernsprecher Amt IIIa, 8804.

Wilmersdorferstr. 111, am Stuttgarter Platz, Tel. Charlottenbg. 6718.
Spandau, Breitestraße 54, am Markt, Tel. Spandau 748.
Tegel, Tresckowstraße 14, Eck Schlieperstr., Tel. Tegel 114.

Prinzenstraße 30 am Moritzplatz.
Schles. Bahnhof Bg. 8-9, Madaistr. b. d. Fruchtstr.
Invalidenstraße 131 vis à vis Stettiner Bahn.
Gr. Frankl.-Str. 85 bei der Marsiliusstraße

Potsdam-Str. 112a bei d. Lützowstr. Tel. A. VI 7190.
Wilsnackerstr. 57 bei d. Dreysestr. Tel. A. II 9039.

Seefisch-Kochbücher gratis!
Seefische sind nahrhaft, schmackhaft und bekömmlich!

Das Fehlen aller feinen Gräten ein besonderer Vorzug der Seefische!

Seefische brachte unser Dampfer „Schleswig“ von einer ergebnisreichen Fangreise heim. Der Hauptfang besteht aus wunderbarem blutfrischen Cabliau, Schellfisch und Seelachs! Schneiden Sie dieselben in Scheiben, salzen und panieren Sie dieselben mit Ei und geriebener Semmel, braten Sie sie mit Fett! Dazu Brat- oder Salzkartoffel, Kartoffelsalat! Kalt mit Remouladensauce! Feiner im Geschmack wie

Aus eigenem Fang empfehlen wir:
Riesenfetteringe St. 10-15 Pf.
Zu Heringssalat vorzüglich!
Geräucherte Riesenschellfische St. 15-20 Pf.

Kalbskotelette
Cabliau im ganzen Fisch, ohne Kopf p. Pfd.
im Anschnitt p. Pfd. 27 Pf.
Seelachs im ganzen Fisch, mit Kopf p. Pfd.
im Anschnitt p. Pfd. 30 Pf.
Gr. Schellfisch m. Kopf p. Pfd.
im Anschnitt p. Pfd. 35 Pf.

25 Pf.
28 Pf.

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE ALEXANDERPLATZ FRANKFURTER ALLEE 109-III

Donnerstag, Freitag, Sonnabend, soweit Vorrat!

Grosser Verkauf

Wirtschaftsartikel und Porzellan

Emaille

Elmer ca. 28 cm, grau und blau .. 65 70 Pf.
Eimer mit Deckel 1 05 1 75
Eimer mit Deckel und Messingbügel 2 85
Wannen oval 1 25 1 40 1 55 bis 3 50
Mülleimer mit Aufschrift u. Deckel, statt 2 65 2 25
Toilette-Eimer mit Rohrbügel 3 25
Toilette-Eimer 2 00 2 50 2 75
Wasserkessel m. Sack 55 65 90 Pf. bis 1 40
Wasserkessel für Gas 45 55 65 Pf. bis 1 10
Schmortöpfe 35 40 65 Pf. bis 1 15
Kasserollen 25 32 40 bis 80 Pf.
Schüsseln flach 20 30 35 bis 50 Pf.
Kaffeekannen ... 25 30 35 bis 60 Pf.
Consol für Sand, Seife, Soda 95 Pf.
Consol 1/2 Liter mit Muschelmasse 35 Pf.

Waschwannen

Waschwannen aus starkem Zink 7 80 9 50 11 25
Waschzuber aus starkem Zink 8 50 10 50 12 25
Waschmaschinen für den Herd 15 00 23 50 30 00
Wringmaschinen 9 50 12 25 13 25 14 25
Gardinenspanner mit Fuss und feststehenden Nadeln 12 00
Messerputzmaschinen für Familiengebrauch inkl. Schmirgel 5 75
Balkonkästen für Blumen extra starke 60 cm 1 10 80 cm 1 35 100 cm 1 75 120 cm 2 00
Alpakabestecke mit J. A. Henckels Klängen 1 30 1 65
Bügelbretter mit Leisten 2 00 2 75
2 Gasplatten mit Erhitzer, vernickelt 4 75
Wäscheleinen .. 1 50 2 25 3 00 bis 6 20
Briefkästen 35 60 95 Pf.

Bürstenwaren

Rosshaarbesen poliert Holz, la 2 15 2 50 2 80
Handfeger dazu, Prima 1 25 1 60
Rosshaarbesen 1 35 1 90
Handfeger dazu 90 Pf.
Teppichbesen Wurzel 1 25 1 50
Bohner schwere eisern 3 60 4 25 5 75
Bohner schwere eis., gepolst. 9 75 10 50 12 50
Abstäuber Straußfeder, fest gebund., 4 Gröss. 90 Pf. 1 15 1 55 1 80
Klosettbürsten Garnituren, weiss lackiert 2 00
Bohnermasse gelb 50 Pf.
Stahlspäne Pack 15 Pf.
Teppichkehrmaschinen 7 50 10 85

Küchenschränke

Küchenschränke ... 20 00 23 00 26 50
Küchentische 6 25 7 00 7 75 8 75

Presskristallservice Kohinoor

Compotschalen rund 10 14 20 bis 70 Pf.
Compotschal. viereck. 15 20 35 bis 70 Pf.
Compotschalen oval. ... 35 45 60 Pf.
Kuchenteller 42 55 70 Pf.
Dessert- od. Compotteller 10 Pf.
Butterdos. 42, 65, Käseglock. 75 Pf.
Zuckerschalen 25 Pf.
Fruchtschalen auf Fuss 90 Pf.

Tassen dekoriert. 23 33 42 Pf. Dessertteller dekoriert 23 28 Pf.

Wasch-Garnituren

4teilig Martha m. blau Fond	4teilig Olga rot Fond	5teilig Richard bunt Fond	5teilig Gertrud rot Schneeballen	5teilig Hertha Eifenb. gold	5teilig Rosen Eifenb. gold
1 35	1 75	2 95	3 45	3 85	5 65

Wassereimer mit Bügel weiss mit Bügel ... 2 95 Eifenbein, Goldrand 4 00

